

# Niedersächsischer Landtag

# **Stenografischer Bericht**

# 90. Sitzung

# Hannover, den 19. Februar 2016

#### Inhalt:

Tagesordnungspunkt 27:		
<b>Mitteilungen des Präsidenten</b> 9017 Feststellung der Beschlussfähigkeit9017		
Tagesordnungspunkt 28:		
<b>Mündliche Anfrage</b> - Drs. 17/51309017		
Frage 1: Unterrichtsversorgung unklar, Schulsozialarbeiterstellen monatelang unbesetzt - Erschweren Verzögerungen im Kultusministerium die Integration von Flüchtlingskindern in den Schulen?		
9017		
Kai Seefried (CDU)9017, 9034, 9043		
Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin		
9018 bis 9045		
<b>Ulf Thiele</b> (CDU)9021		
Reinhold Hilbers (CDU)9023, 9029		
<b>Gudrun Pieper</b> (CDU)9024, 9032		
Volker Meyer (CDU)9025, 9039		
Astrid Vockert (CDU)9025, 9037		
Ansgar-Bernhard Focke (CDU)9026		
Stefan Politze (SPD)9026		
<b>Dr. Stephan Siemer</b> (CDU)9027, 9038		
Adrian Mohr (CDU)9027		
Julia Willie Hamburg (GRÜNE)9027		
André Bock (CDU)9028, 9038		
<b>Uwe Santjer</b> (SPD)9029		
Heiner Schönecke (CDU)9030		
Stephan Weil, Ministerpräsident9031		
Jörg Hillmer (CDU)9032, 9042		
Boris Pistorius, Minister für Inneres und		
Sport9033		
Clemens Lammerskitten (CDU)9033		

>		
Jörg Bode (FDP)	9033, 9040	
Björn Försterling (FDP)	9033, 9041	
Ottmar von Holtz (GRÜNE)	9035	
Annette Schwarz (CDU)	9035	
Sylvia Bruns (FDP)	9036	
Sebastian Lechner (CDU)	9036, 9039	
Uwe Schünemann (CDU)	9037	
Hans-Heinrich Ehlen (CDU)	9039	
Dr. Marco Genthe (FDP)	9040	
Christian Dürr (FDP)		
Christian Grascha (FDP)	9045, 9046	
Dr. Stefan Birkner (FDP)		
Peter-Jürgen Schneider, Finanzminister 9045		

(Die Antworten zu den Anfragen 2 bis 6 und 8 bis 64, die nicht in der 90. Sitzung des Landtages am 19. Februar 2016 behandelt und daher zu Protokoll gegeben wurden, sind in der Drucksache 17/5210 abgedruckt.)

Tagesordnungspunkt 29:

# Erste Beratung:

- 47
47
47
51
51
51
52
54

I

# Tagesordnungspunkt 30: Erste Beratung: Flüchtlingszustrom reduzieren - Asylpaket II unterstützen und umsetzen! - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/5115......9054 **Angelika Jahns** (CDU) ......9054, 9062 **Filiz Polat** (GRÜNE)......9056 **Ulrich Watermann** (SPD) ......9058, 9060 **Jens Nacke** (CDU)......9060 **Christian Dürr** (FDP) .......9060 Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport ......9062 Angelika Jahns (CDU) ......9064 Ausschussüberweisung......9065 Tagesordnungspunkt 31: Erste Beratung: Car-Pass einführen - Tachomanipulation wirksam eindämmen - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/5121 ......9065 Miriam Staudte (GRÜNE)......9065 **Gerda Hövel** (CDU)......9066 **Dr. Alexander Saipa** (SPD) ......9068 Hermann Grupe (FDP) ......9069 Christian Meyer, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz ... 9070 Ausschussüberweisung......9071 Nächste Sitzung ......9071

#### Vom Präsidium:

Präsident Bernd Busemann (CDU)
Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta (SPD)
Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann (SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare (CDU) Schriftführerin Ingrid Klopp (CDU)

Schriftführerin Gabriela Kohlenberg (CDU)

Schriftführer Klaus Krumfuß (CDU)

Schriftführer Clemens Lammerskitten (CDU)

Schriftführer Markus Brinkmann (SPD)

Schriftführer Stefan Klein (SPD)
Schriftführerin Sigrid Rakow (SPD)
Schriftführerin Sabine Tippelt (SPD)
Schriftführer Belit Onay (GRÜNE)
Schriftführerin Elke Twesten (GRÜNE)
Schriftführerin Hillgriet Eilers (FDP)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Staatssekretär Dr. Jörg Mielke,

Stephan W e i I (SPD) Staatskanzlei

Minister für Inneres und Sport Staatssekretär Stephan Manke, Boris Pistorius (SPD) Ministerium für Inneres und Sport

Finanzminister Staatssekretär Frank Doods,

Peter-Jürgen S c h n e i d e r (SPD) Finanzministerium

Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung Staatssekretär Jörg R ö h m a n n ,

Cornelia R u n d t (SPD) Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Kultusministerin Staatssekretärin Erika Huxhold,

Frauke Heiligenstadt (SPD) Kultusministerium

Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr Staatssekretärin Daniela Behrens,

Olaf L i e s (SPD) Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbrau- Staatssekretär Horst Schörshusen,

cherschutz Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbrau-

Christian M e y e r (GRÜNE) cherschutz

Justizministerin Stefanie Otte,

Antje Niewisch-Lennartz (GRÜNE) Justizministerium

Ministerin für Wissenschaft und Kultur Staatssekretärin Andrea Hoops, Dr. Gabriele Heinen-Kijajić (GRÜNE) Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz Staatssekretärin Almut Kottwitz,

Stefan W e n z e I (GRÜNE) Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz

Beginn der Sitzung: 9.02 Uhr.

#### Präsident Bernd Busemann:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 90. Sitzung im 32. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 17. Wahlperiode.

Gemeinsam mit den Schriftführern wünsche ich Ihnen einen guten Morgen!

(Zurufe: Guten Morgen, Herr Präsident!)

Tagesordnungspunkt 27:

# Mitteilungen des Präsidenten

Das Plenum ist passabel besetzt. Wir können schon jetzt die **Beschlussfähigkeit** des Hauses feststellen.

Zur Tagesordnung: Wir beginnen die heutige Sitzung mit Tagesordnungspunkt 28, den Mündlichen Anfragen. Anschließend setzen wir die Beratungen in der Reihenfolge der Tagesordnung fort.

Die heutige Sitzung soll gegen 12.10 Uhr enden.

Die uns zugegangenen Entschuldigungen teilt Ihnen nunmehr Herr Brinkmann als Schriftführer mit.

# Schriftführer Markus Brinkmann:

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für die heutige Sitzung haben sich entschuldigt: von der Fraktion der CDU Herr Björn Thümler und von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Heinrich Scholing.

#### Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Brinkmann. - Meine Damen und Herren, wir kommen zum

Tagesordnungspunkt 28: **Mündliche Anfragen -** Drs. 17/5130

Die Anfrage 7, auf die Sie alle sicherlich so gespannt waren, wurde von den Fragestellern zurückgezogen.

Die für die Fragestunde geltenden Regelungen unserer Geschäftsordnung setze ich als bekannt voraus. Um dem Präsidium den Überblick zu erleichtern, bitte ich Sie, sich schriftlich zu Wort zu melden, wenn Sie eine Zusatzfrage stellen möchten.

Ich stelle fest: Es ist jetzt exakt 9.05 Uhr.

Ich rufe auf die

#### Frage 1:

Unterrichtsversorgung unklar, Schulsozialarbeiterstellen monatelang unbesetzt - Erschweren Verzögerungen im Kultusministerium die Integration von Flüchtlingskindern in den Schulen?

Der Abgeordnete Kai Seefried hat sich gemeldet, um die Frage für die CDU-Fraktion vorzutragen. Ich erteile Ihnen das Wort. Bitte sehr!

#### Kai Seefried (CDU):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Unterrichtsversorgung unklar, Schulsozialarbeiterstellen monatelang unbesetzt - Erschweren Verzögerungen im Kultusministerium die Integration von Flüchtlingskindern in den Schulen?

Am 21. Januar 2016 hat Kultusministerin Frauke Heiligenstadt im Landtag eingeräumt, dass noch keine geprüften Daten zur Unterrichtsversorgung an den allgemeinbildenden Schulen zum Stichtag 15. September 2015 vorliegen. Als Grund für die Verzögerung nannte sie:

"Nicht zuletzt auch aufgrund der umfangreichen zusätzlichen Aufgaben, die im Bereich der Sprachförderung der Flüchtlinge organisiert und koordiniert werden mussten, werden in diesem Jahr zusätzliche Prüfaufwendungen durchgeführt, weshalb die Auswertung etwas länger als in den vergangenen Jahren dauern wird."

Der von ihr angegebene Wert liege "weiterhin bei voraussichtlich 99,3 % mit der entsprechenden Varianz".

Kultusministerin Heiligenstadt hat am 15. Dezember 2015 in ihrer Haushaltsrede im Landtag gesagt:

"Der Landesregierung ist bewusst, dass die Integration der Flüchtlingskinder und der jugendlichen Flüchtlinge nur gelingen kann, wenn diese in den Schulen auch sozialpädagogisch betreut werden."

In zwei Tranchen hat der Landtag dem Kultusministerium insgesamt 267 Schulsozialarbeiterstellen zur Unterstützung der Arbeit mit Flüchtlingskindern und jugendlichen Flüchtlingen zur Verfügung gestellt. 100 Stellen hat die Landesregierung erstmals am 8. September 2015 angekündigt; sie waren seit Oktober 2015 über den 2. Nachtragshaushalt verfügbar. Weitere 167 Stellen hätten mit dem regulären Haushalt 2016 zum 1. Januar 2016 besetzt werden können.

Die Kultusministerin hat am 8. Februar 2016, also fünf Monate nach Bekanntgabe, die Ausschreibung von 100 Stellen für Schulsozialarbeiter angekündigt. Zur Ausschreibung oder Besetzung der weiteren 167 Stellen für Schulsozialarbeiter, die seit dem 1. Januar 2016 bereitstehen, machte die Ministerin in ihrer Pressemitteilung vom 8. Februar 2016 keine Angaben.

Wir fragen die Landesregierung:

- 1. Wie hoch war die durchschnittliche rechnerische Unterrichtsversorgung an den einzelnen Schulformen der allgemeinbildenden Schulen in Niedersachsen im ersten Schulhalbjahr 2015/2016?
- 2. Wie viele der 267 zusätzlichen Stellen für Schulsozialarbeiter sind inzwischen besetzt?
- 3. Inwiefern ist der Landesregierung bewusst, dass die Integration von Flüchtlingskindern und jugendlichen Flüchtlingen in den Schulen dadurch erschwert wird, dass diese wegen über mehrere Monate ausbleibender Stellenausschreibungen nicht sozialpädagogisch betreut werden?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

#### Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Seefried. - Es antwortet für die Landesregierung die Kultusministerin Frau Heiligenstadt. Ich erteile Ihnen das Wort. Bitte sehr!

# Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die Integration von geflüchteten Kindern und Jugendlichen in den schulischen Alltag gehört derzeit und auch in den kommenden Jahren sicherlich zu den zentralen schulpolitischen Herausforderungen. Die zügige Integration der geflüchteten Kinder und Jugendlichen in die Schulen macht es auf allen Ebenen - in den Schulbehörden und in den Schulen vor Ort - erforderlich, Abläufe anzupassen und flexibel zu reagieren.

Diese Herausforderung, meine sehr verehrten Damen und Herren, nehmen sowohl die Schulbehörden als auch die Schulen vor Ort ganz großartig an. Ich möchte an dieser Stelle, gleich zu Beginn, allen Lehrkräften, allen, die in den Schulen arbeiten, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Landesschulbehörde, im Ministerium und im NLQ sowie den Mitschülerinnen und Mitschülern und auch den Eltern, die diese Aufgabe großartig meistern, ganz herzlich dafür danken.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die konkrete Unterstützung der Schulen vor Ort hat dabei für mein Haus den Vorrang. Denn den allgemeinbildenden und den berufsbildenden öffentlichen Schulen kommt eine Schlüsselrolle bei der Integration zu. Der schnellstmögliche Abbau von Sprachbarrieren von zugewanderten Kindern und Jugendlichen mit dem Ziel der zügigen Teilnahme am Regelunterricht ist eine der derzeit wichtigsten bildungspolitischen Zielsetzungen. Kultusministerium und Landeschulbehörde stehen dabei im Übrigen in ständigem Kontakt und Austausch über Maßnahmen und etwaige Problemlagen an Schulen, sodass ein guter Informationsfluss gesichert ist.

Um die Schulen bei der Herausforderung der Beschulung von Flüchtlingskindern und jugendlichen Flüchtlingen zu unterstützen, hat mein Haus ein umfangreiches Programm für die Schulen aufgelegt, das aus 20 Bausteinen besteht. Dabei ist jeder einzelne Baustein ständig weiterzuentwickeln. Außerdem sind erhebliche zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung gestellt worden.

Das Kultusministerium hat bedarfsgerecht reagiert und die erforderlichen Schritte eingeleitet, um die Herausforderungen anzugehen. So sind z. B. die Möglichkeiten der Personalgewinnung erweitert zum Teil neu geschaffen - sowie deutlich flexibilisiert worden. Zudem sind die Fortbildungsangebote insbesondere für Lehrkräfte sowie Schulpsychologinnen und Schulpsychologen ausgeweitet worden. Ferner wurden die Ressourcen für die additive Sprachförderung im Sinne des Runderlasses über die Förderung von Bildungserfolg und Teilhabe von Schülerinnen und Schülern nicht deutscher Herkunftssprache erheblich aufgestockt.

Zu der von den Fragestellern aufgestellten Behauptung, die Unterrichtsversorgung sei unklar, ist zu sagen, dass diese Informationen mit den Antworten auf die Kleinen Anfragen "Unterrichtsversorgung an allgemeinbildenden Schulen im Schul-

jahr 2015/2016", Drucksache 17/5153, und "Statistische Schuldaten", Drucksache 17/5150, für jedermann zugänglich vorliegen. Auf über 700 Seiten werden die erbetenen Auskünfte in diesen Drucksachen detailliert und ausführlich dargestellt.

Schließlich sei angemerkt: Diese Landesregierung hat mit ihren beiden Schulbehörden in den vergangenen Monaten allein für das laufende Schuljahr 2015/2016 mehr als 4 100 Neueinstellungen von Lehrkräften realisiert.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das Einstellungsverfahren, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist noch nicht abgeschlossen. Wir befinden uns noch im Einstellungsverfahren zum zweiten Schulhalbjahr 2015/2016. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist sicherlich ein Kraftakt: 4 100 Einstellungen seit August letzten Jahres! Das ist eine großartige Leistung derer, die daran mitarbeiten. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehen da wirklich an ihre Belastungsgrenzen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Der Landesregierung zu unterstellen, sie würde nichts für die Unterrichtsversorgung tun, entbehrt nun wirklich jeder Grundlage.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Zu den Fragen im Einzelnen:

Zu Frage 1: Die Erhebung zur Unterrichtsversorgung für das Schuljahr 2015/2016 an den öffentlichen allgemeinbildenden Schulen ist zum Stichtag 15. September 2015 durchgeführt worden. Für die einzelnen Schulformen ergibt sich folgende rechnerische landesweit durchschnittliche Unterrichtsversorgung: für die Grundschulen 101,6 %, für die Hauptschulen 97,2 %, für die Realschulen 99,2 %, für die Förderschulen 94,5 %, für die Oberschulen 97,4 %, für die Kooperativen Gesamtschulen und die Integrierten Gesamtschulen 98,5 % und für die Gymnasien 99,8 %. Für ganz Niedersachsen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ergibt sich eine durchschnittliche Unterrichtsversorgung von 99,5 %.

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass diese Unterrichtsversorgung u. a. auch deshalb ein sehr hoher Wert ist, weil die Zahl der Sollstunden, die den Schulen zustehen, durch diese Landesregierung in den letzten drei Jahren deutlich aufgestockt worden ist.

(Jens Nacke [CDU]: Ach so!)

Wir haben die Ansprüche an eine gute Ausstattung der Schulen deutlich erhöht. Wir haben momentan einen Sollstundenwert von 1 310 260 Stunden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vergleichen Sie diesen Wert z. B. mit dem Wert im Jahr 2012, als die schwarz-gelbe Landesregierung ihren letzten Wert vorgestellt hat! Der Wert, den Sie damals für die Schulen geplant hatten, lag bei 1,26 Millionen.

(Johanne Modder [SPD]: Aha!)

Das vielleicht zum Thema Bildungsaufbau!

(Ulf Thiele [CDU]: Weil wir zugelassen haben, dass z. B. Vereine und Feuerwehren nachmittags in den Schulen sind! Aber Sie lassen das lieber ausfallen! - Gegenruf von Ottmar von Holtz [GRÜNE]: Guten Morgen, Herr Thiele!)

Zu Frage 2: Die 100 Stellen für sozialpädagogische Fachkräfte an Schulen mit hohen Flüchtlingszahlen wurden am 8. Februar 2016 durch die Niedersächsische Landesschulbehörde ausgeschrieben. Gleichzeitig wurden die Schulleitungen der ausgewählten Grundschulen informiert. Die Stellen werden so aufgeteilt, dass 151 Grundschulen im ganzen Land erreicht werden können. Dies wird u. a. durch Stellenteilungen und Kooperationen von Grundschulen erreicht.

Die Auswahl der Schulen und die Aufteilung erfolgten in einem intensiven Austausch zwischen dem Kultusministerium und der Niedersächsischen Landesschulbehörde. Auf der Grundlage der Webabfrage vom 16. November 2015 wurden die landesweite Verteilung und anschließend die konkrete Auswahl der Schulen vorgenommen. Dieses Verfahren, meine sehr verehrten Damen und Herren, war notwendig, um eine sichere Grundlage für die Auswahl der Schulen zu erhalten und nicht einfach aktionistisch - mal eben mit der Gießkanne über das Land - Stellen zu verteilen.

Die Ankunft von geflüchteten Kindern und Jugendlichen in unseren Schulen ist im Übrigen von einer andauernden Dynamik gekennzeichnet, der wir mit dem Auswahlprozess Rechnung tragen werden.

Es wird noch entsprechende Nachsteuerungen und Anpassungen geben müssen, weil sich die Flüchtlingszahlen in den einzelnen Regionen natürlich sehr unterschiedlich entwickeln. Meine Damen und Herren, dazu sage ich: Gründlichkeit geht dabei vor Schnelligkeit.

Die weiteren vom Haushaltsgeber bewilligten Mittel von rund 9,2 Millionen Euro für Schulsozialarbeit dürfen nicht isoliert betrachtet werden, da sie in das Gesamtkonzept zum Ausbau der sozialen Arbeit an Schulen einfließen werden. Sie tragen so zu einer verlässlichen und bedarfsgerechten Ausstattung vor allem der Ganztagsschulen mit sozialpädagogischen Fachkräften bei. Im Übrigen tragen insbesondere die Ganztagsschulen jetzt in erheblichem Maß dazu bei, dass eine gute Integration in unseren Schulen gelingen kann.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir setzen dabei an den Erfahrungen des Hauptschulprofilierungsprogramms an, das Ende dieses Jahres endgültig auslaufen wird. Mit den kommunalen Spitzenverbänden stimmt mein Haus derzeit ab, auf welche Weise eine geeignete Umsetzung des Konzeptes für schulische Sozialarbeit erreicht werden kann.

Auch dieser Abstimmungsprozess ist im Übrigen notwendig, um zielgenaue und nachhaltige Lösungen zu implementieren und somit verantwortungsvoll mit den uns zur Verfügung stehenden Ressourcen umzugehen. Ein jedenfalls implizit mit der Fragestellung eingeforderter Schnellschuss verbietet sich. Hier gilt: Gründlichkeit vor Schnelligkeit. Die Hilfe muss bei den Schulen ankommen. Die Ressourcen müssen entsprechend wirken können. Es gilt: Nachhaltigkeit vor Aktionismus.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Zu Frage 3: Integration ist ein sehr dynamischer, ein fortwährender, insbesondere aber ein sehr differenzierter Prozess des Zusammenfügens und Zusammenwachsens. Zur Integration tragen zahlreiche Akteure, verschiedenartige Maßnahmen und verschiedene Aktivitäten bei. Den eingeleiteten Prozess zur Integration von Flüchtlingskindern und jugendlichen Flüchtlingen allein auf eine einzige Aktion, nämlich die sozialpädagogische Betreuung, zu fokussieren, dokumentiert nicht nur eine sehr eindimensionale Betrachtung dieser durchaus komplexen Problemstellung, sondern belegt u. a.

auch eine fehlende Auseinandersetzung mit der Problemlage. Vielleicht handelt es sich auch nur um Unkenntnis über die zahlreichen von der Landesregierung eingeleiteten erfolgreichen Maßnahmen und Aktivitäten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Eine solche eingeschränkte Sichtweise - wenn man sich ausschließlich auf dieses Thema fokussiert -, eine solche eindimensionale Betrachtung würdigt die Arbeit der vor Ort handelnden überaus engagierten Akteure - denn viele tragen zur Integration bei, im Übrigen auch die Ehrenamtlichen - herab.

(Zustimmung von Meta Janssen-Kucz [GRÜNE] - Gegenruf von Jens Nacke [CDU]: Da klatscht nur noch eine, Frau Ministerin!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zahlreiche wichtige Schritte der Integration wurden bereits eingeleitet. Ich möchte im Folgenden darüber noch einmal ausführlich informieren. Ich werde Ihnen gerne die weiteren Schritte vor Augen führen.

Wir haben erstens umgehend die Möglichkeiten der Personalgewinnung erheblich flexibilisiert und Gestaltungsspielräume für die Schulen vor Ort geschaffen, etwa mit Blick auf den bedeutsamen und nachhaltig wirkenden Ausbau der Ganztagsschulen.

Das Kultusministerium hat zweitens frühzeitig die Sprachbildungszentren geschaffen. Die Sprachbildungszentren beraten und unterstützen Schulen aller Schulformen im Bereich der durchgängigen Sprachbildung, der Sprachförderung von Schülerinnen und Schüler nicht deutscher Herkunft und natürlich auch der vorschulischen Sprachförderung. Sie entwickeln darüber hinaus Netzwerke und arbeiten eng mit den Kooperationspartnern vor Ort zusammen.

Wir haben des Weiteren - drittens - die Ressourcen für die additive Sprachförderung in den Sprachlernklassen erheblich aufgestockt. Weil Integration durch Kontakt mit Gleichaltrigen sehr gut gelingt und die Kinder und Jugendlichen schnell gemeinsam mit anderen lernen sollen, sehen wir weitere Fördermaßnahmen vor, wie z. B. Sprachförderkurse, Sprachförderunterricht, Fördermaßnahmen auf der Grundlage besonderer Sprachförderkonzepte und natürlich auch die vorschulische Sprachförderung. Das allein sind schon

mehrere Maßnahmen nur zum Bereich Sprachförderung.

Viertens halten wir qualifizierte Angebote für die jugendlichen Flüchtlinge vor, die im berufsbildenden Bereich unterkommen. Die sogenannten BVJ-Sprachförderklassen sind ein dauerhaftes Beispiel für die Unterbringung an den berufsbildenden Schulen. Begleitend wurden hier, um die Lehrkräfte auf ihre neue Aufgabe vorzubereiten, auch kurzfristig Lehrerfortbildungen ermöglicht.

Wir haben fünftens für die berufsbildenden Schulen das sehr erfolgreiche Sprach- und Integrationsprojekt SPRINT entwickelt, das sehr gut angenommen wird, meine sehr verehrten Damen und Herren.

#### (Beifall bei der SPD)

Und wir haben sechstens, um die Lehrkräfte in ihrer Integrationsarbeit entsprechend zu unterstützen, weitere Fortbildungs- und Qualifizierungsangebote unterbreitet.

Wir haben auch für die Schulpsychologinnen und Schulpsychologen - als siebenter Bestandteil - z. B. weitere Fortbildungsangebote entwickelt.

In Sachen Integration, meine sehr verehrten Damen und Herren, könnte ich hier noch viel mehr Bausteine vortragen. Aber dies ist u. a. in dem 20-Maßnahmen-Plan der Landesregierung und auch an dieser Stelle hier mehrfach vorgetragen worden. Wir haben unglaublich viele Maßnahmen im Bereich der Integration nicht nur im Kultusressort, sondern seitens der Ressorts insgesamt auf den Weg gegeben.

# (Beifall bei der SPD)

Dieser Weg, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird mit einer weiteren wichtigen Integrationsmaßnahme, nämlich der schulischen Sozialarbeit, weiter gegangen werden.

Die Landesregierung misst dem Einsatz von sozialpädagogischen Fachkräften in den Schulen unabhängig vom Zugang geflüchteter Kinder und Jugendlicher einen hohen Stellenwert bei. Die Schulsozialarbeit leistet mit ihrem spezifischen Profil einen im Grunde genommen nicht mehr wegzudenkenden Beitrag. Deshalb will die Landesregierung die Schulsozialarbeit ausbauen und ihre Rolle in den Schulen stärken. Die Leistung der Schulsozialarbeit kann aber nicht isoliert betrachtet werden. Sie bedarf der Zusammenarbeit mit engagierten Lehrkräften und vielen weiteren außerschulischen Partnern.

Unsere Schulen leisten insgesamt einen hervorragenden Beitrag bei der Integration von geflüchteten Kindern und Jugendlichen, und dabei werden wir als Landesregierung sie auch weiterhin unterstützen. Deshalb entwickeln wir derzeit ein dauerhaftes Konzept, das möglichst viele Schulen mit sozialpädagogischen Fachkräften ausstattet. Schulen mit multiprofessionellen Teams sind am besten in der Lage, auch geflüchtete Kinder und Jugendliche in den schulischen Alltag und in die Lernprozesse zu integrieren. Die vielen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, die schon jetzt in unseren Schulen tätig sind, leisten hier gemeinsam mit den Lehrkräften eine hervorragende Arbeit, meine sehr verehrten Damen und Herren.

# (Lebhafter Beifall bei der SPD)

Um geflüchtete Kinder und Jugendliche in unsere Schulen und damit auch in unsere Gesellschaft gut integrieren zu können, sind natürlich auch vielfältige Kooperationen mit Partnern außerhalb von Schule notwendig. Deshalb sind wir auf eine gute Zusammenarbeit zwischen den Schulen und den Trägern der Kinder- und Jugendhilfe angewiesen. Beide leisten einen bedeutsamen und unverzichtbaren Beitrag.

In den Schulen vor Ort bestehen intensive Kooperationen, die die unterschiedlichen Kompetenzen bündeln und Kinder und Jugendliche engagiert unterstützen. Hier helfen z. B. auch die von der Landesregierung seit 2013 immer stärker unterstützten und geförderten Netzwerke der Bildungsregionen, die wir in den Regionen unseres Landes weiterhin ausbauen und entwickeln.

So weit zu den Maßnahmen. Ich stehe für Zusatzfragen gern zur Verfügung.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

# Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Es liegen in der Tat bereits einige Wortmeldungen für Zusatzfragen vor. Es beginnt mit der ersten Zusatzfrage Kollege Ulf Thiele.

#### Ulf Thiele (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin, ich würde Ihnen jetzt am liebsten die Unterrichtsversorgung an den Schulen meiner Jungs um die Ohren hauen, damit Sie mal mit den Füßen auf den Boden kommen.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD: He!)

#### Präsident Bernd Busemann:

Herr Kollege, mäßigen Sie sich im Ton, und kommen Sie zu dem, wozu Sie hier stehen, nämlich zu der Frage!

(Johanne Modder [SPD]: Eine Unverschämtheit ist das!)

# Ulf Thiele (CDU):

Herr Präsident, ich entschuldige mich dafür, aber ich gebe zu: Wenn man dort vorn sitzt

(Helge Limburg [GRÜNE]: Dabei sitzen Sie gar nicht vorn, Sie Mittelbänkler! - Zustimmung bei den GRÜNEN)

und dann die Realität erlebt, ist das, was die Ministerin hier vorträgt, manchmal nur schwer zu ertragen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

#### Präsident Bernd Busemann:

Kommen Sie zur Frage!

# Ulf Thiele (CDU):

Ich frage die Landesregierung, wie hoch die Unterrichtsversorgung an den allgemeinbildenden Schulen in Niedersachsen, und zwar untergliedert nach den verschiedenen Schulformen, zum Stichtag Februar 2016, also zum Schulhalbjahresbeginn, ist.

Ich frage die Landesregierung präventiv, ob sie eigentlich immer noch davon überzeugt ist, dass der Einsatz des Prognosemoduls es rechtfertigt, zum Schulhalbjahresbeginn keine originären Daten zu erheben, die man dann veröffentlichen kann.

(Beifall bei der CDU - Johanne Modder [SPD]: Das waren zwei Fragen! - Christian Grascha [FDP]: Im Rahmen des Bürokratieabbaus wurde aufgehört zu zählen, wie viele Lehrer wir haben!)

# Präsident Bernd Busemann:

Danke, Herr Kollege. Das waren zwei Fragen. - Frau Ministerin, bitte sehr!

#### Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ihre einleitende Bemerkung, sehr geehrter Herr Thiele, habe ich schlicht und ergreifend nicht gehört.

(Beifall bei der SPD - Jens Nacke [CDU]: Das erklärt im Grunde das ganze Problem der Bildungspolitik, Frau Ministerin! Sie hören und sehen einfach nicht, was erforderlich ist!)

Auf dieses Niveau, meine sehr verehrten Damen und Herren, begebe ich mich nicht.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Aber ich will Ihnen, sehr geehrter Herr Abgeordneter Thiele, gerne noch einmal - zum wiederholten Male - erläutern, dass die Erhebung der Unterrichtsversorgung zum Stichtag 15. September 2015 ein Bezug vom Unterrichtsstunden-Soll zum Unterrichtsstunden-Ist an einem ganz bestimmten Tag ist, während die Bedarfswerte für die Prognoseplanung mit dem IZN-Prognosemodul die entsprechenden Daten liefern, die wir für die Steuerung der Einstellung von Personal in den niedersächsischen Schulen haben. Das sind zwei unterschiedliche Instrumente, die man nicht miteinander vergleichen kann.

Aber ich kann Ihnen - vielleicht zu Ihrer Freude - mitteilen, dass mit der zusätzlichen Ausschreibung von 1 800 Stellen zum Schulhalbjahr 1. Februar 2016

(Ulf Thiele [CDU]: Die sind doch gar nicht besetzt!)

eine Steigerung - wenn man das mit den Prognosemoduldaten vergleichen möchte - des Unterrichtsversorgungswertes von 99,5 % auf derzeit - über alle Schulformen in den niedersächsischen Schulen - 99,7 % erreicht werden könnte, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD - Ulf Thiele [CDU]: Die Stellen sind doch gar nicht besetzt! Ich habe Sie nach Angaben, gegliedert nach Schulformen, gefragt! Warum nennen Sie die nicht?)

- Sie hören ja nicht zu.

(Ulf Thiele [CDU]: Aber Sie hatten sie auch nicht!)

#### Präsident Bernd Busemann:

Herr Thiele, es liegt in der Hand der Landesregierung zu antworten. - Sie wollen ergänzen? - Bitte sehr!

#### Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Wir können das, auch nach den Schulformen gegliedert, vortragen. Wohlgemerkt sind das Werte, die für die Personalplanung im Bereich der Einstellungen vorliegen. Das sind Werte, die wir jetztnach der Ausschreibung der 1 800 Stellen - in das System zum 1. Februar einpflegen konnten. Das bezieht sich dann landesweit durchschnittlich auf die entsprechenden Werte, wobei immer eine Varianz ist, da das über die Landesschulbehörde eingepflegt wird und nicht dementsprechend geprüft ist. Land Niedersachsen für die Schulform Grundschulen 101,3 %,

(Astrid Vockert [CDU]: Das ist schlechter!)

für die Schulform Hauptschulen 97,2 %, für die Schulform Realschulen 98,6 %, für die Schulform Förderschulen 95,3 %, für die Schulform Oberschulen 99,4 %, für die Schulform KGS und IGS 99,3 % und für die Schulform Gymnasium 99,9 %. Damit ergibt sich ein Durchschnittswert von 99,7 %.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

#### Präsident Bernd Busemann:

Danke schön, Frau Ministerin. - Es folgt Herr Kollege Hilbers. Bitte sehr!

# Reinhold Hilbers (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor dem Hintergrund, dass der Haushaltsausschuss schon in seiner Sitzung am 23. September 2015 alle Stellen, die im Rahmen des zweiten Nachtragshaushalts 2015 bereitgestellt worden sind, einstimmig freigegeben hat - darunter 100 zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten für Sozialpädagogen und 538 Stellen für den Kultusbereich, 258 Stellen für die Sprachförderung in Grundschulen, 30 zusätzliche Stellen für die Sprachförderung an Förderschulen, 20 zusätzliche Planstellen für die Förderung an Realschulen - - -

## Präsident Bernd Busemann:

Der "Hintergrund" ist schön, Sie müssen jetzt aber auch zur Frage kommen.

#### Reinhold Hilbers (CDU):

Vor dem Hintergrund, dass eine erhebliche Anzahl weiterer Stellen für die Sprachförderung bereitgestellt worden ist, frage ich die Landesregierung: Warum haben Sie sich schon im September eine Freigabe erteilen lassen, um diese Stellen dann erst am 28. Februar 2016 auszuschreiben?

(Zustimmung bei der CDU)

#### Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Frau Ministerin, bitte!

# Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Abgeordneter Hilbers, Sie haben eben die Stellen für Lehrkräfte angesprochen. Wir haben besagte 538 Stellen bereits am 16. Oktober letzten Jahres zunächst 400 Stellen - für die Ausschreibung freigegeben. Auch die übrigen 138 Stellen - Verträge zum Spracherwerb der Flüchtlinge - haben wir freigegeben. Alle Stellen, die Ende September mit dem zweiten Nachtragshaushalt zur Verfügung gestellt worden sind, sind Mitte Oktober in die Ausschreibung gegangen, bis auf die 100 Stellen für die Schulsozialarbeit. Das habe ich Ihnen erläutert. Diese Stellen kann man nicht mit der Gießkanne dorthin verteilen, wo es im Wahlkreis vielleicht am besten passt oder so, wie das in der Vergangenheit ja das eine oder andere Mal möglicherweise geschehen sein könnte.

(Jens Nacke [CDU]: War der Schminke wieder da? Alles für Schminke?)

Wir haben gesagt: Wir wollen eine Webabfrage durchführen. Wir haben dann am 15. November abgefragt und die Zahlen von den Schulen erhoben. Im Zusammenhang damit haben wir dann gemeinsam mit der Landesschulbehörde die einzelnen Schulformen abgestimmt. Wir sind dabei zu dem Ergebnis gekommen, dass die Grundschule diejenige Schulform ist, die die meisten Flüchtlingskinder aufnimmt und die wir entsprechend unterstützen wollen. Eine Ausschreibung ist daraufhin - das habe ich eben schon in meiner Antwort auf die Anfrage vorgetragen - vorgenommen worden. Die Besetzung der betreffenden Stellen wird jetzt in den nächsten Wochen sicherlich zügig erfolgen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

#### Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die nächste Zusatzfrage kommt von der Abgeordneten Gudrun Pieper. Bitte!

## Gudrun Pieper (CDU):

Danke schön. - Herr Präsident! Frau Ministerin, vor dem Hintergrund, dass Sie vorhin ausgeführt haben, dass unsere Anfrage jeder Grundlage entbehre, und vor dem Hintergrund, dass Sie dafür stehen, dass Sie einen hohen Anspruch an gute Schule, an gute Ausstattung haben, frage ich Sie, wie es denn sein kann, dass gerade bei den Schwächsten, nämlich bei den Förderschulen Lernen, solche Zahlen zustande kommen. - Beispielhaft erwähne ich die Förderschule Lernen am Walde in Bad Fallingbostel mit einer Unterrichtsversorgung von 85,8 % und die Förderschule Lernen an der Alten Leine in Schwarmstedt mit einer Unterrichtsversorgung von 88,7 %. Diese Werte liegen weit unter dem Durchschnitt. Was haben Sie bisher unternommen, um gerade diesen schwächeren Schülern Hilfe angedeihen zu lassen?

(Beifall bei der CDU - Johanne Modder [SPD]: Da hätten Sie schon etwas unternehmen müssen! Unter Schwarz-Gelb! Sie haben doch gar nicht ausgebildet! - Gegenruf von Christian Grascha [FDP]: Ihr regiert schon drei Jahre! Was macht *ihr* eigentlich? - Weitere Zurufe)

#### Präsident Bernd Busemann:

Danke schön.

(Unruhe)

- Ganz ruhig, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Zurufe von der CDU)

- Herr Nacke, bitte! - Frau Modder, keine Dialoge! - Die Ministerin antwortet.

# Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Abgeordnete Pieper, ich habe nicht behauptet, dass Ihre Anfrage jeglicher Grundlage entbehrt. Ich habe nur gesagt, dass in Ihrer Anfrage die Behauptung, dass die Daten zur Unterrichtsversorgung unklar seien, nicht zutrifft; denn die entsprechenden Daten liegen schon seit einiger Zeit öffentlich und somit für jedermann zur Einsicht vor und sind auch an die Abgeordneten verteilt worden.

Auf Ihre Frage nach den Förderschulen kann ich ausführen, dass wir im Zuge der Entwicklung der Inklusion bundesweit einen erheblichen Bedarf an Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen haben. Wir tragen in diesem Haus seit 2013 die Verantwortung. Am heutigen Tag sind es exakt drei Jahre, und das ist auch gut so, meine sehr verehrten Damen und Herren.

# (Zustimmung bei der SPD)

Innerhalb dieser drei Jahre war es leider nicht möglich, die Studiengänge vollständig entsprechend anzupassen und die erforderlichen Aufstockungen vorzunehmen, sodass wir ein umfangreiches Programm auf den Weg gebracht haben mit dem Ziel, die Fortbildung und Zusatzqualifikation von Lehrkräften vornehmen zu können.

Im Zusammenhang mit der Einstellung von Sonderpädagogen versuchen wir, der Landesschulbehörde deutliche Steuerungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen. Auch die Landesschulbehörde kann zwischen den einzelnen Schulen dann auch noch entsprechende personalplanerische Maßnahmen umsetzen. Im Übrigen haben wir die Möglichkeit geschaffen, an den Förderschulen auch Lehrkräfte mit einer anderen Lehramtsbefähigung einzustellen. Diese Möglichkeit, an Förderschulen eingesetzt zu werden, wird von solchen Lehrkräften durchaus auch genutzt. Darüber hinaus haben wir mit der Maßnahme, über die wir schon im letzten Plenarabschnitt diskutiert haben - Einstellung an einem Gymnasium und dann Abordnung für einen bestimmten Zeitraum z. B. auch an eine Förderschule -, eine weitere Möglichkeit geschaffen.

In der stichtagsbezogenen Erhebung der rechnerischen Unterrichtsversorgung sind die Abordnungen von Förderschullehrkräften an andere Schulformen im Rahmen der Inklusion aus der Versorgung der Förderschulen bereits herausgerechnet worden. Das heißt: Diejenigen, die an einer inklusiven Schule eingesetzt sind und dort arbeiten, sind an den Förderschulen nicht mehr eingerechnet. Auch wenn die sonderpädagogische Versorgung idealerweise von Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen abgedeckt werden sollte, so können hierfür aber auch Lehrkräfte mit einer anderen Lehramtsbefähigung eingesetzt werden, die aufgrund ihrer Unterrichtstätigkeit an einer Förderschule oder aufgrund ihrer Teilnahme an entsprechenden Fortbildungsmaßnahmen die erforderlichen Kenntnisse erworben haben.

Darüber hinaus haben wir auch schon die Lehrerausbildung angepasst. Inklusion, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist nun Bestandteil aller Lehramtsstudiengänge. Auch das ist etwas, was Sie bis 2013 nicht auf den Weg gebracht haben. Das haben wir erst machen müssen. Durch all diese Maßnahmen wird die sonderpädagogische Versorgung inklusiv beschulter Schülerinnen und Schüler gewährleistet.

(Gudrun Pieper [CDU]: Das war nicht die Frage, Frau Ministerin!)

#### Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die nächste Frage kommt von der CDU-Fraktion. Herr Volker Meyer, bitte!

# Volker Meyer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung: Wie hoch ist der Anteil der Finanzierungsmittel aus dem Hauptschulprofilierungsprogramm, die an die freien Träger der Schulsozialarbeit gegeben werden?

(Zustimmung bei der CDU)

# Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Frau Ministerin, bitte sehr!

# Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben im Hauptschulprofilierungsprogramm insgesamt knapp 13 Millionen Euro an Fördermitteln zur Verfügung. Ich habe eben ganz kurz nachgefragt. Die genaue Summe, die wir direkt an die freien Träger geben, habe ich nicht im Kopf. Ich habe aber eben die Information bekommen, dass es schätzungsweise 10 % sind.

#### Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Die nächste Zusatzfrage kommt von der Kollegin Astrid Vockert. Bitte sehr!

# Astrid Vockert (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor dem Hintergrund, dass die Landesregierung dargestellt hat, dass sie zielgenau und nachhaltig auch die Stellen im Bereich der Schulsozialarbeit besetzen wird, frage ich ganz konkret: Wie viele Stunden für Schulsozialarbeit sind im Landkreis Cuxhaven, differenziert nach den einzelnen Schulen, in den vergangenen zwei Jahren für Schulsozialarbeit reduziert worden, und ab wann, zu wel-

chem Zeitpunkt, beabsichtigt die Landesregierung, diese Reduzierung wieder aufzuheben und die Stunden aufzustocken?

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

#### Präsident Bernd Busemann:

Frau Kollegin, das war wegen des Sachzusammenhangs eine Frage. - Frau Ministerin, bitte sehr!

### Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr verehrte Kollegin Vockert, in Niedersachsen haben wir sehr unterschiedliche Situationen der schulischen Sozialarbeit zu verzeichnen. Wir haben bei Regierungsübernahme im Jahr 2013 ein sehr heterogenes Feld vorgefunden.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Das ist Vielfalt und nicht Heterogenität!)

Es gibt schulische Sozialarbeit, die vom Land finanziert wird. Das sind insbesondere die pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die an Ganztagsschulen eingesetzt worden sind. Dann gibt es schulische Sozialarbeit im Rahmen des Hauptschulprofilierungsprogramms. Dieses Geld ist den Kommunen zur Verfügung gestellt worden. Des Weiteren gibt es schulische Sozialarbeit, die z. B. über das Bildungs- und Teilhabepaket von den Kommunen direkt finanziert worden ist, teilweise über eigenes kommunales Personal oder aber auch über die Beauftragung von Dritten. Und dann gibt es schulische Sozialarbeit - ich nenne sie einmal Sozialarbeit an Schule -, die u. a. auch von Trägern der Jugendhilfe eingesetzt wird. Deswegen kann ich Ihnen jetzt konkrete Zahlen für den Landkreis Cuxhaven nicht nennen.

(Astrid Vockert [CDU]: Nachliefern?)

- Sie haben ja auch die Möglichkeit einer Kleinen Anfrage zur schriftlichen Beantwortung. Wir können das jederzeit entsprechend liefern.

(Zurufe von der FDP: Nein! - Christian Dürr [FDP]: Unverzüglich! Der Staatsgerichtshof hat es entschieden! - Reinhold Hilbers [CDU]: Und wenn wir viele Anfragen stellen, beklagen Sie sich über die Anzahl der Fragen!)

- Ganz ruhig!

#### Präsident Bernd Busemann:

Bitte!

# Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe doch gerade versucht, Ihnen deutlich zu machen, dass ich aufgrund der sehr heterogenen Lage der schulischen Sozialarbeit im Moment nicht einschätzen kann, wie hoch der entsprechende Rechercheaufwand ist. Deswegen kann ich Ihnen eine Nachlieferung für alle Daten, die Sie haben wollen, nicht direkt zusagen. Aber ich will gerne eine Prüfung zusagen.

(Beifall bei der SPD - Jens Nacke [CDU]: Es ist doch völlig gleichgültig, wie hoch der Rechercheaufwand ist! Sie haben jede Frage zu beantworten!)

#### Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Es folgt jetzt die nächste Zusatzfrage des Kollegen Ansgar-Bernhard Focke.

> (Jens Nacke [CDU]: Wollen Sie jetzt unangenehme Sachen verheimlichen, indem Sie sagen, Sie recherchieren nicht mehr? Das ist nicht in Ordnung!)

- Herr Nacke, Ruhe, bitte! Sie können sich melden. Sie haben noch zwei Fragen gut, Herr Nacke.

(Jens Nacke [CDU]: Was die Ministerin hier vorträgt, ist rechtswidrig! Sie wissen das ganz genau!)

# **Ansgar-Bernhard Focke** (CDU):

Ich frage die Landesregierung, wie viele Lehrerstellen zum 1. Februar der Landesschulbehörde für das Einstellungsverfahren zur Verfügung gestellt wurden, aber dann nicht ausgeschrieben wurden. Und: Was ist mit den Stellen geschehen?

(Beifall bei der CDU - Jens Nacke [CDU]: Das ist unangenehm! Das recherchieren wir mal lieber nicht! Das kann ja wohl nicht wahr sein!)

# Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Frau Ministerin, bitte sehr!

# Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Abgeordneter Focke, der Landesschulbehörde sind gemäß Einstellungserlass insgesamt 1 600 Stellen zugewiesen worden, 1 884 Stellen sind ausgeschrieben.

#### Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Die nächste Zusatzfrage kommt vom Kollegen Politze, SPD-Fraktion.

## Stefan Politze (SPD):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Frau Ministerin, vor dem Hintergrund, dass Qualität an Schule nicht nur aus der Addition von Zahlen, Stichtagsabfragen oder Ähnlichem besteht, sondern sich viel eher an Zusatzbedarfen orientiert, frage ich Sie, wie sich die Zusatzbedarfe an Ganztagsschulen entwickelt haben.

#### Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Bitte sehr!

# Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Abgeordneter Politze, es ist genau richtig, dass die entsprechende Ausstattung der Schulen dieser Landesregierung sehr wichtig ist. Ich bin auch dankbar dafür, dass der Mehrheit im Niedersächsischen Landtag die gute Ausstattung der Schulen und insbesondere der Ganztagsschulen in Niedersachsen sehr wichtig ist und diese Mehrheit im Landtag auch die notwendigen Ressourcen dafür zur Verfügung stellt.

Der Schwerpunkt unseres Ausbaus liegt zum einen im Bereich der Ganztagsschule und zum anderen im Bereich der Inklusion. Die öffentlichen allgemeinbildenden Ganztagsschulen erhalten im Schuljahr 2015/2016 einen Zusatzbedarf von insgesamt mehr als 72 700 Stunden. Zum Vergleich: Im Schuljahr 2012/2013 waren es 48 300 Stunden, im Schuljahr 2013/2014 waren es dann 50 800 Stunden, und im Schuljahr 2014/2015 waren es 67 200 Stunden.

Ein Vergleich zwischen diesen Erhebungen zeigt, so denke ich, dass allein der deutliche Anstieg im Bereich der Ausstattung der Ganztagsschulen auch einen deutlichen Ausstattungsanspruch dieser Landesregierung für unsere Schulen unterlegt und dass damit diese Stunden den Schulen auch zugutekommen.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung von Ottmar von Holtz [GRÜNE])

# Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die nächste Zusatzfrage kommt vom Kollegen Dr. Stephan Siemer, CDU-Fraktion. Bitte sehr!

#### Dr. Stephan Siemer (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Angesichts der Tatsache, dass die Kultusministerin am 11. November 2015 hier im Landtagsplenum erklärt hat, eine Stichprobenerhebung an Gymnasien habe ergeben, in keinem Fach falle der Unterricht generell aus - in keinem Schuljahrgang, in keiner Klasse -, frage ich die Landesregierung: Hält die Ministerin an dieser Aussage uneingeschränkt fest?

Vielen Dank.

(Zustimmung bei der CDU)

#### Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Frau Ministerin, bitte sehr!

#### Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Abgeordneter Dr. Siemer, wir haben eine entsprechende Stichprobe erhoben, und die Ergebnisse dieser Stichprobe habe ich vorgetragen. Das Ergebnis war im November so, wie ich es vorgetragen habe.

(Beifall bei der SPD)

## Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Es folgt jetzt der Kollege Adrian Mohr mit einer weiteren Zusatzfrage. Bitte sehr!

# Adrian Mohr (CDU):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Angesichts der Ausführungen der Frau Ministerin eben zu den vom Haushaltsausschuss vorweg freigegebenen 100 Stellen für sozialpädagogische Fachkräfte, dass sie nicht nach dem Gießkannenverfahren besetzt werden können, sondern man sich dies erst strukturell ansehen muss, frage ich die Landesregierung, ob die Aussage der Frau Ministerin im Ausschuss für Haushalt und Finanzen am 4. November 2015, dass 100 sozialpädagogische Fachkräfte - ich zitiere - in diesen Tagen an den allgemeinbildenden Schulen eingestellt würden, haltbar ist oder eine bewusste Fehlinformation des Ausschusses war.

Vielen Dank.

(Zustimmung bei der CDU)

#### Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Frau Ministerin, bitte sehr!

# Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich schaue mir gerne noch einmal die Aussage insgesamt im Protokoll an. Gemeint ist natürlich, dass wir diese Mittel dankenswerterweise vom Haushaltsgesetzgeber zur Verfügung gestellt bekommen haben. Ich habe den Gesamtzusammenhang des Zitats jetzt nicht vor Augen, aber es ist natürlich so, wie ich gerade auch vorgestellt habe, dass wir die Aufteilung der Stellen erst aufgrund der Webabfrage im November vornehmen konnten und - im Übrigen in sehr guter Absprache mit der niedersächsischen Landesschulbehörde - dann auch ein entsprechendes Einstellungsverfahren vorgesehen haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die schulische Sozialarbeit in den Landesdienst zu verankern, ist ein Anspruch, mit dem wir angetreten sind. Ich habe, bevor 2013 der Regierungswechsel kam, zehn Jahre lang immer nur gehört, schulische Sozialarbeit sei keine Aufgabe des Landes. Das war die Auffassung der rechten Seite dieses Hauses.

(Christian Grascha [FDP]: Und welcher Auffassung waren Sie?)

Wir haben versucht, dieses Konzept nach und nach zu verändern und anzupassen, und ich bin froh und dankbar, dass uns die Gelegenheit gegeben wird, jetzt mit einem neuen Rahmenkonzept in Verhandlungen mit den Kommunen auch diesen wichtigen Schritt zu machen und damit auch ein gesamtes Konzept für schulische Sozialarbeit auf den Weg zu geben.

(Beifall bei der SPD - Mechthild Ross-Luttmann [CDU]: Wir wären froh und dankbar, wenn Sie endlich einmal etwas umsetzen würden! - Zuruf von Reinhold Hilbers [CDU])

#### Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die nächste Zusatzfrage kommt aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Kollegin Julia Willie Hamburg, bitte!

# Julia Willie Hamburg (GRÜNE):

Sehr verehrter Herr Präsident! Vor dem Hintergrund, dass Frau Pieper gerade ausgeführt hat, dass sie sich auch um die Schwächsten bemüht, und dann nach Förderschulen gefragt hat - wobei ich den Begriff "Schwächste" in dem Zusammenhang auch nicht übermäßig angemessen finde -,

(Zustimmung bei der SPD)

frage ich die Landesregierung, wie sich denn die Zusatzbedarfe im Bereich Inklusion - darum geht es ja eigentlich - entwickelt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

#### Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Frau Ministerin, bitte!

# Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Kollegin Hamburg, wir haben den Bereich der Inklusion deutlich ausgebaut. Wir haben eine sehr gute Anzahl von inklusiven Schulen in Niedersachsen. Ich bin sehr froh und dankbar, dass die Entwicklung der Inklusion in Niedersachsen so gut Fahrt aufgenommen hat; denn das ist wirklich eine gute Leistung der in den Schulen Tätigen.

(Mechthild Ross-Luttmann [CDU]: Und was heißt das konkret? Geht das auch konkret?)

Wir haben insbesondere an den inklusiven Schulen mit der Ausstattung der sonderpädagogischen Grundversorgung an den Grundschulen und den entsprechenden Zusatzbedarfen an den weiterführenden Schulen natürlich einen stark wachsenden Bereich. Die Zusatzbedarfe an den öffentlichen Schulen insgesamt lagen im Jahr 2013 bei einer Größenordnung von 28 262 Stunden. Im Jahr 2014 betrugen die Zusatzbedarfe dann 44 202 Stunden. Wir sind jetzt im Jahr 2015 insgesamt bei einem Zusatzbedarf von 61 935 Stunden, d. h. fast 62 000 Stunden. Das ist mehr als eine Verdoppelung der Zusatzbedarfe in der Inklusion.

Das bedeutet auch hier einen Aufwuchs an Qualität und einen Aufwuchs an entsprechender Unterstützung der niedersächsischen inklusiven Schulen. Ich halte es für eine ganz herausragende Leistung, dass wir auch hier die Zusatzbedarfe im Interesse der Schülerinnen und Schüler so anpassen konnten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

#### Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank. - Als Nächster ist der Kollege André Bock von der CDU-Fraktion an der Reihe.

# André Bock (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin, Sie führten eben in der Antwort zu Frage 1 der Anfrage zur Unterrichtsversorgung aus, dass sich das alles auch an den Gymnasien sehr positiv darstelle. Vor Ort scheint aber ein anderer Eindruck zu herrschen, wie wir sehen, wenn wir die aktuelle Umfrage des Verbandes der Elternräte der Gymnasien betrachten.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung bzw. frage ich Sie: Wie bewerten Sie die Ergebnisse dieser Umfrage, wonach 40 % der Eltern der Auffassung sind, dass an den Gymnasien merklich Unterricht ausfällt, und immerhin ein Viertel sagt, dass in einzelnen Fächern und Klassen gar kein Unterricht erteilt wird?

(Zustimmung bei der CDU)

#### Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Frau Ministerin, bitte sehr!

# Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Bock, es mag Eindrücke geben. Wir haben Fakten, die belastbar sind,

(Lachen bei der CDU und bei der FDP)

und die entsprechenden Berechnungen, die öffentliche belastbare Zahlen bedeuten.

Wir nehmen die Informationen des Verbandes der Elternräte der Gymnasien Niedersachsens natürlich gerne zur Kenntnis. Wir haben ihn auch schon gebeten, uns konkrete Hinweise zu geben und auch Schulen zu benennen, damit wir Nachsteuerungen vornehmen können, sofern es denn notwendig ist. Das ist bislang noch nicht erfolgt. Aber wir sind natürlich jederzeit bereit - im Übrigen auch in allen anderen Bereichen, nicht nur bei den Gymnasien -, den Hinweisen nachzugehen. Dafür gibt es auch eine entsprechende Nachsteuerungsmöglichkeit der Landesschulbehörde.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

#### Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank. - Jetzt fragt für die SPD-Fraktion Kollege Uwe Santjer. Bitte!

## **Uwe Santjer** (SPD):

Lieber Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vor dem Hintergrund des Feuerwerks der positiven Nachrichten, die uns heute mitgeteilt werden,

(Lachen bei der CDU - Jörg Bode [FDP]: Steht auf und wehrt euch! - Reinhold Hilbers [CDU]: Wer hat Ihnen das denn aufgeschrieben? - Christian Dürr [FDP]: Er lacht doch selbst!)

frage ich die Landesregierung, wie sie denn gedenkt, dem steigenden Zustrom von Flüchtlingskindern in der Schule in Form von Sprachförderung zu begegnen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von Reinhold Hilbers [CDU])

#### Präsident Bernd Busemann:

Danke schön, Herr Kollege. - Herr Hilbers, Sie müssen sich noch schonen. Sie sind gleich dran. - Bitte sehr, Frau Ministerin!

#### Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Herr Präsident! Sehr geehrter Kollege Santjer, ich kann Ihnen nur zustimmen. Es sind sehr, sehr positive Entwicklungen, die wir haben: der Ausbau der Ganztagsschule, der Ausbau der Inklusion und auch der deutliche Ausbau der Sprachförderung das ist ein riesengroßer Kraftakt, aber auch eine riesengroße Leistung dieser Landesregierung und dieses Landtages, jedenfalls der Mehrheit des Landtages.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich das in Bezug auf den Bereich der Sprachförderung einmal insgesamt deutlich machen. Wir haben etwa 36 910 Stunden für den gesamten Bereich der Sprachförderung zur Verfügung. Darin sind u. a. die vorschulische Sprachförderung, aber auch die Einrichtung von Sprachlernklassen mit enthalten.

Zusätzlich zu diesem Bereich der Sprachförderung von 36 910 Stunden haben wir jetzt noch einmal allein Sprachförderung im Umfang von 16 500

Stunden in Form unterschiedlichster Möglichkeiten bewilligt.

Die Sprachfördermaßnahmen habe ich bereits in meiner Antwort einleitend dargestellt.

Ich darf hier noch darauf hinweisen, dass wir ebenso die Möglichkeit für Verträge - Spracherwerb Flüchtlinge - geschaffen haben und hier auch bedarfsgerecht ausschreiben.

(Mechthild Ross-Luttmann [CDU]: Wann denn?)

Die Zahl der ausgeschriebenen und besetzten VSF-Verträge - so werden sie genannt, also "Verträge - Spracherwerb Flüchtlinge" - ist dabei in diesem Schuljahr stetig angestiegen.

Des Weiteren wurden der Bewerberkreis für diese Verträge erweitert und auch ein großer Teil der pensionierten Lehrkräfte angeschrieben. Für diese Bewerbergruppe ist auch eine Anpassung beim Einstellungs- und Bewerbungsportal EiS-Online geplant. Sie wissen, dass wir damals sehr schnell reagiert haben. Wir werden das auch entsprechend anpassen, da wir in diesem Bereich für die pensionierten Bewerberinnen und Bewerber natürlich andere Voraussetzungen haben.

Darüber hinaus haben wir z. B. 124 Stellen mit der geforderten oder gewünschten Zusatzqualifikation DaZ oder DaF, also Deutsch als Zweitsprache oder Deutsch als Fremdsprache, ausgeschrieben und davon auch bereits 114 Stellen - Stand 11. Februar 2016 - besetzt. Des Weiteren haben wir die Landesschulbehörde aufgefordert, alle verfügbaren Bewerberinnen und Bewerber mit dieser Zusatzqualifikation, die jetzt noch nicht im Landesdienst sind, auch noch einmal gezielt bei den Einstellungen zu berücksichtigen.

(Beifall bei der SPD)

# Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Jetzt sind Sie dran, Herr Hilbers. Jetzt können Sie alles fragen, was Sie fragen möchten.

(Uwe Santjer [SPD]: Lieber nicht!)

#### Reinhold Hilbers (CDU):

Es ist ein gutes Angebot, dass ich alles fragen darf, was ich gerne wissen möchte, Herr Präsident.

#### Präsident Bernd Busemann:

Sie dürfen eine zweite Frage stellen - und Sie wissen ja: kurz und knapp.

#### Reinhold Hilbers (CDU):

Aber ich werde dann doch versuchen, mich im Rahmen der Geschäftsordnung zu bewegen.

#### Präsident Bernd Busemann:

Der Versuch reicht hier nicht. Wir sind in der Realität des Parlaments.

# Reinhold Hilbers (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Ministerin, vor dem Hintergrund der Antwort auf meine erste Frage und Ihrer Antwort auf die Frage des Kollegen Adrian Mohr komme ich nicht umhin, Sie in meiner zweiten Frage mit dem Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen am 4. November 2015 zu konfrontieren. Dieses Protokoll liegt mir hier vor. Ich zitiere aus Ihrer Rede zur Einbringung Ihres Etats:

"100 sozialpädagogische Fachkräfte, die den vielfach auch traumatisierten Kindern bei ihrem Übergang in diese für sie neue schulische Welt helfen sollen, werden in diesen Tagen an den allgemeinbildenden Schulen eingestellt."

Vor dem Hintergrund dieses Zitats und Ihrer Antwort hier frage ich jetzt noch einmal: Haben Sie bereits im September 2015 gewusst, dass Sie erst ein Konzept erarbeiten wollen? Dann ist diese Aussage falsch. Oder haben Sie erst nach dem 4. November 2015 entschieden, dass Sie die Ausschreibung dann doch nicht machen wollen und dass Sie das Ganze einstellen? So ist es auf jeden Fall ein Widerspruch, den ich aufgeklärt haben möchte.

(Beifall bei der CDU)

#### Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Frau Ministerin, bitte sehr!

#### Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Hilbers, wir haben genau in der Phase Oktober/November eine sehr bewegte Situation auch an den Schulen gehabt, insbesondere was die Aufnahme der Flüchtlinge anging. Der Landtag hatte dankenswerterweise bereits mit dem zweiten

Nachtragshaushalt 100 Stellen zur Verfügung gestellt. Wir haben die Entwicklung an den Schulen beobachten können

(Mechthild Ross-Luttmann [CDU]: Also erst einmal beobachtet! Was haben Sie denn da beobachtet?)

und in Absprache mit der Landesschulbehörde versucht, dies deutlich zu machen. Ich habe das in der Einbringungsrede, wie Sie es ja zitiert haben, so gesagt.

Wir haben dann eine Webabfrage gemacht. Wir haben eine im September und eine zweite im November gemacht,

(Mechthild Ross-Luttmann [CDU]: Warum das denn?)

weil die Zahlen sehr instabil waren.

(Reinhold Hilbers [CDU]:Warum haben Sie uns nicht informiert?)

- Weil ich das noch überprüfen wollte, damit wir dort gut und passgenau ansetzen können.

(Mechthild Ross-Luttmann [CDU]: Über Monate überprüft und beobachtet!)

Dass die Ergebnisse dann anders waren, als wir es ursprünglich vermutet haben, konnte ich am 4. November nicht wissen.

Aber ich sage Ihnen ganz deutlich: Ich bin froh und dankbar, dass wir jetzt 100 zusätzliche Stellen für Schulsozialarbeit an den niedersächsischen Grundschulen ausbringen können.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Reinhold Hilbers [CDU]: Ein halbes Jahr zu spät!)

#### Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die nächste Zusatzfrage stellt der Kollege Heiner Schönecke, CDU-Fraktion.

## Heiner Schönecke (CDU):

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen, liebe Kollegen! Frau Ministerin, Sie haben hier gesagt, dass Sie die Webabfrage neu eingesteuert haben. Deshalb frage ich die Landesregierung: Gibt es dieses neue Instrument der Webabfrage bei den nachgeordneten Institutionen und Behörden in allen Ministerien, Herr Ministerpräsident? Werden wir jetzt überall erleben, dass Sie, wenn der Haus-

halt und das Tableau verabschiedet werden, dann die Ministerien einzeln abgehen und über Webabfragen nachfragen, wann sie wen wo einstellen wollen?

(Zustimmung bei der CDU - Jörg Hillmer [CDU]: Ich würde sagen, das ist ein beispielgebendes Verfahren!)

#### Präsident Bernd Busemann:

Für die Landesregierung antwortet Frau Heiligenstadt. Bitte!

# Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Abgeordneter Schönecke, wir haben mit der Webabfrage ein Instrument geschaffen, das den Bedarfen, insbesondere auch den Anfragen der Abgeordneten, aber auch den Steuerungsbedarfen für die Landesregierung, nachkommt.

Es wurde immer nachgefragt: Wie viele Kinder werden denn mit Sprachförderung versehen? Wie viel Sprachförderbedarf, wie viel Unterstützung an den niedersächsischen Schulen ist notwendig? - Deswegen haben wir dieses zusätzliche Instrument eingezogen. Ich glaube, es ist durchaus sinnvoll und richtig, damit zumindest einen Teil steuern zu können, weil wir, wie Sie wissen, meine sehr verehrten Damen und Herren, im schulischen Bereich nicht danach fragen, welchen Bleiberechtsstatus ein Kind hat, sondern wir fragen ausschließlich danach, welche Unterstützung ein Kind haben muss, und zwar ganz gezielt im Bereich der Sprachförderung.

(Mechthild Ross-Luttmann [CDU]: Aber das ist doch eine Selbstverständlichkeit!)

Das müssen nicht nur Flüchtlingskinder sein, sondern es können durchaus auch andere Kinder sein, die schon seit einiger Zeit in Deutschland leben und schon über Jahre hinweg hier sind. Deshalb ist es ganz richtig, dies abzustimmen.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Kommen Sie auch noch zu der Frage des Kollegen Schönecke?)

- Ich bin gerade dabei, Herr Hilbers. Wenn Sie nicht immer nur Zwischenrufe machen würden, dann könnten Sie zuhören, wenn ich hier etwas ausführe. (Zustimmung bei der SPD - Mechthild Ross-Luttmann [CDU]: Das ist aber manchmal schwierig!)

Ich habe deutlich gemacht, dass uns wichtig ist, dass die Ressourcen, die wir jetzt zur Verfügung stellen können, auch dort ankommen, wo die meisten Kinder sind. Wir haben die Situation gehabt, dass die Entwicklung, gerade im November, sehr unterschiedlich war. Es gab zum Teil Schulen, an denen Kinder vor der Tür standen.

(Mechthild Ross-Luttmann [CDU]: Vor der Tür standen?)

die dann auch in den Unterricht aufgenommen worden sind und an denen Sprachlernklassen eingerichtet worden sind, aber dann nach zwei, drei Wochen keine Kinder mehr da waren.

Dies zu steuern und abzufragen, ist sehr sinnvoll und richtig. Ich wüsste nicht, warum das kritisiert werden sollte. Hätten wir - andersherum - keine Webabfrage eingerichtet, dann hätte ich heute wohl eine Frage gestellt bekommen, warum wir denn nicht nachfragen, wo die Flüchtlingskinder an den Schulen ankommen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD - Petra Tiemann [SPD]: Genau so ist es!)

# Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Herr Schönecke, Sie hatten sich durch Heben beider Hände zur Geschäftsordnung gemeldet. Darf ich unterstellen, dass es eher die Unzufriedenheit mit der Antwort ist?

(Heiner Schönecke [CDU]: Ja!)

- Das ist aber kein Fall der Geschäftsordnung.

(Jörg Bode [FDP]: Es war nach anderen Ressorts gefragt worden, und die haben nicht geantwortet!)

- Der Herr Ministerpräsident wird den Teilkomplex "Andere Ressorts" beleuchten.

(Heiner Schönecke [CDU]: Vielen Dank!)

Bitte sehr!

## Stephan Weil, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie in der Vergangenheit wird die Niedersächsische Landesregierung auch in Zukunft die Bedarfserhebungen für alle von ihr zu verfolgenden Aufgaben in der jeweils gebotenen Form durchführen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Reinhold Hilbers [CDU]: Das ist eine ganz neue Erkenntnis!)

#### Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Meine Damen und Herren, bevor wir weitermachen, darf ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern insbesondere der anderen Ressorts, die sich zumindest theoretisch auf die Fragen 2, 3 und folgende eingerichtet haben, mitteilen, dass sie nicht mehr gefordert sind. Ob Sie Ihrer Arbeit nachgehen dürfen, müssen natürlich die Ressortchefs entscheiden.

Meine Damen und Herren, die nächste Zusatzfrage - das ist dann ihre zweite - stellt Frau Gudrun Pieper.

# Gudrun Pieper (CDU):

Herzlichen Dank. - Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor dem Hintergrund, dass die Frau Ministerin vorhin ausgeführt hat, dass Sie sehr sorgsam bei den Personaleinstellungen vorgehen, dass Sie eine bestimmte Steuerung haben, um sehr sorgsam agieren zu können, und vor dem Hintergrund, dass Sie "Gründlichkeit vor Schnelligkeit" sagen, um auch die Qualität an den Schulen dementsprechend sicherzustellen, frage ich Sie:

Wie bewerten Sie die Situation an der Grundschule Bothmer - in Klammern: Unterrichtsversorgung 93,3 %; die Schulleiterin ist seit dem 1. Februar im Ruhestand; es ist der Landesregierung bzw. dem Ministerium lange bekannt, dass sie in den Ruhestand geht -, dass sich zwei Bewerberinnen bereits seit Herbst letzten Jahres um eine Schulleiterstelle bemühen?

Ich zitiere jetzt aus einem Elternbrief: Seit den Herbstferien laufen die Anträge, und auf einmal heißt es: Leider konnte die Rektorenstelle noch nicht besetzt werden, da in Lüneburg das große Stühlerücken stattgefunden hat und genau dieser Antrag bei irgendeinem liegen geblieben ist und nicht weiterbearbeitet werden konnte oder wollte.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Unglaublich!)

Wie bewerten Sie diese Vorgehensweise in Bezug auf Gründlichkeit, Schnelligkeit und vernünftige

Steuerung? - Ich denke, das ist ein desolater Zustand, und hier sind Sie verantwortlich.

(Beifall bei der CDU)

#### Präsident Bernd Busemann:

Wir haben die Frage vernommen. Das war ein bisschen sehr viel Text. - Frau Ministerin, bitte sehr!

#### Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Abgeordnete Pieper, wir haben knapp 2 800 öffentliche Schulen in Niedersachsen. Ich bitte um Nachsicht, dass ich nicht jede einzelne Stellenbesetzung, auch nicht bei Schulleitungen, im Kopf habe und deshalb auch keine konkrete Bewertung des Vorgangs vornehmen kann.

(Christian Dürr [FDP]: Sie beschäftigen sich nur mit ganz speziellen Einzelfragen!)

Aber ich werde natürlich das Protokoll gerne zum Anlass nehmen und diesem Vorgang nachgehen.

(Zuruf von der CDU: Das Protokoll? Sie hat Sie doch gerade gefragt! - Gudrun Pieper [CDU]: Die Eltern warten darauf! Sie haben Sie auch schon angeschrieben, aber keine Antwort erhalten!)

# Präsident Bernd Busemann:

Danke schön.

(Christian Dürr [FDP]: War das Herr Schminke?)

- Wenn hier Ruhe ist, Herr Dürr, kann Herr Hillmer die nächste Zusatzfrage stellen.

Bitte sehr!

# Jörg Hillmer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung, ob sie auch in anderen Häusern, insbesondere im Innenministerium, die im Herbst im Nachtragshaushalt bewilligten Mittel zunächst einmal über Webabfragen oder andere Instrumente evaluiert hat, bevor sie in die Flüchtlingsunterbringung investiert hat. Gibt es noch Haushaltsreste aus 2015, die in dem Jahr noch nicht verausgabt waren?

#### Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Herr Minister Pistorius, bitte sehr!

#### Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach einer kurzen Rückfrage an der Bank kann ich Ihnen sagen, dass es meines Wissens nur geringfügige Haushaltsreste gibt, wenn überhaupt. Eine Webabfrage war in diesem Fall nicht erforderlich.

(Jörg Hillmer [CDU]: Das denke ich auch!)

#### Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Es folgt jetzt der Kollege Lammerskitten mit der nächsten Zusatzfrage. Bitte sehr!

# Clemens Lammerskitten (CDU):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit dem 1. Januar 2016 gibt es weitere 167 unbesetzte Sozialarbeiterstellen. Die Frage ist: Wann werden diese Stellen ausgeschrieben? Nach welchen Kriterien werden sie an die Schulen verteilt? Da es in Bezug auf die 100 Stellen, über die wir gerade schon diskutiert haben, große Einsparungen durch die späte Besetzung gibt: Was passiert eigentlich mit den eingesparten Haushaltsmitteln?

(Zustimmung bei der CDU)

#### Präsident Bernd Busemann:

Frau Ministerin, bitte sehr!

## Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte bereits in meiner Antwort zu Beginn und in den Vorbemerkungen ausgeführt, dass wir entsprechend zweimal schulische Sozialarbeitsstellen zur Verfügung gestellt bekommen haben. Die zweiten 167 Stellen sind natürlich auch Bestandteil eines Gesamtkonzeptes der schulischen Sozialarbeit, die wir ja insbesondere gerade mit den niedersächsischen kommunalen Spitzenverbänden besprechen.

Wir sind im Rahmen dieser Gespräche auf einem sehr positiven Weg unterwegs. Es ist eine ausgesprochen konstruktive Atmosphäre. Wir müssen das ja auch insbesondere im Zusammenhang mit dem Hauptschulprofilierungsprogramm sehen.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Was ist mit den eingesparten Haushaltsmitteln? Diese Frage ist nicht beantwortet!)

#### Präsident Bernd Busemann:

Die nächste Zusatzfrage stellt der Kollege Jörg Bode. Bitte sehr!

# Jörg Bode (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, wie hoch - gemeint ist: in Unterrichtsstunden pro Woche - sind zum 1. Februar 2016 die Zusatzbedarfe 071 - dabei handelt es sich um die Zusatzbedarfe "Besondere Förderung für Schüler nichtdeutscher Herkunftssprache" - und 076 - dabei handelt es sich um die Sprachförderung vor der Einschulung -? Wie hoch sind diese Zusatzbedarfe in Unterrichtsstunden pro Woche?

(Beifall bei der FDP)

#### Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Frau Heiligenstadt, bitte sehr!

# Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Bode, die Zusatzbedarfe 071 zum 15. September 2015 belaufen sich auf 20 200 Stunden und die Zusatzbedarfe 076 zum 15. September 2015 auf 13 100 Stunden.

(Jörg Bode [FDP]: Ich hatte zum 1. Februar 2016 gefragt!

- Ich bin ja mit meinen Ausführungen noch nicht fertig.

Die Zusatzbedarfe zum 1. Februar 2016 - das ist allerdings eine Prognose; hier haben wir nicht den entsprechenden Sollvergleich - belaufen sich auf 23 000 Stunden bei 071 und auf ca. 13 000 Stunden bei 076.

## Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank. - Die nächste Zusatzfrage stellt der Kollege Björn Försterling. Bitte sehr!

# Björn Försterling (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem die Frau Ministerin eben die Daten der Zusatzbedarfe 071 und 076 zum 15. September 2015 und zum 1. Februar 2016 vorgetragen hat und sich eine Differenz, also eine Steigerung um 2 800 Unterrichtsstunden pro Woche ergeben hat und angesichts des Zitats in der

Pressemitteilung vom 29. September 2015, für weitere Fördermaßnahmen wie Sprachförderkurse, Sprachförderunterricht, Sprachförderkonzepte und vorschulische Sprachförderung soll der Umfang der Lehrerstunden um mindestens 7 500 Stunden erhöht werden, frage ich die Landesregierung: Sind 2 800 Unterrichtsstunden pro Woche das Gleiche wie 7 500 Unterrichtsstunden pro Woche, oder bleibt die Ministerin mal wieder hinter ihren eigenen Ankündigungen zurück?

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

#### Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Frau Ministerin, bitte sehr!

# Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Försterling, wir haben natürlich die Sprachförderung allgemein gesteigert. Das hatte ich auch versucht, entsprechend deutlich zu machen. Es gibt ja unterschiedliche Bereiche der Sprachförderung. Wir haben u. a. auch die entsprechenden Zusatzbedarfe in den Sprachlernklassen etc. Das hatte ich hier eben auch schon auf ein paar Fragen beantwortet.

(Jörg Bode [FDP]: Was?)

#### Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die nächste Zusatzfrage stellt jetzt Herr Kollege Kai Seefried.

## Kai Seefried (CDU):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Vor dem Hintergrund, dass wir eindeutig feststellen können, dass wir an sämtlichen Schulformen in Niedersachsen einen Mangel an Lehrkräften haben, frage ich die Landesregierung: Welche konkreten Initiativen haben Sie ergriffen, um diesen Mangel zu beseitigen und andere Lehrkräfte nach Niedersachsen zu holen und für unsere Schulen in Niedersachsen zu gewinnen?

# (Vizepräsident Karl-Hein Klare übernimmt den Vorsitz)

Ich möchte das Beispiel Berlin anführen, wo man zunächst Aktivitäten in anderen Bundesländern gestartet hat und sich mittlerweile im europäischen Ausland darum bemüht, Lehrkräfte nach Berlin zu holen. Gab es ähnliche Initiativen seitens Niedersachsen?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

#### Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Danke. - Frau Ministerin, bitte schön!

## Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Seefried, wir versuchen natürlich als Land Niedersachsen, ein attraktiver Arbeitgeber zu sein. Wir haben durchaus auch viele Bewerbungen aus anderen Bundesländern.

Die Situation ist allerdings so, dass durch die zunehmende Anzahl an Flüchtlingskindern nicht nur in Niedersachsen, sondern auch in allen anderen Bundesländern dort entsprechend auch Bedarfe vorhanden sind und deshalb sehr viele Lehrerstellen momentan zur Verfügung stehen. Daher können sich die Bewerberinnen und Bewerber sehr stark ihren Einsatzort aussuchen. Wir merken das z. B. innerhalb Niedersachsens an den unterschiedlichen Standorten. Die großen Städte werden von den Bewerberinnen und Bewerbern lieber ausgewählt als z. B. eher ländliche, periphere Bereiche unseres Landes.

Nichtsdestotrotz haben wir sehr attraktive Maßnahmen z. B. im Bereich der Lehrereinstellung dadurch, dass wir in unserem Bundesland noch verbeamten. Auch das ist etwas, was für viele Bewerberinnen und Bewerber wichtig ist.

Innerhalb der Kultusministerkonferenz gibt es ein Abkommen, welches besagt, dass nicht zwischen den einzelnen Bundesländern abgeworben wird. Daran halten sich in der Regel auch alle Bundesländer. Sicherlich kann ich nicht im Einzelfall die Situation in Berlin beurteilen. Das könnte besser die Kollegin aus Berlin beantworten. Im Großen und Ganzen haben wir aber eine gute Nachbarschaft mit den anderen Bundesländern. Wir haben auch sehr viele Bewerberinnen und Bewerber z. B. aus den Bundesländern Bremen, Hamburg, aber auch aus Nordrhein-Westfalen, wenn wir unsere Stellenausschreibungen vornehmen.

Nichtsdestotrotz haben wir mit weiteren Maßnahmen versucht, durch Neueinstellungen von Lehrkräften die Bedarfe im Landesdienst abzudecken. Zum Beispiel haben wir im letzten Plenarabschnitt eine Maßnahme sehr intensiv diskutiert, die die rechte Seite des Hauses kritisiert hatte, nämlich dass wir 100 Stellen zusätzlich an Gymnasien ausgeschrieben haben, weil Gymnasiallehrer momentan in größerer Anzahl am Markt vorhanden sind als die Lehrkräfte anderer Lehrämter. Diese 100 Stellen können wir dann an andere Schulfor-

men abordnen. Das ist auch entsprechend in Anspruch genommen worden.

(Beifall bei der SPD)

# Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Die nächste Frage stellt Herr Ottmar von Holtz für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön!

# Ottmar von Holtz (GRÜNE):

Schönen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor dem Hintergrund Ihrer vorhin auf die Frage von Herrn Santjer ausführlich dargestellten Zusatzbedarfe an Stunden frage ich Sie, Frau Ministerin: Wie viele zusätzliche Lehrkräfte wurden denn eingestellt auch aus Bereichen wie arbeitslose Lehrkräfte oder verrentete bzw. pensionierte Lehrkräfte?

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD

#### Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Frau Ministerin, bitte schön!

# Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Abgeordneter von Holtz, in Niedersachsen sind zur Unterstützung von Flüchtlingen in Schulen, wie wir heute Morgen besprochen haben, rund 900 Stellen zusätzlich geschaffen worden. Das Besetzungsverfahren zum zweiten Schulhalbjahr 2015/2016 läuft gegenwärtig noch, wobei diese 900 Stellen natürlich u. a. auch Sozialarbeiterstellen sind. Das ist also die Gesamtsumme.

Das Land Niedersachsen hat in diesem Rahmen an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen für den Bereich der Lehrkräfte rund 1 800 Stellen, wie ich vorhin schon ausgeführt habe, zur Neueinstellung ausgeschrieben. Darunter sind rund 400 zusätzliche Lehrerstellen, die im Rahmen der Beschulung von Flüchtlingskindern eingesetzt werden sollen. Diese zusätzlichen Stellen konnten ebenso wie der Großteil der anderen Stellen schon besetzt werden.

Zur Gewinnung von weiteren Lehrkräften für den Sprachförderunterricht hat das Kultusministerium darüber hinaus rund 140 - genau 138 - Stellen für befristete Arbeitsverträge "Spracherwerb Flüchtlinge" zur Verfügung gestellt und die Einstellungsmöglichkeiten in diesem Bereich sehr stark flexibi-

lisiert, z. B. auch für die Einstellung von pensionierten Lehrkräften.

Flexibilisierungsmaßnahmen weiterer Art sind z. B. der Wegfall fester Einstellungstermine, der Abschluss befristeter Arbeitsverträge mit ehemaligen, pensionierten oder verrenteten Lehrkräften, Studierenden, Studienabsolventinnen und -absolventen der Lehrämter, die noch keine Zulassung zum Vorbereitungsdienst erhalten haben, und auch die flexiblere Handhabung von arbeitszeitlichen Regelungen.

(Zuruf von der CDU: Wie viele waren denn das?)

Mit Stand vom 15. Februar 2016 haben Schulen bei der Landesschulbehörde rund 350 Anträge zum Abschluss solcher Verträge gestellt. Davon sind derzeit rund 230 Verträge abgeschlossen worden.

Als flankierende Maßnahme für die weitere Unterstützung der Lehrkräfte im Bereich der Sprachbildung wurde die Fortbildung für die aktiven Lehrkräfte mit Blick auf die Beschulung von Flüchtlingskindern auch inhaltlich weiterentwickelt und ausgeweitet.

Zudem werden auch über den Abschluss befristeter Arbeitsverträge zusätzlich gewonnene Lehrkräfte, z. B. über die Fachberaterinnen und Fachberater für interkulturelle Bildung und die Sprachbildungszentren, zunehmend auf ihre Arbeit vorbereitet. Auch dort haben wir entsprechende Verstärkungen und Aufbaumaßnahmen vorgenommen.

(Beifall bei der SPD)

# Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Die nächste Frage stellt die Kollege Annette Schwarz. Bitte schön!

# Annette Schwarz (CDU):

Danke. - Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In Anbetracht der Tatsache, dass in der kreisfreien Stadt Delmenhorst die Unterrichtsversorgung an sechs Grundschulen bei unter 95 % bzw. massiv darunter liegt, der allgemeine Durchschnittswert derzeit 96,2 % beträgt und damit der schlechteste landesweit ist, frage ich die Landesregierung, was sie unternimmt, um die Unterrichtsversorgung an den Grundschulen, aber auch an den weiterführenden Schulen zu verbessern.

(Beifall bei der CDU)

#### Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Danke. - Frau Ministerin, bitte!

# Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Abgeordnete Schwarz, wir haben unterschiedliche personalwirtschaftliche Maßnahmen, die eingesetzt werden können. Wir haben ein großes Interesse daran, dass möglichst zwischen allen Schulen eine einigermaßen ausgeglichene Unterrichtsversorgung gegeben ist. Wenn sie zwischen den Schulen geregelt ist, wollen wir natürlich auch unter den Schulformen eine einigermaßen ausgeglichene Unterrichtsversorgung herstellen. Dazu gibt es unterschiedliche Personalbewirtschaftungsmaßnahmen, wie z. B. Abordnungen, Teilabordnungen oder Versetzungen.

(Mechthild Ross-Luttmann [CDU]: Werden Sie doch jetzt mal konkret! Was unternehmen Sie denn jetzt?)

Wir haben z. B. auch eine Nachsteuerungsreserve. Wenn aber z. B. aufgrund von Krankheit - auch längerfristigen Erkrankungen - oder Ähnlichem Unterricht ausfällt, haben wir einen entsprechenden Vertretungspool, aus dem Vertretungslehrkräfte eingestellt werden können.

(Mechthild Ross-Luttmann [CDU]: Was unternehmen Sie denn jetzt? Das ist keine Antwort!)

Es sind also vielfältige Maßnahmen, die wir dort einsetzen können.

(Mechthild Ross-Luttmann [CDU]: Was unternehmen Sie denn konkret? Was denn jetzt? Die Frage war doch, was möglich ist, und nicht, welche Maßnahmen möglich sind!)

#### Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Danke schön. - Die nächste Frage stellt die Kollegin Sylvia Bruns von der FDP. Bitte schön!

#### Sylvia Bruns (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Mich würde interessieren, wie es mit den Mitteln für die Sprachlernklassen aussieht, die der Landtag zur Verfügung gestellt hat. Sind die aktuell ausgeschöpft? Anschließend daran frage ich: Wie viele Sprachlernklassen gibt es zurzeit?

(Beifall bei der FDP)

#### Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Danke schön. - Frau Ministerin, bitte schön!

#### Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Verehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Abgeordnete, wir haben im Moment etwas mehr als 570 Sprachlernklassen eingerichtet. Sie sind in der Prognose über die Landesschulbehörde angemeldet - so muss man das, denke ich, korrekt formulieren. Es hängt immer davon ab, wie die örtlichen Gegebenheiten sind, um diese Sprachlernklassen tatsächlich einzurichten. Manchmal werden auch Schülerinnen und Schüler für eine Sprachlernklasse angemeldet, erscheinen aber doch nicht an der Schule. Dann müssen wir die Sprachlernklasse möglicherweise an einem anderen Standort einsetzen.

Wir haben entsprechende Mittel dafür vorgesehen. Diese sind vom Landtag auch etwa in der Größenordnung vorgesehen gewesen. Wir haben aber eine entsprechende Flexibilität. Wir haben noch den Bereich mit den Verträgen "Spracherwerb Flüchtlinge". Dazu habe ich eben vorgetragen, wie viele Verträge abgeschlossen worden sind. Wir können also unterschiedliche Ausgleichsmaßnahmen vornehmen.

#### Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Die nächste Frage stellt Herr Kollege Sebastian Lechner.

# Sebastian Lechner (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Kultusministerin hat in der 87. Plenarsitzung am 22. Januar ausgeführt - ich zitiere wörtlich -:

"Wir haben von den ausgeschriebenen Stellen zum 1. Februar 1 440 besetzt. ... Sie wissen, dass es Einstellungstermine gibt. Wir haben deshalb die Ermächtigungen aus dem 2. Nachtragshaushalt gerne genutzt. Sonst hätten wir diese 400 Stellen überhaupt nicht zusätzlich ausschreiben können."

Ergänzend erläuterte sie auf die Nachfrage des Kollegen Dürr:

"Hätten wir diese Stellen nicht im Nachtragshaushalt etatisiert, hätte ich sie nicht ausschreiben können."

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung: Welche Rechtsgrundlage stützt die Behauptung der Kultusministerin, dass nur eine Etatisie-

rung im zweiten Nachtragshaushalt sie befähigt hätte, diese 400 Stellen zum 1. Februar 2016 auszuschreiben?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -Reinhold Hilbers [CDU]: Jetzt erwarten wir eine konkrete Antwort!)

## Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Frau Ministerin, bitte schön!

# Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Lechner, es ist nun einmal so, dass wir entsprechende Budgets bzw. Stellen zur Verfügung gestellt bekommen und dass wir uns im Rahmen des Haushaltes bewegen. Im Rahmen des Haushaltes habe ich dann auch die Stellenausschreibungen zur Verfügung gestellt bzw. die Stellenbesetzungen vorgenommen.

(Christian Grascha [FDP]: Das war nicht die Frage! - Jörg Bode [FDP]: Das war nicht gefragt! - Christian Dürr [FDP]: Frau Ministerin, das hat er doch überhaupt nicht gefragt! Das wissen Sie! - Jörg Bode [FDP]: Vielleicht sollte das der Finanzminister beantworten! Der kann das vielleicht!)

#### Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Die nächste Frage stellt die Kollegin Astrid Vockert von der CDU-Fraktion. Bitte schön!

## Astrid Vockert (CDU):

Herzlichen Dank. - Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor dem Hintergrund der Ausführungen des Kollegen Uwe Santjer, der im Zusammenhang mit der Unterrichtsversorgung u. a. von einem "Feuerwerk der positiven Nachrichten" gesprochen hat, frage ich die Landesregierung, ob sie diese Einschätzung teilt, wohlwissend, dass sie gleichzeitig mitteilt, dass mehr als zwei Drittel aller Schulen landesweit im Bereich der Unterrichtsversorgung unter 100 % liegen, und wohlwissend, dass z. B. im Landkreis Cuxhaven die Förderschule Seeparkschule bei 83,2 %, die Förderschule Lernen Wichernschule Cuxhaven bei 84,1 % und die Realschule in Otterndorf bei 86,2 % liegen.

Teilt sie die Einschätzung, dass es sich dabei tatsächlich um ein "Feuerwerk der guten Nachrichten" handelt? Wenn sie das nicht macht: Wird sie irgendwann und, wenn ja, zu welchem Zeitpunkt - dafür Sorge tragen, dass sich diese Unterrichtsversorgung verbessert?

(Beifall bei der CDU und Zustimmung von Jörg Bode [FDP])

# Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Frau Ministerin!

# Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kollegin Vockert, was die einzelnen Schulen im Landkreis Cuxhaven angeht, die Sie eben angesprochen haben, werden wir natürlich entsprechende Nachsteuerungsmaßnahmen vornehmen. Gerade im Bereich des Landkreises Cuxhaven ist es schwierig, geeignete Bewerberinnen und Bewerber zu finden. Wenn die Situation an einzelnen Schulen in einem Halbjahr etwas schwieriger ist, versuchen wir, das im nächsten Halbjahr durch entsprechende Stellenzuweisungen zu kompensieren. Wir müssen natürlich auch geeignete Bewerberinnen und Bewerber finden.

(Astrid Vockert [CDU]: Also kein Feuerwerk der positiven Nachrichten!)

Zu Ihrer ersten Behauptung, es sei angeblich keine gute Nachricht, kann ich schlicht und ergreifend nur noch einmal sagen, wenn ich die beiden Iststundenstände für das Jahr 2012 - 14. September - und das Jahr 2015 - 15. September - miteinander vergleiche: Es gab im Jahr 2012 an den niedersächsischen Schulen bei deutlich mehr Schülerinnen und Schülern 1,28 Millionen Stunden und zum jetzigen Zeitpunkt 1,3 Millionen Stunden. Das ist ein Feuerwerk an zusätzlichen Stunden, was wir für unsere niedersächsischen Schulen tatsächlich zur Verfügung stellen, bei weniger Schülerinnen und Schülern.

(Beifall bei der SPD - Reinhold Hilbers [CDU]: Wenn das Ihre ganze Bildungsoffensive ist, dann können Sie einpacken! Das ist die Wahrheit!)

# Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die nächste Frage stellt der Kollege Uwe Schünemann.

## Uwe Schünemann (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Ministerin, wie erklären Sie, dass trotz einer Unterrichtungsversorgung von offiziell 95,3 % bei der Oberschule in Stadtoldendorf - nach Auskunft der Schulleitung von heute ist sie sogar noch geringer - eine Lehrkraft für Bio und Chemie und zwei Sprachlehrkräfte, die zum 1. Februar angekündigt waren, bis heute nicht angekommen sind und dass - was noch viel schlimmer ist - nach Auskunft der Landesschulbehörde eine Bearbeitung nicht vor den Osterferien möglich ist, wodurch eine Besetzung frühestens im Mai zustande kommt? - Damit Sie hier ausführlich antworten können, hatte ich Ihnen den Sachverhalt schon vorab schriftlich mitgeteilt.

(Beifall bei der CDU)

# Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Frau Ministerin, bitte schön!

# Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Abgeordneter Schünemann, Sie haben zu dem Vorgang eine schriftliche Anfrage gestellt. Ich habe sie unverzüglich entsprechend weitergeleitet. Wir erwarten die Stellungnahme der Landesschulbehörde.

(Beifall bei der SPD - Reinhold Hilbers [CDU]: Richtig gutes Büro, wenn Sie das schon weitergeleitet haben! Das ist schon ein Anspruch!)

#### Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Danke schön. - Es hat sich der Kollege André Bock zu seiner zweiten Frage gemeldet. Bitte schön!

# André Bock (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie haben in der Beantwortung der Mündlichen Anfrage umfänglich zur Unterrichtsversorgung an den allgemeinbildenden Schulen ausgeführt. Da in der Mündlichen Anfrage nicht konkret nach der Situation an den berufsbildenden Schulen gefragt worden ist, möchte ich das nachholen: Wie hoch ist im aktuellen Schuljahr die Unterrichtsversorgung an den berufsbildenden Schulen? Ende 2013 und Ende 2014 war sie mit 88,6 % bzw. 88,9 % ja nicht gerade umfänglich.

(Beifall bei der CDU)

# Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Frau Ministerin, bitte schön!

#### Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Bock, Sie wissen, dass der Stichtag für die Erhebung bei den berufsbildenden Schulen zwei Monate später liegt als bei den allgemeinbildenden Schulen. Deswegen liegen mir derzeit noch keine konkreten Zahlen vor. Wir können aber davon ausgehen, dass wir in etwa wieder bei der Unterrichtsversorgung der letzten beiden Jahre liegen, also so ungefähr bei 88,6 % bzw. 88,8 %.

## Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Danke schön. - Die nächste Frage stellt Herr Dr. Siemer. Bitte schön!

# Dr. Stephan Siemer (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor dem Hintergrund, dass die Ministerin, wenn ich mich recht entsinne, bei den Mündlichen Anfragen gesagt hat, dass an den allgemeinbildenden Schulen 1 846 Stellen im Einstellungsverfahren zum 1. Februar 2016 ausgeschrieben wurden, frage ich die Landesregierung: Wie viele Stellen davon konnten schon besetzt werden, und wie viele Stellen davon sind zurückgegeben worden, weil sie nicht besetzt werden konnten?

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

## Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Frau Ministerin, bitte schön!

# Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Abgeordneter Dr. Siemer, wir haben aktuell 1 613 Einstellungen für die ausgeschriebenen Stellen vornehmen können. Wir sind noch nicht ganz am Ende des Einstellungsverfahrens angelangt. Das Einstellungsverfahren wird voraussichtlich in den beiden ersten Wochen des Monats März endgültig abgeschlossen sein. Dann können wir in etwa sehen, wie viele Stellen nicht besetzt worden sind und zurückgegeben werden. Diese Stellen verfallen aber nicht, sondern können in den nächsten Einstellungsverfahren natürlich wieder mit ausgeschrieben werden.

# Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Danke schön. - Die nächste Frage stellt der Kollege Volker Meyer. Bitte schön!

# Volker Meyer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Ministerin, der Landtag hat Ihnen mit dem Haushalt 2016 eine ganze Reihe von Personalstellen zur Verfügung gestellt, vor allem auch im Bereich der Schulsozialarbeit, die Sie den Schulen durch Nichtausschreibung zurzeit vorenthalten. Vor diesem Hintergrund frage ich Sie: Können Sie diesem Hause heute mitteilen, wann Sie die bisher nicht ausgeschriebenen 167 Stellen ausschreiben und unter welchen Bedingungen Sie diese ausschreiben werden?

(Beifall bei der CDU - Grant Hendrik Tonne [SPD]: Ihr müsst die Fragen besser absprechen! Diese Frage wurde schon gestellt!)

#### Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Frau Ministerin, bitte schön!

# Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Kollege! Ich habe heute bereits mehrfach ausgeführt, dass wir uns darüber in sehr konstruktiven Gesprächen mit den kommunalen Spitzenverbänden befinden.

Wir haben 2013 die Situation vorgefunden, dass unsere Vorgängerregierung die schulische Sozialarbeit nicht als Landesaufgabe vorbereitet hatte, weil sie insofern einen anderen Standpunkt vertreten hat. Wir haben dann erstmalig 100 bzw. 167 Stellen im Landeshaushalt zur Verfügung gestellt.

Ich glaube, es ist gerade vor dem Hintergrund, dass das Hauptschulprofilierungsprogramm im Jahr 2016 enden wird, wichtig und richtig, mit den Akteuren, die sich in den letzten zehn Jahren im Bereich der schulischen Sozialarbeit auf den Weg gemacht haben, darüber zu sprechen, um eine Neuaufstellung vorzunehmen. In diesem Zusammenhang werden wir die Gespräche konstruktiv weiterführen. Ich gehe davon aus, dass wir sie positiv zum Ende bringen können.

(Beifall bei der SPD)

#### Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Danke schön. - Die nächste Frage stellt der Kollege Sebastian Lechner.

## Sebastian Lechner (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, vor dem Hinter-

grund, dass auch eine Etatisierung im Haushaltsplan 2016 mit einer Vorwegfreigabe im Haushaltsausschuss ausgereicht hätte, um die 400 Stellen zum 1. Februar 2016 freizugeben, frage ich Sie, ob Sie uns in der Plenarsitzung am 22. Januar und auch heute falsch informiert haben.

> (Beifall bei der CDU und bei der FDP -Reinhold Hilbers [CDU]: Da fragen wir doch besser mal Herrn Schneider! -Gegenruf von Jörg Bode [FDP]: Der hätte auch die anderen Fragen besser beantworten können!)

#### Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Frau Ministerin, bitte schön!

#### Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin davon ausgegangen, dass die Antwort, die ich Ihnen zu dieser Frage gegeben habe, bei Ihnen entsprechend angekommen ist. Aber ich wiederhole sie gerne.

(Christian Grascha [FDP]: Das war aber die falsche Antwort!)

Wir können ja nicht beliebig Stellen ausschreiben, sondern nur die, zu denen wir vom Landtag ermächtigt werden. Wir haben diese Stellen über den zweiten Nachtrag 2015 zur Verfügung gestellt bekommen und sie unverzüglich zur Ausschreibung gebracht.

(Volker Meyer [CDU]: Das war nicht die Frage! - Christian Grascha [FDP]: Man kann auch einfach irgendwas sagen und sagen, das sei eine Antwort!)

#### Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Die nächste Frage stellt der Kollege Hans-Heinrich Ehlen.

## Hans-Heinrich Ehlen (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe in meinem Wahlkreis eine Schule mit einer der niedrigsten Unterrichtsversorgungen im Land.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Traurig!)

Das ist die Grundschule in Hipstedt mit 64,7 %. Wenn wir das mit den Durchschnittszahlen vergleichen, dann fehlt da etwa ein Drittel des Unterrichts. Heißt das für die Eltern, dass ihre Kinder nicht vier,

sondern sechs Jahre zur Grundschule gehen müssen?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

#### Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Frau Ministerin, bitte schön!

(Reinhold Hilbers [CDU]: Das setzt die Fähigkeit zur Dreisatzrechnung voraus! Ob das klappt, weiß ich nicht!)

## Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Herr Präsident! Sehr geehrter Abgeordneter Ehlen, wir müssen uns natürlich den konkreten Einzelfall anschauen.

(Zurufe von der CDU: Ja, ja!)

Die von Ihnen genannte Grundschule ist möglicherweise eine kleine Grundschule, und bei kleinen Grundschulen wirken sich weniger Stunden prozentual immer gleich überproportional aus.

Wir werden uns die Situation an der Schule genau anschauen.

(Björn Försterling [FDP]: Da fehlen 1,5 Lehrerstellen! 36 Stunden pro Woche fehlen da!)

#### Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Danke schön. - Herr Försterling, Herr Ehlen hat die Ministerin gefragt. Beim nächsten Mal fragt er Sie.

(Jörg Bode [FDP]: Besser wäre das!)

Die nächste Frage stellt der Kollege Jörg Bode. Bitte schön!

# Jörg Bode (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Kultusministerin hat dem Landtag auf die Frage, warum es im letzten Jahr einen - einstimmig verabschiedeten - Nachtragshaushalt geben musste, wo doch die 108 Stellen für Sozialpädagogen erst im Februar 2016 ausgeschrieben worden sind, mehrfach erklärt, sie hat diesen Nachtragshaushalt gebraucht, um die Ausschreibungen im Februar vorzunehmen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung und insbesondere den Finanzminister: Ist diese Aussage der Kultusministerin, dass man Stellen, die im Haushalt stehen, nur dann im Februar ausschreiben darf, wenn es im Vorjahr einen Nachtragshaushalt gegeben hat, die Wahrheit, oder wäre das nicht auch mit einer Freigabe durch

den Haushaltsausschusses möglich gewesen? Wollen Sie diese unwahre Aussage weiter aufrechterhalten?

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

# Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Frau Ministerin, bitte schön!

# Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Bode, ich bitte Sie, mir meine Antworten nicht im Munde herumzudrehen.

(Jörg Bode [FDP]: Bitte? - Reinhold Hilbers [CDU]: Das haben Sie gesagt! - Weitere Zurufe von der CDU und von der FDP)

Ich habe nicht gesagt, dass ich den Nachtragshaushalt für die Sozialarbeiterstellen benötigt habe, sondern für die 400 Stellen, die wir ihm Rahmen des Einstellungsverfahrens im Oktober letzten Jahres an die Landesschulbehörde gegeben haben. Das sind Lehrerstellen.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

#### Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Die nächste Frage stellt der Kollege Dr. Marco Genthe. Bitte schön!

# Dr. Marco Genthe (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung: Ist es richtig, dass Lehrer, die 30 Jahre lang im Schuldienst gewesen sind und jetzt Sprachförderunterricht geben wollen, zuvor ein polizeiliches und ich meine, sogar ein erweitertes Führungszeugnis vorlegen sowie ihre pädagogische Qualifikation nachweisen müssen? - Zweitens. Was ist der Hintergrund dieser Vorschrift?

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

#### Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Frau Ministerin, bitte schön!

#### Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Abgeordneter Genthe, wir wollten relativ schnell nach Beginn des Schuljahres 2015/16 ein Einstellungsverfahren für pensionierte Lehrkräfte auf den Weg bringen. Deshalb

haben wir für die Bewerbungen eine Maske genutzt, die üblicherweise nur für Bewerberinnen und Bewerber im normalen Einstellungsverfahren genutzt wird. Wie gesagt: Das war der Tatsache geschuldet, dass wir für die Bewerberinnen und Bewerber sehr schnell die Möglichkeit schaffen wollten, sich dort einzutragen.

Wir haben auch pensionierte Lehrkräfte angeschrieben, die durchaus schon einige Jahre im Ruhestand sind. Sie wissen, dass der Nachweis eines Führungszeugnisses Voraussetzung für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen ist. Wir haben das aber so flexibilisiert, dass sie auch nachgereicht werden können.

Im Übrigen habe ich vorhin bereits ausgeführt, dass wir für die Bewerbungen von pensionierten Lehrkräften oder von Menschen mit einer anderen Qualifikation, die einen Vertrag Spracherwerb Flüchtlinge abschließen wollen, eine neue Maske nutzen, die anwendungsfreundlicher gestaltet ist.

Noch einmal: Uns war es wichtig, so schnell wie möglich die Möglichkeit für Pensionäre zu schaffen, sich einzutragen. Davon haben Pensionäre auch Gebrauch gemacht, und wir haben entsprechende Verträge abschließen können.

(Zustimmung bei der SPD)

#### Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Die nächste Frage stellt der Kollege Björn Försterling.

# Björn Försterling (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine pensionierte Lehrerin, die gerne Flüchtlingskinder unterrichten möchte, schreibt mir im Januar 2016 Folgendes:

"Im Oktober habe ich mich als pensionierte Lehrerin online bei der Landesschulbehörde für einen Vertrag Spracherwerb Flüchtlinge offiziell beworben. Innerhalb von einer Woche musste ich danach der Landesschulbehörde Lebenslauf, Zeugnisse sowie Nachweise von Qualifikationen einreichen, um dann nach einer internen Prüfung in das allgemeine Bewerberverfahren aufgenommen zu werden.

Danach begann für mich ein Bewerbungsmarathon anlässlich etlicher Vorstellungsgespräche an Schulen. Vor in der Regel vier Personen - Schulleiter, Konrektor, Personalrat, Schulelternratsvorsitzender oder Gleichstellungsbeauftragte - wurden ca. halbstündige protokollierte Bewerbungsgespräche geführt. Mir wurde gesagt, die Protokolle würden danach zur Entscheidung an die Landesschulbehörde gefaxt werden.

Am 30. November hat sich dann ein Schulleiter einer Realschule in Hannover per Fax mit dem Antrag an die Landesschulbehörde gewandt, mich wegen meiner Eignung an der dortigen Schule einzustellen. Am 9. Dezember 2015 erhielt ich von der Landesschulbehörde ein Schreiben, dass man für die weitere arbeitsrechtliche Prüfung von mir nähere Angaben zu den von mir gewünschten zeitlichen Rahmenbedingungen benötige - dies unter dem Hinweis, mit dem Schreiben sei keine Einstellungszusage verbunden.

In das mir mitgeschickte Erklärungsformular trug ich meine zeitliche Befristung ein und übersandte die Erklärung umgehend der Landesschulbehörde. Seit Dezember befinde ich mich nun in einer Warteschleife, was meinen Vertrag an der Realschule anbetrifft. Sowohl ich als auch mein Schulleiter erhalten bei Anrufen in der Landesschulbehörde oder im MK keine konkreten Angaben zu meiner Einstellung. An der betreffenden Realschule gibt es einen hohen akuten Bedarf an Sprachförderstunden."

(Christian Dürr [FDP]: Das ist unfass-bar!)

Ich frage die Landesregierung: Ist das ein Einzelfall oder mittlerweile Systemversagen?

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

#### Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Frau Ministerin, bitte schön!

# Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Kollege Försterling, ich habe schon in meiner Antwort auf die letzte Frage darauf hingewiesen, dass wir erst einmal so schnell wie möglich die Möglichkeit für pensionierte Lehrkräfte schaffen wollten, sich zu bewerben.

Wir haben rund 120 pensionierte Lehrkräfte, die im niedersächsischen Schuldienst dankenswerterweise schon eingestellt worden sind.

(Mechthild Ross-Luttmann [CDU]: Dankenswerterweise? Sie müssen den Lehrern danken, dass sie sich zur Verfügung stellen, und nicht dafür, dass sie eingestellt worden sind!)

Es haben sich auch viele andere zur Verfügung gestellt, dankenswerterweise. - Natürlich müssen wir allen pensionierten Lehrkräften einen großen Dank aussprechen. Frau Ross-Luttmann, es ist doch gut, dass sie sich zur Verfügung stellen.

(Zuruf von Mechthild Ross-Luttmann [CDU])

- Regen Sie sich doch nicht so auf! Bleiben Sie ganz ruhig! Wir versuchen doch, das zu erläutern.

Wir haben versucht, das Verfahren jetzt etwas zu forcieren, damit wir die Einstellungen etwas komplikationsfreier vornehmen können.

(Mechthild Ross-Luttmann [CDU]: Etwas?)

Wir haben aber die Situation, dass bei Einstellungen in den Landesdienst natürlich nach wie vor bestimmte Voraussetzen erfüllt werden müssen. Wir wollen versuchen, das auf ein Mindestmaß zu begrenzen.

(Mechthild Ross-Luttmann [CDU]: Versuchen? Wie lange wollen Sie das denn versuchen?)

In diesem Zusammenhang passen wir dieses Einstellungsverfahren jetzt an. Deshalb nehmen wir diese Hinweise auch gerne mit auf.

# Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Jetzt hat sich Jörg Hillmer gemeldet. Das ist Ihre zweite Frage. Bitte schön!

# Jörg Hillmer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor dem Hintergrund, dass Herr Ministerpräsident Weil am 17. Januar 2014 die Grundschule in Himbergen besucht hat, sich dort von der hervorragenden Unterrichtsversorgung, die seinerzeit an dieser Schule bestand, überzeugt hat und insbesondere die beispielgebenden Inklusionskonzepte dieser Schule gelobt hat, wir aber jetzt, nach der neuesten Veröffentlichung, feststellen müssen, dass diese Schule nur noch 93,3 % Unterrichtsversorgung hat, sich damit alle schönen Konzepte erübrigen und ein Inklusionskonzept, wie diese Schule es immer gelebt hat, nicht mehr möglich ist, frage ich die Landesregierung: Plant der Minister-

präsident etwa, weitere Schulen im Landkreis Uelzen zu besuchen?

(Zustimmung bei der CDU)

## Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Danke. - Frau Ministerin, bitte schön!

# Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Den Terminkalender des Ministerpräsidenten habe ich zurzeit nicht im Kopf.

(Jörg Hillmer [CDU]: Ich habe doch die Landesregierung gefragt!)

Ich kann Ihnen allerdings deutlich machen,

(Jörg Hillmer [CDU]: 93,3 %)

dass wir insbesondere in der Ausstattung der Inklusion - das habe ich in meiner Antwort auf eine Anfrage in diesem Hause heute schon dargestellt eine deutliche Aufstockung der Zusatzbedarfe haben

(Zuruf von Jörg Hillmer [CDU])

und wir diese Zusatzbedarfe, so wir sie nicht mit Sonderpädagogen abdecken können, mit anderen Lehrkräften abdecken, die Erfahrungen im Bereich inklusiver Pädagogik haben oder an einer Förderschule gearbeitet haben.

(Zuruf von Jörg Hillmer [CDU])

Ich bin den Lehrkräften im Übrigen sehr dankbar, dass sie dies unterstützen. Wir unterstützen auch die entsprechenden Inklusionskonzepte der niedersächsischen Schulen.

(Zuruf von Jörg Hillmer [CDU])

Die Grundschulen, meine sehr verehrten Damen und Herren, leisten gerade im Bereich der Inklusion ganz hervorragende Arbeit. Wir haben jetzt drei Jahrgänge Inklusion in Niedersachsen umsetzen können. Wir beginnen im Sommer mit dem vierten Schuljahrgang. Unsere Grundschulen, insbesondere die inklusiven Grundschulen, leisten ganz hervorragende Arbeit.

(Jörg Hillmer [CDU]: Das müssen sie auch, weil sie unterbesetzt sind!)

Diese Arbeit unterstützen wir im Rahmen der Ausstattung mit entsprechenden Zusatzbedarfen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

#### Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Jetzt Herr Seefried, bitte! Das ist die letzte Frage.

#### Kai Seefried (CDU):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Vor dem Hintergrund, dass die Ministerin uns vorhin die verschiedenen Maßnahmen dargestellt hat, die diese Landesregierung eingeleitet hat, und die Ministerin aus ihrer Sichtweise die Situation sehr schön beschrieben und sehr schön dargestellt hat,

(Johanne Modder [SPD]: Das stimmt! Die Situation ist so gut, wie sie sie beschrieben hat!)

frage ich die Landesregierung: Ist es richtig, dass für das Modellprojekt SPRINT an den berufsbildenden Schulen, das die Ministerin vorhin gelobt hat, zwar Lehrkräfte zur Verfügung stehen, die die Schulen gerne einstellen würden - hier ist es also genau andersherum: es sind Personen da, die die Schulen gerne einstellen möchten -, aber den berufsbildenden Schulen derzeit gesagt wird: "Ihr dürft aber nicht einstellen, weil nicht mehr ausreichend Geld im Haushalt dafür zur Verfügung steht" und diese Einstellungen an den berufsbildenden Schulen verhindert werden?

Ist das so richtig, und ist das ein weiterer Beleg dafür, wie weit die Ministerin von der schulischen Realität in Niedersachsen entfernt ist?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

# Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Bitte schön, Frau Ministerin!

#### Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Seefried, seien Sie sicher: Die Ministerin ist sehr nah an der Realität der niedersächsischen Schulen dran.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Ich bin nämlich sehr häufig an Schulen in Niedersachsen unterwegs.

Ich besuche auch sehr gerne berufsbildende Schulen, u. a. weil da super innovative und engagierte Arbeit geleistet wird. Insbesondere im Bereich der Unterstützung der Flüchtlinge - der Jugendlichen und zum Teil auch jungen Erwachsenen -, die wir im SPRINT-Projekt haben, leisten diese Schulen ganz Außerordentliches.

(Kai Seefried [CDU]: Und, unterstützen Sie die auch?)

Wir haben im Bereich des SPRINT-Projektes zusätzliche Möglichkeiten für rund 100 SPRINT-Klassen geschaffen. Wir haben jetzt die Situation, dass über 120 SPRINT-Klassen genehmigt worden sind. Das konnten wir durch entsprechende Umschichtungen ermöglichen. Einige Schulen haben von sich aus den Vorschlag gemacht, mit Mitteln aus ihrem Budget zusätzliche SPRINT-Klassen einzurichten. Auch das haben wir ermöglicht.

(Zuruf von Kai Seefried [CDU])

Sie sehen: Im Bereich SPRINT ist einiges auf dem Weg. Auch da sind wir sehr flexibel.

(Kai Seefried [CDU]: Aha! - Astrid Vockert [CDU]: Die Frage ist nicht beantwortet!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend festhalten: Wir haben in Niedersachsen einen Flüchtlingszustrom bisher nicht gekannten Ausmaßes.

(Christian Dürr [FDP]: Aber mittlerweile ist der Zustrom doch bekannt, oder? - Weitere Zurufe von der CDU und von der FDP)

Wir haben ausgesprochen viele zusätzliche Ressourcen zur Verfügung gestellt, und wir haben entsprechend entwickelt. Das stellen wir den Schulen zur Verfügung.

(Christian Dürr [FDP]: Fragen Sie einmal den Ministerpräsidenten!)

Sie tun immer so, als sei gar nichts passiert. Wir haben zahlreiche Maßnahmen auf den Weg gebracht, wie ich in den letzten fast zwei Stunden deutlich machen konnte.

(Jörg Hillmer [CDU]: Wir reden über die Zahlen vom 15. September! Da waren die Flüchtlinge noch gar nicht da! - Gegenruf von der SPD: Beruhigen Sie sich einmal!)

Unsere Schulen leisten ganz Hervorragendes. Insbesondere die berufsbildenden Schulen sind sehr innovativ.

Wir haben immer gesagt, dass wir die Entwicklung der Flüchtlingszahlen sehr eng im Auge behalten und da auf Sicht fahren müssen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von Astrid Vockert [CDU])

# Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die nächste Frage stellt der Kollege Dürr. Bitte schön!

#### Christian Dürr (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, Sie haben gerade auf die Flüchtlingssituation in Niedersachsen abgehoben. Der Niedersächsische Ministerpräsident hat im letzten Plenum erklärt, dass er damit rechnet, dass im Jahr 2016 2 Millionen Flüchtlinge nach Deutschland kommen werden. Ich frage die Ministerin vor dem Hintergrund, dass ihr Regierungschef der Auffassung ist, dass 2 Millionen Menschen kommen: Haben Sie entsprechende Lehrerstellen für Sprachunterricht vorgesehen?

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Jörg Hillmer [CDU]: Sehr gute Frage!)

#### Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Frau Ministerin, bitte schön!

(Christian Dürr [FDP]: Oder nehmen Sie ihn gar nicht ernst? Das kann natürlich auch sein!)

# Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Dürr, ich denke, dass auch das keine Frage ist, die normalerweise beantwortet wird:

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Warum das denn nicht?)

inwieweit man einen Ministerpräsidenten ernst nimmt.

(Christian Grascha [FDP]: Das war nicht die Frage! Die Frage ist, ob Sie Vorsorge getroffen haben bei der Stellenplanung!)

Wir nehmen unseren Ministerpräsidenten sehr ernst. Er ist nämlich ein sehr guter Ministerpräsident.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Mechthild Ross-Luttmann [CDU]: Das war doch überhaupt nicht die Frage! - Weitere Zurufe von der CDU und von der FDP)

Sie haben gefragt. Ich antworte Ihnen, dass wir 900 Lehrerstellen und Schulsozialarbeiterstellen im Rahmen des Haushaltes 2016 zur Verfügung ge-

stellt bekommen haben. Wir haben den überwiegenden Teil dieser Stellen bereits ausgeschrieben und einen großen Teil sogar schon besetzten können. Die anderen Stellen sind im Moment gerade in der entsprechenden Vorbereitung bzw. in der Ausschreibung.

(Beifall bei der SPD - Jörg Hillmer [CDU]: Das ist doch ein Bruchteil dessen, was nötig wäre! Das reicht doch niemals!)

# Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die nächste Frage stellt wiederum der Kollege Dürr. Das ist jetzt wahrscheinlich die letzte Frage.

(Christian Grascha [FDP]: Abwarten!)

Bitte schön!

# Christian Dürr (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Sie haben gerade das beschrieben, was der Niedersächsische Landtag im Nachtragshaushalt 2015 beschlossen hat und was er für 2016 im Dezember-Plenum vorgesehen hat. Aber wenn im Jahr 2016 2 Millionen Flüchtlinge nach Deutschland kommen, dann bedeutet das nach dem Königsteiner Schlüssel nichts anderes, als dass 200 000 Menschen nach Niedersachsen kommen, darunter viele Kinder. Ich frage Sie noch einmal, Frau Ministerin: Nehmen Sie den Ministerpräsidenten hinsichtlich dieser Zahl so ernst, dass Sie jetzt Vorsorge für Sprachlernklassen treffen?

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

## Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Bitte schön!

# Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Dürr, ich nehme den Ministerpräsidenten immer ernst. Er ist ein sehr guter Ministerpräsident, und die Landesregierung arbeitet sehr gut zusammen.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung von Gerald Heere [GRÜNE])

Die Stellen, die Sie angesprochen haben, sind Bestandteil nicht nur des zweiten Nachtragshaushalts 2015, sondern u. a. auch des Haushalts 2016 gewesen.

(Christian Dürr [FDP]: Das habe ich doch gerade gesagt! - Dr. Stefan Birkner [FDP]: Sie haben gerade nicht zugehört! - Christian Grascha [FDP]: Hören Sie überhaupt nicht zu?)

Wir haben mit diesen 900 Stellen Vorsorge getroffen.

(Christian Dürr [FDP]: Für 200 000 Flüchtlinge?)

Wenn es Nachsteuerungsbedarf geben sollte, ist natürlich auch der Haushaltsgesetzgeber gefragt, der Landtag.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christian Dürr [FDP]: Er hat doch schon erklärt, dass 200 000 kommen!)

## Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Die nächste Frage stellt der Kollege Grascha. Bitte schön!

#### Christian Grascha (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich frage die Landesregierung vor dem Hintergrund, dass zumindest ich mich erinnere, dass der Herr Ministerpräsident die Prognose von 2 Millionen Flüchtlingen im Jahr 2016 erst nach der Verabschiedung des Haushalts 2016 aufgestellt hat,

(Christian Dürr [FDP]: Ja, vor einem Monat!)

was für eine Vorsorge sie seitdem getroffen hat.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

# Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Frau Ministerin, bitte schön!

(Christian Dürr [FDP]: Die Zahl hat er im Januar in den Raum geworfen! - Christian Grascha [FDP]: Wenn Sie den Ministerpräsidenten ernst nehmen, müsste der Nachtragshaushalt schon lange in Vorbereitung sein!)

## Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Grascha, wir stellen wie bei allen Einstellungsverfahren bedarfsgerecht ein. (Mechthild Ross-Luttmann [CDU] lacht - Christian Grascha [FDP]: Sie nehmen ihn also nicht ernst!)

Mit dem Instrument Verträge Spracherwerb Flüchtlinge haben wir z. B. ein sehr bedarfsgerechtes Instrument an den Hand. Wir können nämlich entsprechende Verträge, die die Schulen anmelden, auch besetzen.

(Mechthild Ross-Luttmann [CDU]: Was haben Sie denn jetzt unternommen? Wie haben keine Vorsorge getroffen, nicht an die betroffenen Kinder gedacht! - Jörg Hillmer [CDU]: Sie treffen keine Vorsorge!)

#### Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Die nächste Frage - ich sage nicht noch einmal, es ist die letzte - stellt der Kollege Dr. Birkner. Bitte schön!

#### Dr. Stefan Birkner (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Ministerin bzw. sehr geehrter Herr Minister Schneider, ist denn beabsichtigt, im Hinblick auf den vom Ministerpräsidenten angenommenen Zustrom von 2 Millionen Flüchtlingen - darunter auch Kinder und Jugendliche - nach Deutschland einen entsprechenden Nachtragshaushalt für Niedersachsen einzubringen?

(Beifall bei der FDP)

# Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Für die Landesregierung antwortet jetzt Herr Minister Schneider. Bitte schön!

# Peter-Jürgen Schneider, Finanzminister:

Um auf die Frage zu antworten und die Zahl richtigzustellen: Der Ministerpräsident hat gesagt: Wenn nichts geschieht, können wir mit einem Zustrom von 2 Millionen rechnen.

(Christian Dürr [FDP]: Und er sagt ja: Es geschieht nichts!)

Unser Vertrauen in die Bundeskanzlerin und die sie tragenden Parteien ist aber groß, dass etwas geschieht.

(Zuruf von Björn Försterling [FDP])

Und dann werden wir sehen - - - Irgendwie sind Sie auf dem falschen Dampfer.

(Zuruf von der FDP: Diese Landesregierung ist überfordert!)

- Vertrauen Sie der Bundeskanzlerin nicht?

(Zuruf von Christian Dürr [FDP] - Weitere Zurufe)

- Packen Sie Ihr Zeug zusammen!

Die Situation ist, meine Damen und Herren, schlicht so, dass wir alle miteinander nicht wissen, wohin sich die Flüchtlingszahlen im nächsten Jahr bewegen werden.

(Christian Dürr [FDP]: In diesem Jahr! - Zuruf von der CDU: Ihr Ministerpräsident hat mit einer Zahl herumschwadroniert! - Jörg Hillmer [CDU]: Reden Sie mit der Staatskanzlei! Das wäre hilfreich!)

Der Ministerpräsident hat - - -

#### Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Meine Damen und Herren, die Frage ist an die Landesregierung gegangen. Es war eine sehr klare Frage, und Herr Minister Schneider beantwortet sie jetzt. Ich darf Sie bitten, zumindest so lange zuzuhören, bis er die Frage beantwortet hat. Dann können Sie daraus ja möglicherweise eine neue machen. - Bitte schön, Herr Minister!

# Peter-Jürgen Schneider, Finanzminister:

Schönen Dank, Herr Präsident. - Ich wiederhole: Der Ministerpräsident hat gesagt: Wenn nichts geschieht, kann passieren, dass ... - Ob etwas geschieht, darauf warten wir zurzeit.

(Christian Dürr [FDP]: Ja, wir auch! - Christian Grascha [FDP]: Regieren Sie eigentlich, oder was machen Sie?)

- Lesen Sie gelegentlich Zeitung? - Es gibt in Brüssel im Moment einen Gipfel, der sich mit der Frage der Flüchtlingsströme in Europa beschäftigt.

(Jörg Hillmer [CDU]: Es gibt auch ein Asylpaket II!)

Die Niedersächsische Landesregierung ist nicht Teil dieses Gipfels. Sie ist von den Ergebnissen dieses Gipfels abhängig. Die Sache ist viel zu ernst, meine Damen und Herren, um es einmal ganz deutlich zu sagen,

(Christian Dürr [FDP]: Genau so ist es!)

als dass sie in dem Klamauk, den Sie hier gelegentlich veranstalten, untergehen sollte.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christian Dürr [FDP]: Sie machen nichts, Herr Schneider, nichts!)

#### Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Minister. - Die letzte oder vorletzte Frage folgt nun, jedenfalls die zweite Frage von Herrn Grascha. Bitte schön!

## Christian Grascha (FDP):

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Schneider, leider haben Sie die Frage nicht beantwortet. Sie haben zwar eine Menge gesagt, aber die Frage nicht beantwortet. Die Frage lautete, ob ein Nachtragshaushalt in der Vorbereitung ist.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

#### **Vizepräsident Karl-Heinz Klare:**

Herr Minister Schneider!

Peter-Jürgen Schneider, Finanzminister:

Nein.

(Jörg Hillmer [CDU]: Dann nehmen Sie Ihren Ministerpräsidenten nicht ernst!)

# Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Meine Damen und Herren, jetzt liegen wirklich keine Wortmeldungen mehr vor.

Ich stelle fest, dass die Fragestunde für diesen Tagungsabschnitt beendet ist.

Die Antworten der Landesregierung zu den Fragen, die jetzt nicht mehr aufgerufen werden können - das ist die Mehrheit der Fragen -, werden nach § 47 Abs. 6 unserer Geschäftsordnung zu Protokoll gegeben. Sie stehen Ihnen in Kürze im Intranet und im Internet als unkorrigierte Drucksache elektronisch zur Verfügung. - Vielen Dank. 1

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Die Antworten zu den Anfragen 2 bis 6 und 8 bis 64, die nicht in der 90. Sitzung des Landtages am 19. Februar 2016 behandelt und daher zu Protokoll gegeben wurden, sind in der Drucksache 17/5210 abgedruckt.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 29:

Erste Beratung:

**Bargeld erhalten - Freiheit und Bürgerrechte** schützen! - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 17/5114

Die Einbringung übernimmt der Kollege Christian Grascha. Bitte schön!

#### Christian Grascha (FDP):

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Seit ein paar Tagen wird in Deutschland sehr heftig über einen Vorschlag der schwarz-roten Bundesregierung diskutiert, nämlich, eine Obergrenze für die Nutzung von Bargeldzahlungen einzuführen. Diese Debatte wird zu Recht sehr emotional geführt; denn es geht hier um etwas sehr Grundsätzliches: Es geht darum, dass das Grundgesetz Eigentum und Privatsphäre garantiert. Wer das Bargeld abschaffen will, erreicht keine neue Sicherheit, sondern schränkt für jeden Einzelnen die Freiheit massiv ein.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Als Grund für den Vorstoß von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble wird die Bekämpfung des Terrorismus vorgeschoben. Dabei weiß doch jeder, der sich ein bisschen mit dem Thema beschäftigt, dass die Terrorfinanzierung vor allem ein System aus informellen Auslandsüberweisungen über Mittelsmänner, falschen Identitäten und Überweisungsketten ist, die alle Spuren verwischen sollen. Was hier eine Obergrenze bringen soll, ist mir, meine Damen und Herren, schleierhaft.

(Beifall bei der FDP)

Abgesehen davon wäre es mir neu, dass sich Kriminelle an Verbote halten; denn dann wären sie im Zweifelsfall keine Kriminellen mehr.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU - Jörg Bode [FDP]: Genau!)

Aber auch Oberstaatsanwalt Peter Schneiderhan vom Deutschen Richterbund bezweifelt die Wirkung der Bargeldeinschränkung. Er sagt gegenüber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*:

"Die Abschaffung von Bargeld würde Terrorismusfinanzierung oder Geldwäsche nicht

verhindern, sondern nur auf elektronische Zahlungswege verlagern."

Also, meine Damen und Herren: Worum geht es wirklich? - Die Beschränkung des Bargeldes ist in Wirklichkeit nur ein Vehikel für zwei ganz andere Ziele: Es geht um die Totalüberwachung durch den Staat und damit um die massive Einschränkung der Privatheit. Und es geht darum, die Schuldenlast der Staaten mithilfe von Negativzinsen zu senken. Beides geht gar nicht, und beides gefährdet massiv die Freiheit des Einzelnen.

(Beifall bei der FDP)

Die Notenbanken wollen mithilfe der Politik die Zinsen unter null drücken, um am Ende die Schuldenlast der Staaten zu reduzieren. Da stört, liebe Kolleginnen und Kollegen, eigentlich nur das Bargeld, weil sich Negativzinsen ohne Bargeld viel besser durchsetzen lassen. Schon jetzt liegt der Einlagenzins bei minus 0,3 %. Das merkt Otto Normalverbraucher heute an dem sehr, sehr niedrigen Zinsniveau, allerdings noch nicht aufgrund von Negativzinsen, weil natürlich die Banken auch die Zentralbanken - zu Recht befürchten, dass, sobald Otto Normalverbraucher - der normale Sparer - davon betroffen ist, Bargeld in größeren Mengen abgeholt wird. Bei größeren Anlagen allerdings, z. B. bei Anlagesummen von mittelständischen Unternehmen, greifen die Negativzinsen schon in Form von Gebühren, und dort ist es bereits Realität.

Negativzinsen treiben die Sparer in die Staatsanleihen, und dies führt unter dem Strich zu einer deutlich günstigeren Refinanzierung des Staates.

Es geht also in Wahrheit um eine Umschuldung von privatem Vermögen hin zum Staat. Dabei stört das Bargeld nur. Deswegen kommen diese Vorschläge.

Natürlich geschieht dies nicht in einem Schritt; das ist doch klar. Das geht in homöopathischen Dosen: erst eine Obergrenze von 5 000 Euro, dann eine Obergrenze von 3 000 Euro, dann eine Obergrenze von 1 000 Euro - wie in Frankreich -, und dann folgt die Debatte: Warum brauchen wir überhaupt Bargeld?

(Christian Dürr [FDP]: So ist es!)

Dieser Diskussion müssen wir einen Riegel vorschieben, und wir müssen ganz klar sagen, was die Einschränkung von Bargeld tatsächlich bedeutet.

(Beifall bei der FDP)

Es geht aber, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, auch darum, dass Bargeld Privatheit bedeutet. Beim Bargeld kann niemand nachvollziehen, wann ich wo und was eingekauft habe. Kein Geschenk, kein Einkauf, kein Trinkgeld, keine Spende bleibt mehr privat. Wenn Zahlungsströme nur noch elektronisch fließen, dann hätte unser Land neben der Vorratsdatenspeicherung eine weitere riesige Datenmenge, die dann tatsächlich den gläsernen Bürger schaffte. Die Totalüberwachung wäre die Folge. Bewegungsprofile wären möglich, ja sogar Lebensprofile von unschuldigen Bürgerinnen und Bürgern könnten angefertigt werden. Das kann nicht unser Land sein. So stellen wir Freie Demokraten es uns auf jeden Fall nicht vor, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Wir werden auch ein Problem mit unserer Verfassung bekommen. Dieser Vorschlag ist verfassungswidrig - so zumindest der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier, der unverhältnismäßige Beschränkungen des Bargeldes sogar für verfassungswidrig hält. Er hat gegenüber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* Folgendes gesagt:

"Dies wären nicht gerechtfertigte Eingriffe in Freiheitsrechte, nämlich in die Vertragsfreiheit und die Privatautonomie." … Zudem habe das Verfassungsgericht immer wieder betont, 'dass die Freiheitswahrnehmung der Bürger nicht total erfasst und registriert werden darf.""

Wie bei der Vorratsdatenspeicherung, meine Damen und Herren, würden wir Freie Demokraten auf jeden Fall nach Karlsruhe vor das Bundesverfassungsgericht gehen. Wir dürfen doch nicht zulassen, dass wegen angeblicher Terrorbekämpfung die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger weiter beschnitten werden. Wir müssen die Grundrechte verteidigen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Es hat sich mittlerweile aufgrund der emotionalen Diskussion eine breite Allianz gegen die Abschaffung und Einschränkung des Bargelds gebildet. Beispielsweise die Bundesbank mit ihrem Chef Jens Weidmann, zahlreiche Ökonomen und Wissenschaftler - wie Jürgen Stark und Lars Feld -, zahlreiche Politiker, zahlreiche Vertreter von Sparkassen und Banken - wie der Präsident der Deut-

schen Volks- und Raiffeisenbanken Uwe Fröhlich sowie zahlreiche Unternehmerpersönlichkeiten gehören dazu.

Wir dürfen es nicht dazu kommen lassen, dass Münzen und Scheine verschwinden. Ich als Liberaler, liebe Kolleginnen und Kollegen, will nicht in einem Land leben, in dem der Besitz von Bargeld plötzlich dazu führt, dass man unter Generalverdacht steht.

(Beifall bei der FDP)

Es darf nicht dazu kommen, dass suggeriert wird, Bargeld sei quasi der Deckmantel für Kriminalität. Die Bürgerinnen und Bürger wissen sehr wohl, dass Bargeld Freiheit bedeutet. Bargeld schützt die Bürgerinnen und Bürger vor Übergriffen des Staates. Wir Freie Demokraten wollen diese Privatheit der Bürgerinnen und Bürger vor dem Staat schützen; denn sie ist ein Grundpfeiler der freien Gesellschaft.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

#### Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Kollege Grascha. - Es hat sich Maximilian Schmidt, SPD-Fraktion, zu Wort gemeldet. Sie haben das Wort.

# Maximilian Schmidt (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Grascha, mal wieder eine Bargelddebatte hier im Landtag.

Sie haben gleich eingangs gesagt: Das ist eine emotionale Debatte. Das ist auch gut so. Diese Debatte muss man unbedingt emotional führen. - Ich bin dafür, dass eine Debatte durchaus auch nüchtern geführt wird; denn das hilft manchmal auch, um einen klaren Blick für den Sachverhalt zu bekommen.

Meine Damen und Herren, dieser etwas dürre Antrag der FDP zu dem Thema zeigt - das ist ja nun schon der zweite Antrag -, dass Sie anscheinend ein amouröses Verhältnis zum Bargeld haben, insbesondere zu den 500-Euro-Scheinen. Die wollen Sie mit Ihrem Antrag, der nur aus zwei Sätzen besteht, noch einmal ganz besonders retten.

(Christian Grascha [FDP]: Der Antrag ist extra kurz gefasst, damit auch Sie ihn verstehen!)

Vielleicht haben Sie ja auch einfach nur die meisten großen Scheine. Das weiß ich nicht.

Der Sachverhalt ist folgender: Bundesfinanzminister Schäuble hat nun einen Vorschlag gemacht. Wenn man bösartig wäre, könnte man sagen: Der hat nachgewiesenermaßen am meisten Erfahrungen mit großen Summen an Bargeld gesammelt. - Das will ich jetzt aber nicht in den Raum stellen. Der entscheidende Punkt ist vielmehr: Es gibt einen Vorschlag des Bundesfinanzministers und einen Vorschlag der EZB. Das muss man jetzt sehr sachlich diskutieren.

Das ist im Übrigen eines der wenigen Themen, bei denen man den Begriff der Obergrenze sinnvoll diskutieren kann; denn hier geht es darum, mit einer Obergrenze gegen Kriminalität vorzugehen. Worüber wir jetzt reden müssen, ist: Kann das funktionieren? Kann das wirken?

Meine Damen und Herren, was ist der Anlass für diesen Vorschlag? - Nach einer aktuellen Studie werden in Deutschland jedes Jahr rund 100 Milliarden Euro aus illegalen Quellen gewaschen, und nur 1 % dieser Gelder kann über die Wege des Rechtsstaats wieder eingezogen werden. 99 % hingegen kommen illegal durch. Ich sage hier ganz klar: Das kann der Staat nicht akzeptieren. Unser Rechtsstaat kann nicht akzeptieren, dass Geldwäsche, dass Schattenwirtschaft und dass illegale Finanztransaktionen stattfinden. Das ist entscheidend.

Und: Statistisch ist es so, dass nur der allergeringste Teil der alltäglichen Zahlungen oberhalb des Betrages von 5 000 Euro in bar stattfindet. Je höher der Zahlungsbetrag, desto exponentiell niedriger ist der Barzahlungsanteil. Deshalb betrifft der in Rede stehende Vorschlag statistisch nur einen winzigen Anteil der Geldgeschäfte im Alltag. Allerdings: Bargeld ist im Alltag auch die Gewähr dafür, dass im Zeitalter von Big Data, in Zeiten, in denen Unternehmen massenhaft Kundendaten sammeln, eben nicht jede Zahlung von Produkten sofort mit einem Kunden verbunden werden kann.

Deshalb muss jetzt sehr sorgfältig diskutiert werden: Welche Instrumente taugen am meisten, um Schattenwirtschaft und Geldwäsche einzudämmen? Und welche Instrumente taugen am meisten, um die Privatsphäre und den Datenschutz sicherzustellen? - Um beides geht es in dieser Debatte.

Meine Damen und Herren, ich will auch sagen, was in dieser Debatte nicht hilft. Da hilft kein dürrer aus nur zwei Sätzen bestehender Antrag hier im Landtag. Man muss sich sachgerecht damit beschäftigen.

Ich will Ihnen auch gleich sagen, was überhaupt nicht geht: In der Begründung zu Ihrem Antrag ziehen Sie wieder eine Leier ab, die wir hier schon einmal gehört haben. Sie behaupten dort so nonchalant nebenbei, dass die Einführung des Mindestlohns ein Beitrag zur Förderung der Schattenwirtschaft sei. Das ist so was von abwegig! Das geht gar nicht. Wer behauptet, dass faire Löhne quasi ein Beitrag zur Kriminalität seien, der liegt vollkommen falsch.

Ganz am Ende Ihrer Begründung - das haben Sie in Ihrer apokalyptischen Rede erneut unter Beweis gestellt - behaupten Sie, dass der Vorschlag des Bundesfinanzministeriums jetzt ein Schritt zur Abschaffung des Bargelds insgesamt sei und dass das Sparvermögen der Allgemeinheit damit quasi ganz intransparent vom Staat vereinnahmt werden solle. Also: Diese Behauptung wird nicht dadurch wahrer, dass Sie sie wiederholen. Sie ist einfach auch nicht sachgerecht. Mit dieser Behauptung, die Sie hier an die Wand malen, werden Sie auch dem Thema nicht gerecht.

#### (Zustimmung bei der SPD)

Sie können vor dem Hintergrund der wirklich wichtigen Frage, wie wir den Datenschutz, die Sicherung der Privatsphäre und die Kriminalitätsbekämpfung ordentlich hinbekommen können, eine Debatte doch nicht führen, indem Sie zunächst allerlei Ängste schüren und dann keinerlei sachliche Argumente zulassen.

Deswegen können wir heute hier im Landtag erneut ganz nüchtern feststellen: Die Abschaffung des Bargeldes ist weiterhin nicht vorgesehen.

(Christian Grascha [FDP]: "Niemand hat die Absicht …"!)

Und das ist auch gut so. Was aber vorgesehen ist, ist eine Debatte über die Frage, ob Ihr Vorschlag, was die Banknoten - das ist übrigens allein Sache der Europäischen Zentralbank - und Bargeldobergrenzen bei sehr hohen Zahlungsbeträgen, die es schon in vielen Staaten der Europäischen Union gibt, angeht, ein Beitrag zur Bekämpfung von Kriminalität sein kann. Das wäre eine sachliche Debatte. Die können wir gern auch hier im Haus führen. Was wir aber nicht machen werden, ist, dass wir zu dem Chor auf Ihrer alten Schallplatte, die

Sie hier immer wieder abspielen, auch noch mitsingen werden. Das machen wir nicht.

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

## Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Schmidt. - Jetzt hat sich Heiner Schönecke, CDU-Fraktion, zu Wort gemeldet.

### Heiner Schönecke (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Überschrift des Antrags der FDP-Fraktion "Bargeld erhalten - Freiheit und Bürgerrechte schützen!" ist plakativ. Nichtsdestotrotz beschäftigt dieses Thema die Bürger in der Bundesrepublik mittlerweile, nicht aber deshalb, weil die FDP diesen Antrag gestellt hat, sondern deshalb, weil dieses Thema jetzt in der Welt ist. Und wir müssen uns damit auseinandersetzen.

Die Phönizier haben das Bargeld erfunden. Meine Frage hier an das Haus aber ist: Wer will es eigentlich abschaffen?

(Jörg Bode [FDP]: Wir nicht!)

Bundesfinanzminister Schäuble hat in diesem Zusammenhang gesagt, bis Aschermittwoch habe er geglaubt, dass diese Bargelddiskussion Ergebnis des Karnevals sei. Dann sagte er: Niemand hat die Absicht, das Bargeld abzuschaffen.

> (Petra Tiemann [SPD]: "Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu bauen." Schon klar! - Weitere Zurufe)

Ich gehöre dazu. Ich glaube, dass auch er nicht die Absicht hat, Bargeld abzuschaffen. Nichtsdestotrotz glaube ich, dass man sich damit auseinandersetzen muss, dass wir in Europa hinsichtlich der Obergrenzen und hinsichtlich der Frage, ab wann man nicht mehr mit Bargeld bezahlen soll, einen Flickenteppich haben. Ich empfinde diese Diskussion, die hier mittlerweile abläuft - - - Ja, was denke ich dabei? Kann es ohne Bargeld gehen? - Ich glaube, nein.

Da sagte gerade der Chef der italienischen Bankenvereinigung: Der Kampf gegen das Bargeld ist ein Kampf für die Zivilisation. - Ich glaube, irgendwo haben die den Schuss nicht richtig gehört. Wer meint denn nun wirklich, die Kultur, als Mensch Bargeld zu haben, abschaffen zu wollen? - Generationen von Eltern haben uns doch beigebracht, wie wir mit Geld umzugehen haben. Am Beispiel

von Münzen und Scheinen hat man uns die Wirtschaft erklärt. Wie bringen wir den Kindern den Wert des Geldes bei, wenn es in den Familien nicht mehr das Sparschwein gibt?

(Maximilian Schmidt [SPD]: Niemand hat die Absicht, das Sparschwein abzuschaffen!)

Von daher kann ich mir nicht vorstellen, dass man diese Idee weiterverfolgt.

Da sagt der Chef der Deutschen Bank, John Cryan: In zehn Jahren gebe es kein Bargeld mehr. Das Bargeld sei ineffizient. - Meine Damen, meine Herren, ich vertraue ihm nicht. Ich sage: Wir werden noch länger Bargeld haben, als er Chef der Deutschen Bank ist.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich glaube, sein Job hat eine geringere Halbwertzeit als das Bargeld in Deutschland. Trotzdem wünsche ich ihm ein langes Berufsleben.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Das muss ja nicht bei der Deutschen Bank sein! - Maximilian Schmidt [SPD]: Steht das alles in dem Antrag? - Weitere Zurufe)

Meine lieben Freunde, wer denn glaubt, dass man mit diesen Grenzen die Kriminalität bekämpfen könne, dem sage ich: Inzwischen haben wir im Internet so viel Kriminalität, viel mehr, als uns allen lieb ist.

Wenn wir lesen müssen, dass ein jugendlicher Hacker aus Nordrhein-Westfalen mal eben in Internetattacken 600 000 Euro von fremden Konten abgeräumt und dieses Geld dann salafistischen Kämpfern überwiesen hat, dann ist das doch irgendwo eine Scheindiskussion. Da werden im Internet Millionen über Scheinfirmen abgeschöpft, und damit wird Krieg finanziert! Ist das die Sicherheit, die wir von den Banken erwarten? - Ich sage: Wir brauchen da noch so einige neue Überlegungen, damit es an der Stelle Sicherheit gibt.

Wir haben es doch erlebt: In Zypern und Griechenland sind die Banken zusammengebrochen. Unterhalten Sie sich doch mal mit Zyprern und Griechen, was sie in der Zeit gemacht haben, als sie vor den verschlossenen Toren dieser Banken standen! Die Menschen brauchten das Bargeld, um den Rest der Wirtschaft zu erhalten. Von daher vertraue ich nicht unbedingt den Systemen wie PayPal, die es am Ende ermöglichen, dass man mit dem Handy an jeder Kasse alles bezahlen kann.

Jeder Internetfreak, der einigermaßen gewieft ist, kann dann nachvollziehen, wo ich gewesen bin. Wenn ich Schuhe, Klamotten, Bohnen, Birnen und Speck kaufe, dann will ich nicht, dass man diese Spuren verfolgen kann.

(Maximilian Schmidt [SPD]: Aber nicht alles in eine Tüte tun!)

Ich möchte das alles gerne weiterhin mit Bargeld bezahlen können.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Liebe Freunde, an der Stelle bin ich sehr nahe auch an der FDP: Big brother is watching you! Und das möchte ich nicht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Jens Weidmann, der Chef unserer Deutschen Bundesbank, hat zu dieser Debatte ganz klar gesagt: Doch lieber Bares. Bares ist Wahres! - Wenn wir in zehn Jahren an einem Sonntagvormittag einen Kunden zu Hause haben, der das Gebrauchtauto der Tochter kaufen will, dann wird auch er noch mit Bargeld kommen, und dann kriegt er das Auto mit, dann kriegt er den Brief mit, dann kriegt er den Schein mit, und dann geht das Auto vom Hof. Als Niedersachse sage ich: Im Pferdeland Niedersachsen wird das genauso weitergehen: Wir werden mit Handschlag bezahlen, wir werden das Geld auspacken, und dann geht das Pferd vom Hof. Dann ist das erledigt! Da kann mir einer erzählen, was er will!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

An der Stelle wird in der Diskussion überzogen.

Wenn ein Finanzminister - jetzt komme ich wieder auf Berlin und auf Herrn Schäuble -,

(Glocke des Präsidenten)

wenn Herr Schäuble darüber nachdenkt, dass diese Unterschiede in Europa vielleicht ein Stück weit zurückgedreht werden sollten,

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN: Ah!)

dass man an der Stelle vielleicht über das eine oder andere nachdenken sollte, dann bin ich ganz nah bei ihm. Das kann nicht gehen.

(Maximilian Schmidt [SPD]: Was denn jetzt?)

Wer sich in der EU über krumme Gurken unterhält, der darf sich auch über die Finanzströme in der EU

unterhalten. Dass hier Handlungsbedarf besteht, habe ich, meine ich, an den Beispielen dargelegt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

## Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Kollege, bitte bleiben Sie noch vorne stehen! Herr Schmidt möchte Ihnen gerne eine Frage stellen, obwohl Ihre Zeit - zumindest hier vorne am Mikrofon - abgelaufen ist. - Bitte schön, Herr Schmidt! - Das kriegen wir noch hin.

#### Maximilian Schmidt (SPD):

Herr Schönecke, ich bin etwas verwirrt. Vielleicht können Sie mir helfen; denn gerade mit Ihrem Schlussappell zu Herrn Schäuble stellt sich die Frage: Sind Sie für Obergrenzen bei Bargeldzahlungen oder dagegen? Könnten Sie das noch mit Ja oder Nein beantworten? - Das wäre nett.

(Zustimmung bei der SPD)

#### Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Dazu hätte auch ich gerne etwas gesagt. - Bitte schön!

#### Heiner Schönecke (CDU):

Lieber Herr Schmidt, ich bin sehr dafür, dass Herr Schäuble darüber nachdenkt, was der klügste Weg ist. Ich halte sehr viel von dem Grundsatz, dass das Bessere des Guten Feind ist. Aber an der Stelle, glaube ich, sind Sie mit mir darin einig, dass man mal darüber nachdenken muss: Wenn wir so unterschiedliche Verfahrensweisen in der EU haben und alles Mögliche bis hin zur krummen Gurke im Karton, die Sie im Supermarkt kaufen, geregelt ist, dann besteht sehr wohl die Möglichkeit, auch darüber nachzudenken - bei aller Wertschätzung unseres Finanzplatzes Europa.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der FDP)

## Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Jetzt hat sich der Kollege Heere, Bündnis 90/Die Grünen, zu Wort gemeldet. Bitte schön!

#### Gerald Heere (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Und täglich grüßt das Murmeltier: Wer kenn dieses Sprichwort und den passenden Film nicht? - In der FDP gibt es offen-

sichtlich jede Menge Murmeltierfans! Genau eine Woche nach dem Murmeltiertag - Chapeau für den Zeitplan! - haben Sie den Antrag zum Erhalt des Bargelds gestellt. Ich fühle mich dabei, als seien wir in einer Zeitschleife vom Sommer des letzten Jahres gefangenen. Erst im Juli- und im September-Plenum haben wir den letzten Antrag der FDP zum Erhalt des Bargelds beraten. Einen sensationellen Wissensgewinn haben Plenar- und Ausschussberatung schon damals nicht erbracht. Ich hatte vor diesem Hintergrund erwogen, einfach meine Rede vom letzten Sommer zu halten, aber ich will Ihnen allen - zumindest in diesem Hausden Murmeltiertag ersparen.

(Christian Grascha [FDP]: Herr Heere, Sie müssen nicht reden!)

#### Kommen wir zur Sache!

Die FDP will, dass wir uns erstens für den Erhalt des 500-Euro-Scheins einsetzen. Die Diskussion, ob die EZB den 500-Euro-Schein abschafft, ist ja nicht neu. Ein Beispiel aus den USA: Dort ist 1969 der 500-Dollar-Schein mit dem Ziel der Kriminalitätsbekämpfung abgeschafft worden.

# (Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann übernimmt den Vorsitz)

Im Juli hatte ich gefragt, ob jemand hier im Plenum ad hoc einen solchen Schein vorzeigen könne - jedoch ohne Erfolg. Das ist auch kein Wunder; denn 95 % aller 500-Euro-Scheine sollen Schätzungen zufolge in der Hand Krimineller sein. Das sind 30 % des umlaufenden Barvermögens, nämlich 300 Milliarden Euro. Warum sich der Landtag auf Antrag der FDP ausgerechnet für den Erhalt dieses Scheins einsetzen sollte, erschließt sich nun wirklich nicht.

# (Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Interessanter ist dagegen der zweite Punkt: Soll es eine Obergrenze für Bargeldzahlungen geben - Ja oder Nein? Und wenn, wie hoch soll sie sein? - Diese Fragen sind nicht so einfach zu beantworten, wie Sie das mit Ihrem Antrag suggerieren.

Nein, dies bedarf einer ergebnisoffenen Prüfung und Abwägung. Zwei Punkte sind hierbei insbesondere abzuwägen: Auf der einen Seite geht es um mögliche positive Effekte der Obergrenze für die Kriminalitätsbekämpfung, seien es Schwarzarbeit, Geldwäsche, Terrorismus, Schattenwirtschaft oder Steuerbetrug. Eine Obergrenze könnte auf all diesen Feldern einen Beitrag zur Erschwerung von

Straftaten, zu einer effektiveren Strafverfolgung und somit zu mehr Gerechtigkeit leisten. Wie effektiv dies allerdings ist, ist tatsächlich zu prüfen.

(Christian Grascha [FDP]: Das hat bislang in keinem Land funktioniert!)

Auf der anderen Seite steht der Datenschutz; das ist schon mehrfach erwähnt worden. Die Einführung einer Obergrenze darf nicht zum gläsernen Bürger führen oder gar einer neuen Art von Vorratsdatenspeicherung Vorschub leisten. Hier gibt es auch bei uns Grünen gravierende Bedenken. Allerdings muss auch ohne Obergrenze gesichert sein, dass diejenigen, die freiwillig unbar bezahlen, auch nicht nachverfolgt werden können. Diesen Anspruch an Datenschutz von Bankdienstleistungen haben wir Grüne natürlich ganz grundsätzlich.

# (Zustimmung von Helge Limburg [GRÜNE])

Um die komplexe Abwägung, die ich gerade dargestellt habe, angemessen durchführen zu können, beantragen wir im Weiteren die Mitberatung durch den Rechtsausschuss und durch den Unterausschuss "Verbraucherschutz". Das gibt auch der FDP die Möglichkeit, von ihrer sehr platten Positionierung herunterzukommen und zur sachlichen Diskussion zurückzukehren. Man soll die Hoffnung ja nie aufgeben!

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

## Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Heere. - Für die Landesregierung hat jetzt Herr Finanzminister Schneider das Wort.

## Peter-Jürgen Schneider, Finanzminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Schönecke hat so schön mit den Worten begonnen: Es ist in der *Welt.* - Da war es nämlich auch - am 13. Februar. Hier das vollständige Zitat von Schäuble:

"Niemand will Bargeld abschaffen. Niemand will eine Obergrenze einführen, wie viel Bargeld Menschen besitzen dürfen. Wir wollen Geldwäsche und Terrorismus effizient bekämpfen."

Also, Herr Grascha, Sie können sich weiterhin den Keller mit Geldstücken vollpacken - ohne Grenze -, um dann wie Dagobert Duck darin zu kraulen.

(Christian Grascha [FDP]: Ich habe keinen Keller, Herr Finanzminister!)

Das alles ist auch nach Meinung von Schäuble weiterhin zulässig. Wir reden *nicht* über die Abschaffung des Bargelds. Wir reden über eine EUeinheitliche - da hat Herr Schönecke völlig recht - Bargeldbegrenzung bei Geschäften. Das ist das Thema. Insofern ist es streckenweise nun wirklich Schattenboxen gewesen, was Sie hier veranstaltet haben.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christian Grascha [FDP]: Wehret den Anfängen!)

Das gilt genauso für den 500-Euro-Schein. Herr Heere hat völlig zu Recht darauf hingewiesen: Es gibt kaum ein Land dieser Erde, dass solch großen Scheine vorhält.

Die Bedenken dagegen unter den Fachleuten müssen gesehen werden. Die Fachleute in dem Bereich sind nämlich die Strafverfolger, die Polizeibeamten, die entsprechenden europäischen Behörden.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Die Staatsanwaltschaften! - Maximilian Schmidt [SPD]: Nicht die FDP! - Christian Grascha [FDP]: Was sagen Sie zur Kritik des Deutschen Richterbundes?)

Die Meinung des Bundesbankpräsidenten in allen Ehren, aber als Fachmann für Terrorismusbe-kämpfung ist er mir - Gott sei Dank! - noch nicht aufgefallen. Ich hätte Bedenken, wenn er das wäre.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es geht nicht um die willkürliche Begrenzung der Freiheit. Es ist auch nicht richtig, dass unsere Freiheit maßgeblich eingeschränkt werden würde, wenn wir Einzelgeschäfte oberhalb von 5 000 Euro immer unbar leisten müssten. Es geht darumdarüber sollten Sie wirklich ernsthaft nachdenken -, ob wir diese eine Möglichkeit - natürlich ist das nicht die Lösung, die alles beseitigt -, es dem Terrorismus und dem organisierten Verbrechen schwerer zu machen, fallen lassen.

Ist es nicht sinnvoll, die Tür zu sichern; auch dann, wenn der Einbrecher im Zweifel durchs Fenster kommen kann? Auch wenn das, was Sie zum Internet sagen, ja richtig ist, verzichte ich doch nicht darauf, die eine Möglichkeit zu nutzen, Herr Schönecke. Ich kann doch nicht sagen: Weil im

Internet Betrug so leicht ist, brauche ich das andere, was ich gegen Betrug tun kann, nicht zu tun.

Es geht darum zu verhindern, dass in großen Summen Terroristen, Menschen- und Drogenhändlern die Geldwäsche erleichtert wird. Ich denke, es ist, legitim, darüber nachzudenken. Es geht um Nutzungsbeschränkungen und nicht um das Abschaffen von Bargeld. Es geht auch nicht um Bargeldrücklagen. Wenn jemand der Bank nicht traut und lieber das Geld wie Oma unter die Matratze packen will, dann kann er das tun. Das ist von dieser Idee völlig unberührt. Es geht um den Schutz der Menschen vor Terrorismus und Kriminalität. Damit müssen wir uns, so denke ich, vernünftig und abwägend, wie das hier schon dargelegt worden ist, auseinandersetzen.

Im Übrigen entsteht - das will ich aus Sicht des Finanzministers auch nicht verschweigen - ein erheblicher fiskalischer Schaden durch das, was sich im Schwarzgeldbereich mit großen Summen abspielt. Das geht - auch das bitte ich zu bedenken - zulasten der ehrlichen Mitbewerber im Markt.

(Maximilian Schmidt [SPD]: So ist es!)

Ich könnte Ihnen dazu auch etwas aus der FAZ vorlesen. Wenn der eine Pizzabetreiber nur einen Teil der Umsätze verbucht und seine Einkäufe mit seinem so erworbenen Schwarzgeld bestreitet und sich der andere steuerehrlich bewegt, dann fliegt der Steuerehrliche nachher aus dem Markt. Da müsste eigentlich die FDP mit mir übereinstimmen. Das können wir doch nicht hinnehmen.

(Christian Grascha [FDP]: Dann gibt es Vollzugsdefizite! Es geht darum, ob man alle unter Generalverdacht stellt! Das ist doch der Punkt!)

Nachdem wir das vor einem halben Jahr schon einmal diskutiert haben, gibt es, finde ich, keinen Grund, den Antrag erneut ausgiebig zu beraten. Aber das ist selbstverständlich Sache des Landtages. Ich habe mich jetzt verpflichtet gefühlt, die Position der Landesregierung darzulegen. Wir stehen hier eng an der Seite von Herrn Schäuble, wie bei anderen Themen auch.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN - Maximilian Schmidt [SPD]: Wir klatschen nur für Sie, nicht für Herrn Schäuble! - Reinhold Hilbers [CDU]: Es ist immer gut, wenn Sie an der Seite von Herrn Schäuble stehen!)

## Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Minister. - Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen nicht vor.

Daher kommen wir zur Ausschussüberweisung.

Der Kollege Heere hat - wohl für seine Fraktionbeantragt, den Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen und den Unterausschuss "Verbraucherschutz" mitberatend zu beteiligen. Nach unserer Geschäftsordnung kann das üblicherweise der federführende Ausschuss tun, aber es gibt auch keine Bedenken dagegen, das im Plenum direkt festzulegen, wenn dem nicht widersprochen wird. Widerspricht jemand der Mitberatung dieser beiden Ausschüsse? - Das ist nicht der Fall.

Dann bitte ich Sie um Ihre Zustimmung, wenn Sie den Ausschuss für Haushalt und Finanzen federführend und den Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen und den Unterausschuss "Verbraucherschutz" mitberatend zu beteiligen wollen. Ich bitte um Ihr Handzeichen! - Das ist nach der Geschäftsordnung ausreichend unterstützt und wird so geschehen.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 30:

Erste Beratung:

Flüchtlingszustrom reduzieren - Asylpaket II unterstützen und umsetzen! - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/5115

Zur Einbringung hat für die antragstellende Fraktion Frau Kollegin Angelika Jahns, CDU-Fraktion, das Wort. Bitte sehr!

(Zustimmung bei der CDU)

## Angelika Jahns (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Flüchtlings- und Asylpolitik ist auch in diesem Jahr das alles andere überlagernde Thema der Landespolitik. Aus den Erfahrungen der ersten sechs Wochen des neuen Jahres muss ich allerdings sagen: Bedauerlicherweise setzt sich das rot-grüne Chaos in der Flüchtlingspolitik auch im Jahr 2016 fort -

(Zuruf von der SPD: Das fängt schon schwach an, muss ich sagen!)

überall Baustellen in der Flüchtlingspolitik von Rot-Grün. Gestern haben wir über die Wegweiserkurse gesprochen, die zurzeit nahezu nicht stattfinden. Da muss nachgelegt werden, meine Damen und Herren.

(Filiz Polat [GRÜNE]: Das stimmt doch gar nicht!)

Es gibt keine neuen Erstaufnahmeplätze. Viele derartige Vorhaben sind wegen handwerklicher Fehler wie Seifenblasen zerplatzt.

(Beifall bei der CDU)

Und jetzt auch noch die Sprachlosigkeit dieser Landesregierung in ihrer Haltung zum Asylpaket II!

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Weil, Sie haben bei Ihrer Rede auf dem politischen Aschermittwoch der SPD in Nordstemmen laut *Leine-Deister-Zeitung* gesagt, Sie wollten nicht länger über Asylpakete, sondern über Integrationspakte sprechen. Aus Sicht eines von den Grünen teilentmachteten Ministerpräsidenten ist das ein berechtigter Wunsch. Der staatspolitischen Verantwortung Niedersachsens werden Sie damit jedoch nicht gerecht.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Christian Grascha [FDP])

Anscheinend sind Ihnen auch beim Asylpaket II die Hände gebunden. Die Grünen haben nämlich schon deutlich zu verstehen gegeben, dass sie mit ihrer Zustimmung nicht zur Seite stehen.

Da stellt sich natürlich die Frage: Was gilt dann noch das Wort des Ministerpräsidenten, dieser Vorgang dürfe sich nicht wiederholen? - Herr Ministerpräsident Weil, haben Sie auch beim Asylpaket II insgeheim längst die weiße Fahne gehisst?

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Sie lassen den Chef der Staatskanzlei Briefe ans Bundeskanzleramt schreiben, mit einem einzigen Ziel: genügend fadenscheinige Argumente vorzubringen, die eine Zustimmung unmöglich machen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Jens Nacke [CDU]: So ist es!)

Im großen Interview mit der Neuen Osnabrücker Zeitung vom letzten Samstag hatten Sie, Herr Ministerpräsident Weil, nicht einmal mehr die Kraft und den Mut, das Ansinnen der Grünen nach einem Landesprogramm für Familiennachzug entschieden zurückzuweisen. Das ist nicht nur mutlos,

sondern das ist in höchstem Maße verantwortungslos.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, zu Jahresbeginn hat der niedersächsische Ministerpräsident den Obermahner und -warner in der Flüchtlingspolitik gegeben. Herr Ministerpräsident Weil, Sie haben ohne Not eine mögliche Flüchtlingszahl von 2 Millionen Asylbewerbern im Jahr 2016 in den Raum gestellt. Sie schenken Ihrer eigenen Prognose aber offenbar selbst keinen Glauben.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Ja! - Jörg Bode [FDP]: Richtig! Der Finanzminister hat es ja gesagt!)

Ansonsten hätten Sie nämlich längst weitere Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes in Betrieb nehmen müssen, um auf den selbst prognostizierten Ansturm vorbereitet zu sein.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Augenscheinlich aber vertrauen Sie auf das Wort der Kanzlerin.

(Filiz Polat [GRÜNE]: Sie ja scheinbar nicht mehr!)

- Ich ja.

(Filiz Polat [GRÜNE]: Sie ja! Genau!)

Dann aber wäre das Gerede von 2 Millionen mehr als grober Unfug.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, die zahlreichen offenen Widersprüche der rot-grünen Asylpolitik hier in Niedersachsen lassen sich immer schlechter kaschieren. Da fordert der Ministerpräsident von der Bundeskanzlerin wirksame Maßnahmen, um den Flüchtlingsstrom zu begrenzen, er selbst leistet mit seinem Kabinett aber keinerlei substanziellen Beitrag.

(Beifall bei der CDU)

Sie setzen die Möglichkeiten, die das Asylpaket I den Bundesländern bietet, weiterhin nicht konsequent um. Ich nenne beispielhaft den schnelleren Vollzug von Rückführungen bei ausreisepflichtigen Asylbewerbern. Gerade gestern Abend hat der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Oppermann, wörtlich in einer Talkshow gesagt: Diejenigen, die keine Bleibeperspektive haben, müssen wieder gehen.

(Filiz Polat [GRÜNE]: Haben Sie deshalb Ihren Antrag zurückgezogen?)

Deshalb fordere ich Sie auf, Herr Ministerpräsident: Unterstützen Sie Ihre Kollegen in Berlin, nehmen Sie Ihre Verantwortung hier in Niedersachsen wahr, lassen Sie sich nicht länger von Ihrem Koalitionspartner auf das bundespolitische Abstellgleis schieben!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Des Weiteren: die Beseitigung von Fehlanreizen zur Vermeidung eines weiteren Anstiegs von ungerechtfertigten Asylanträgen. In der Praxis tun Sie das Gegenteil. Sie haben die Amtshilfe der Kommunen noch einmal bis Ende März verlängert. Noch immer verteilen Sie Asylbewerber ohne Bleibeperspektive vorschnell auf die Kommunen. Sie entziehen sich damit Ihrer Verantwortung als Land gleich in doppelter Weise. Dadurch werden Sie mit Ihren Forderungen an den Bund noch unglaubwürdiger, Herr Ministerpräsident Weil.

(Beifall bei der CDU)

Sie verweigern auch die notwendige Entlastung der Städte und Gemeinden. Sie lassen die Kommunen im Regen stehen. Unterstützen Sie die finanziellen und auch materiellen Forderungen der kommunalen Spitzenverbände!

Mit Ihrer Unterbringungspolitik sind Sie mitverantwortlich dafür, dass viele Sporthallen in kommunaler Trägerschaft dem Vereins- und Schulsport langfristig entzogen werden.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung von Christian Dürr [FDP])

Sie erweisen damit gerade dem Integrationsgedanken einen Bärendienst; denn Integration kann nur gelingen, wenn wir uns auch in Niedersachsen auf die wirklich Schutzbedürftigen beziehen.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Weil, verhindern Sie, dass Ihr grüner Koalitionspartner Sie zum politischen Geisterfahrer in der Flüchtlingspolitik macht!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es wird höchste Zeit, dass Sie, Herr Ministerpräsident Weil, diesen Weg verlassen und die Flüchtlingspolitik in Niedersachsen auf verlässlichen Boden stellen. Es reicht bei Weitem nicht aus, die Arbeit auf andere - nach dem Motto: Niedersachsen packt an - abzuschieben. Packen Sie endlich selbst an, und setzen Sie sich gegen Ihren Koalitionspartner durch!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Jetzt ist politische Führung von Ihnen gefragt.

(Lachen bei der SPD)

Jetzt geht es darum, das als notwendig Erkannte um- und durchzusetzen: Unterstützen Sie das Asylpaket II, und stimmen Sie im Bundesrat für die sicheren Herkunftsstaaten!

(Petra Tiemann [SPD]: Sie lacht selber!)

Sagen Sie Ja zur Einführung eines an das Flughafenverfahren angelehnten beschleunigten Asylverfahrens für Asylsuchende mit geringer Aussicht auf Anerkennung!

Sagen Sie Ja zur Verschärfung der Residenzpflicht in den besonderen Aufnahmeeinrichtungen!

Sagen Sie Ja zum Wegfall des Leistungsanspruchs und Ruhenlassen des Asylantrags bei Verstößen gegen die Residenzpflicht!

Sagen Sie Ja zur Aussetzung des Familiennachzuges für Antragsteller mit subsidiärem Schutz für einen Zeitraum von zwei Jahren!

Sagen Sie Ja zur Einstufung von Marokko, Tunesien und Algerien als sichere Herkunftsstaaten!

Sagen Sie Ja zur Bekämpfung von Verzögerungen bei Abschiebungen durch Präzisierung und Klarstellung gesetzlicher Rahmenbedingungen für die Erstellung ärztlicher Atteste!

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Weil, wir erwarten von Ihnen, dass Sie sich hier und heute vor den Abgeordneten persönlich erklären. Sie haben die Richtlinienkompetenz. Deshalb wäre es mehr als peinlich, wenn Sie jetzt wieder den Innenminister oder die Sozialministerin vorschickten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

## Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Frau Kollegin Jahns, Herr Kollege Onay möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen. Lassen Sie sie zu?

## Angelika Jahns (CDU):

Nein.

## Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Okay. Dann setzen Sie fort.

## Angelika Jahns (CDU):

Ziehen Sie sich nicht wieder aus der Verantwortung! Seien Sie ein verlässlicher Partner - nicht nur für Ihre Kollegen auf Bundesebene, sondern auch

für die Bürgerinnen und Bürger hier in Niedersachsen!

Unterstützen Sie die vielen Ehrenamtlichen, die auf die Umsetzung der neuen Regelungen der Asylpakete I und II und damit auf Entlastung hoffen, die langsam an psychische und physische Grenzen gelangen!

Unterstützen Sie das Asylpaket im Bundesrat! Zeigen Sie nicht immer mit dem Finger auf den Bund! Oft zeigen dann drei Finger zurück. Lassen Sie nicht noch einmal zu, dass Baden-Württemberg zum Retter der Beschlussfassung in Berlin wird und Niedersachsen nur am Rande des Spielfelds auf Auswechselung wartet!

Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

## Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Frau Kollegin Jahns. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Frau Kollegin Filiz Polat das Wort.

## Filiz Polat (GRÜNE):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Jahns, die Scheindebatten werden auf Bundesebene geführt. Verabschiedungskultur, nationale Abschiebepläne, Obergrenzen und Transitzonen: Das sind die Antworten Ihrer Kollegen von der Union im Bund und vor allem der CSU, die einen neuen Koalitionspartner eher in Form von Herrn Orbán oder in Form von Herrn Putin sucht, meine Damen und Herren. Das ist die Realität, die wir im Moment erleben. Das ist der Wahnsinn der Bundesregierung vor allem auf der rechten Seite in diesem Haus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im November 2015 gab es einen Beschluss der Parteivorsitzenden von CSU, CDU und SPD. Danach ging das Hickhack auf Bundesebene los. Man wollte nichts mehr von Transitzonen wissen.

(Jörg Hillmer [CDU]: Sie wollten nichts davon wissen!)

Man wollte nichts mehr vom Familiennachzug wissen. Es begann ein Showkampf zwischen den Parteivorsitzenden. Letztendlich liegt ein unveränderter Gesetzentwurf vor, der - das müssen Sie auch noch einmal deutlich begründen, Frau Jahns - den Familiennachzug einschränkt und

damit auch Artikel 6 des Grundgesetzes wirklich infrage stellt, meine Damen und Herren.

Das Asylpaket II enthält verschiedene Punkte, auf die Sie nur ganz kurz eingegangen sind. Beispielsweise wird - ich sprach es an - der Familiennachzug für subsidiär Geschützte für zwei Jahre ausgesetzt. Alle wissen, dass der Familiennachzug damit faktisch nicht für zwei Jahre, sondern für vier oder fünf Jahre ausgesetzt wird; denn allein das Verfahren in den Botschaften dauert mindestens ein Jahr, und dann dauert es noch einmal ein Jahr, bis die Menschen einreisen können, meine Damen und Herren. Diese Regelung ist im Übrigen nicht nur rechtswidrig, sondern auch zutiefst unmoralisch.

(Beifall bei den GRÜNEN - Jörg Hillmer [CDU]: Ihr Koalitionspartner sieht das anders!)

Eine Härtefallregelung für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, die, wie man gehört hat, da mit reingerutscht sind, findet sich im aktuellen Gesetzentwurf nicht wieder. Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren: Jedes Kind hat doch das Recht auf seine Eltern. Jedes Kind ist ein Härtefall.

(Beifall bei den GRÜNEN - Editha Lorberg [CDU]: Dann dürfen die Eltern ihre Kinder nicht alleine losschicken! Was ist das denn für eine Argumentation?)

Das scheint der Schutz der Familie nach der christdemokratischen Lehre zu sein. Das ist zynisch. Das sollten Sie auch noch einmal infrage stellen, meine Damen und Herren.

(Editha Lorberg [CDU]: Das ist gar nicht wahr, Frau Polat!)

- Frau Lorberg, Sie sollten mich nicht hier die ganze Zeit mit Zwischenrufen belästigen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Mechthild Ross-Luttmann [CDU]: Belästigen?)

Ich möchte Sie nur einmal daran erinnern, Frau Ross-Luttmann: Wir sind mit unserer Kritik nicht allein. Wenn Sie sich die Mühe gemacht haben, trotz des beschleunigten Eilverfahrens - - -

(Mechthild Ross-Luttmann [CDU]: Liebe Frau Kollegin, Zwischenrufe sind die Würze hier im Parlament!)

Im Bundestag gibt es eine Vielzahl von Stellungnahmen der Verbände, die sich zum Gesetzentwurf geäußert haben, und zwar unisono in allen Punkten kritisch. Ich möchte einmal einige nennen, nämlich Diakonie Deutschland, Deutscher Caritasverband, Jesuiten-Flüchtlingsdienst, Amnesty International, Deutsches Institut für Menschenrechte, AWO Bundesverband, der Paritätische Gesamtverband, Deutscher Anwaltverein - hinzu kommen noch 218 Rechtsanwälte, die sich sehr kritisch aus rechtsstaatlicher Sicht mit den Vorschlägen auseinandersetzen -, Neue Richtervereinigung, Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein, Bundespsychotherapeutenkammer, Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer, Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, PRO ASYL, medico international und Ärzte der Welt. Hier schließe ich einmal.

Lesen Sie mir eine einzige Stellungnahme vor, die diesen Gesetzentwurf positiv sieht!

(Jörg Hillmer [CDU]: Fragen Sie doch einmal bei der SPD!)

Und dann möchte ich wissen, wie Sie sich mit den Punkten im Detail auseinandersetzen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Frau Jahns, Sie wischen das so einfach weg. Wir haben gemeinsam für die Aufweichung der Residenzpflicht gekämpft. Jetzt soll eine Residenzpflicht eingeführt werden. Ein Verstoß gilt bisher als Ordnungswidrigkeit. Jetzt wird mit einem zweimaligen Verstoß gegen die Residenzpflicht das Grundrecht auf Asyl verwirkt - ein Grundrecht, das in der Verfassung verankert ist. Das ist doch zutiefst fragwürdig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

## Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Frau Kollegin Polat, wenn Sie kurz innehalten: Herr Kollege Dürr möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen.

Filiz Polat (GRÜNE):

Nein, danke.

## Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Dann setzen Sie fort!

(Jens Nacke [CDU]: Machen Sie doch einmal eigene Vorschläge, Frau Polat!)

## Filiz Polat (GRÜNE):

Herr Nacke, das Einzige, was zur Beschleunigung von Asylverfahren wirklich hilft - das habe ich mehrfach betont -, ist nicht die Einstufung als sichere Herkunftsstaaten - Herr Minister Jäger hat heute Morgen im Bundestag auf die Nachfrage von Volker Beck noch einmal zustimmend betont, dass die Einstufung als sichere Herkunftsstaaten nicht zur Beschleunigung der Asylverfahren führt -, sondern einfach mehr Asylentscheider, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN - Jörg Hillmer [CDU]: Sie ziehen hier doch keine Konsequenzen daraus! - Jens Nacke [CDU]: Ihrem Innenminister wird gerade schlecht! Sehen Sie das?)

- Sie waren doch in Bramsche, Herr Nacke. Ich schlage Ihnen vor, auch einmal die Außenstelle des BAMF in Bramsche zu besuchen. Es ist wirklich interessant, zu sehen, wie die Herrschaften damit ringen, 2 200 Verfahren, die anhängig sind, abzuarbeiten, wenn sie keine neuen Kolleginnen und Kollegen bekommen. Das ist die Realität des BAMF - sosehr Sie sich da auch wegducken. Mit Ihren Vorschlägen retten Sie Deutschland nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

## Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Frau Kollegin Polat. - Das Wort hat jetzt für die SPD-Fraktion Herr Kollege Ulrich Watermann.

## Ulrich Watermann (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir beschäftigen uns ja schon zum wiederholten Mal mit der Frage, ob der Landtag sich dazu äußert, ob einem Asylpaket im Bundesrat zugestimmt wird: Ja oder nein? Wenn man diese Debatte verfolgt, sollte man sich erinnern. Im letzten Jahr haben wir es hier in diesem Landtag hingekriegt, dass der Landtag mit allen Fraktionen das Dublin-Verfahren kritisiert und gesagt hat, dass das ein falscher Weg ist.

Man muss sich daran erinnern, dass wir einen Zehn-Punkte-Antrag der CDU-Fraktion vorliegen hatten, der inzwischen zurückgezogen worden ist, in dem es um die Integration und um die Aufnahmesituation in Deutschland und ganz speziell in Niedersachsen ging. Warum ist dieser Antrag inzwischen zurückgezogen worden? - Das kann man

ganz deutlich sehen, wenn man sich den Antragstext, der heute dem Landtag zur Beratung vorliegt, genau anguckt.

Man muss noch feststellen, dass man ganz kurzfristig einen Antrag eingebracht hatte, in dem es
um die Frage von Wohnsitzauflage und Residenzpflicht ging. Auch dieser Antrag ist inzwischen
zurückgezogen worden. Er findet sich jetzt in diesem Antrag wieder. Dieser Antrag ist mit "Asylpaket II" überschrieben. Aber in seinem Inhalt findet
sich herzlich wenig dazu, sondern in dem Antrag
wird ein Sammelsurium an Abschottungsmaßnahmen aufgereiht, denen wir auf keinen Fall zustimmen werden, weil sie in die vollkommen falsche
Richtung gehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer versucht, die Flüchtlingsproblematik auf ein regionales Konzept herunterzubrechen, wird der Aufgabe niemals gerecht werden. Wir haben eine Situation, in der es darum geht, dass die Fluchtursachen bekämpft werden müssen und dass wir endlich etwas tun müssen, damit die Menschen keinen Anlass mehr haben zu fliehen.

(Filiz Polat [GRÜNE]: Richtig!)

Aber das liegt nicht in unseren Händen, sondern wir haben da zu appellieren und müssen auf diejenigen einwirken, die für uns die Politik in Berlin machen, aber vor allen Dingen auch in Europa. Deshalb ist es folgerichtig und wichtig - - -

#### Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Kollege Watermann, bevor Sie jetzt mit der Folgerichtigkeit fortsetzen, die Sie anformuliert hatten: Frau Kollegin Jahns möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen. Lassen Sie die zu?

## Ulrich Watermann (SPD):

Das Problem ist, dass wir beim letzten Mal, als ich zu diesem Thema geredet habe, eine mehrere Minuten andauernde Fragesituation hatten. Meine Fraktion legt Wert darauf, dass ich das nicht wieder auslöse.

(Christian Dürr [FDP]: Das kann ich mir vorstellen!)

Deshalb werde ich diese Frage nicht zulassen.

(Heiterkeit und Beifall)

#### Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Das ist Ihr gutes Recht. Setzen Sie fort!

(Jens Nacke [CDU]: Das ist einer der wenigen Sätze, die ich Ihnen uneingeschränkt glaube, Herr Watermann!)

#### Ulrich Watermann (SPD):

Dann muss schon etwas falsch gelaufen sein. Wenn Sie mir etwas glauben, dann muss ich etwas ganz fürchterlich verkehrt gemacht haben.

(Heiterkeit - Jens Nacke [CDU]: Das ist allerdings wahr! Vormittags ist es immer leichter als nachmittags!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es geht darum, dass wir uns mit der Lösung des Problems auseinandersetzen. Da folge ich all denjenigen, die sagen: Es hilft uns nicht sehr viel weiter, dass wir uns gegenseitig die Schuld zuweisen. - Vielmehr geht es darum, dass wir uns genau angucken müssen: Welche Antwort ist eigentlich richtig?

Heute und auch gestern ist in der Debatte deutlich geworden, dass wir uns damit auseinandersetzen müssen, dass wir mehr Menschen hier in Niedersachsen haben, und dass wir Antworten dafür brauchen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt eine Kernproblematik, von der ich fest überzeugt bin - auch meine Fraktion -, dass sie zuerst einmal angepackt werden muss: dass wir diejenigen, die zu uns kommen und einen Antrag stellen wollen, erst einmal in die Situation versetzen müssen, dass sie überhaupt einen Antrag abgeben können.

Im letzten Jahr war die Situation so: Wenn in Hameln jemand angekommen war, bekam er einen Termin für den April dieses Jahres. Wenn jetzt jemand in Hameln ankommt, dann sagt das BAMF: Im Jahr 2017 kannst du den Antrag abgeben. - Das ist eine Verschlechterung, keine Verbesserung.

Wir müssen alle Kraft darauf konzentrieren, die Anträge zügig zu bearbeiten, zu entscheiden und die Maßnahmen umzusetzen, die aus der Entscheidung herrühren, nämlich dann, wenn man bleiben darf, die integrativen Maßnahmen verstärkt anlaufen zu lassen. Auch muss bei einer Ablehnung dafür gesorgt werden, dass es zurück in das Land geht, woher man gekommen ist. Das gehört dazu. Aber dafür brauchen wir ein ordnungsgemäßes Verfahren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, man kann ja über sichere Herkunftsstaaten reden. Aber wenn Flüchtlinge aus sicheren Herkunftsstaaten über ein Jahr auf eine Entscheidung warten müssen und in dieser Zeit keinen Sprachunterricht erhalten dürfen, dann ist das die vollkommen verkehrte Situation.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Damit müssen wir uns auseinandersetzen. Wenn Menschen aus Afghanistan hier keine Sprachförderung bekommen, dann kann das niemand verstehen, weder diejenigen, die schwarz, gelb oder blau orientiert sind, noch diejenigen, die grün oder rot orientiert sind. Das kann niemand nachvollziehen.

Ich glaube, dass alles das, was Sie aufgeschrieben haben, nicht zu einer Lösung der Problematik führt, sondern dass Sie damit hier im Landtag im Prinzip nur eine Schuldzuweisungsdebatte führen wollen.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich bin fest davon überzeugt, dass wir unsere Kraft in eine zügige Bearbeitung der Fälle stecken müssen, damit die Menschen wissen, was für eine Perspektive sie haben. Wir kommen dann viel eher in die Situation, die Integration nach vorne zu bringen.

Ich bin darin verliebt, dass wir so etwas hinbekommen, dass wir das zusammen anpacken und dass wir aufhören, uns gegenseitig vorzuhalten, was warum nicht funktioniert. Ich könnte das jetzt tun und sagen: Daran sind der Innenminister und die Kanzlerin schuld. Dieser und jener sind schuld.

Wir brauchen keine Anträge, die nicht einen Satz an Lösungen bringen, sondern die im Prinzip nur darauf ausgerichtet sind, zu spalten. Nein, wir brauchen eine Gemeinsamkeit! Wir müssen zielführend dafür zu sorgen, dass die Anträge schneller bearbeitet werden.

Ich bin gespannt auf die Diskussion. Sie haben eine Kehrtwendung vollzogen. Schade! Dann müssen wir es eben alleine machen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

## Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Watermann. - Auf Ihre Rede hat sich der Kollege Jens Nacke für eine Kurzintervention gemeldet. Sie haben 90 Sekunden. Bitte, Herr Kollege!

## Jens Nacke (CDU):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich auf den Beitrag von Herrn Watermann zu Wort gemeldet, weil ich Sie, Herr Kollege Watermann, aufgrund Ihres Vortrags gerade, wonach wir gemeinsam sehen müssen, dass wir die Lösung finden, fragen möchte, ob Sie eigentlich kürzlich einmal Interviews von Ihrem Ministerpräsidenten gelesen haben, die nur davon strotzen, dass andere schuld sind, die aber nicht ansatzweise einen eigenen Entwurf aufweisen und nicht ansatzweise präsentieren, was dieses Land eigentlich machen könnte.

(Zustimmung bei der CDU - Anja Piel [GRÜNE]: Ach, Herr Nacke! Das stimmt doch überhaupt nicht!)

Dieser Ministerpräsident verweigert seit Monaten, dass wir tatsächlich zu vernünftigen Lösungen kommen. Er hat die ausgestreckte Hand des Vorsitzenden der CDU-Fraktion mehrfach ausgeschlagen. Wenn Sie doch noch dazu kommen wollen, gerne!

Herr Watermann, Ihre Rede richtete sich in den allermeisten Teilen direkt an Ihren Herrn Ministerpräsidenten. Aber eines hätte ich mir in der Tat gewünscht, Herr Watermann: Nun sagen Sie doch bitte einmal, was Sie eigentlich vom Asylpaket II halten! Denn beim Asylpaket I haben Sie noch einen Tag vorher in dem entsprechenden Innenausschuss selbst gesagt, dass Sie es ablehnen. Ihr Ministerpräsident hat das ja mitverhandelt. Jetzt würde ich gerne einmal wissen, wie die SPD-Fraktion das sieht. Uns ist natürlich sehr genau aufgefallen, dass bei der Rede von Frau Polat niemand in der SPD-Fraktion geklatscht hat, nicht ein einziges Klatschen.

(Petra Tiemann [SPD]: Das stimmt nicht!)

Jetzt möchte ich gerne wissen: Wie stehen Sie denn eigentlich zum Asylpaket II? Was werden Sie am Ende machen? Stehen Sie dazu, was Herr Gabriel verhandelt hat? Stehen Sie zu dem, dem Ihre Kollegen im Bundestag zugestimmt haben?

## Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Kollege Nacke, die 90 Sekunden sind um!

#### Jens Nacke (CDU):

Werden Sie dieser Landesregierung empfehlen, am Ende zuzustimmen, oder werden Sie Ihrem Ministerpräsidenten empfehlen, sich erneut zu enthalten?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

#### Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Watermann möchte erwidern. Er hat für 90 Sekunden die Gelegenheit. Bitte!

## Ulrich Watermann (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist natürlich gut, wenn man weiß, was im Asylpaket II steht. Im Asylpaket II geht es z. B. nicht um die sicheren Herkunftsstaaten. Im Asylpaket II, das der SPD-Bundestagsfraktion erst in dieser Woche vorgelegen hat, geht vor allen Dingen um die Nachzugssituationen.

Ich sage Ihnen ganz eindeutig, dass ich es als Kompromiss akzeptiere, dass ich es aber nicht für zielführend halte, weil wir uns mit einem Thema auseinandersetzen müssen, nämlich dem Nachzug auch bei Minderjährigen, das unser Problem werden kann, aber im Moment nicht unser Problem ist. In Bezug auf die sicheren Herkunftsstaaten kommt ein nächstes Paket. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Dieser Ministerpräsident hat mehrfach darauf hingewiesen, dass wir dies gemeinsam entwickeln können.

Aber ganz speziell Sie brauchen wegen der Politik, die Sie seit einigen Monaten gerade bei diesem Thema betreiben, hier nicht über Gemeinsamkeiten zu reden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

#### Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Das war die Kurzintervention. Jetzt geht es mit dem Beitrag der FDP-Fraktion in der Debatte weiter. Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende Christian Dürr.

## Christian Dürr (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Watermann, das, was Sie gerade gesagt haben, war durchaus erhellend. Meine Befürchtung ist, dass uns die gleiche Hängepartie wie im Oktober des letzten Jahres droht, Herr Ministerpräsident.

(Zustimmung bei der CDU)

Damals hatten wir die gleiche Debatte zum Asylpaket I. Am Ende des Tages stand eine Enthaltung

der Landesregierung, weil man sich nicht durchringen konnte.

Ich muss hier die Politik der Bundesregierung nicht verteidigen. Ich habe weiß Gott genug Kritik an dem, was zurzeit in Berlin passiert.

Herr Watermann, das Einzige, was Sie gemacht haben, ist, aufzuzählen, was alles nicht geht. Das Asylpaket II ist sicherlich nicht der große Wurf. Aber es ist ein sehr konkreter Vorschlag, meine Damen und Herren. Aber nicht einmal zu dem kleinen Wurf aus Berlin hat diese Landesregierung eine Haltung. Das ist das eigentliche Problem.

#### (Beifall bei der FDP und bei der CDU)

In Bezug auf das Thema Einigkeit in der Meinung fand ich das Interview des Herrn Ministerpräsidenten gestern in der *Magdeburger Volksstimme* sehr erhellend, meine Damen und Herren. Darin hat er erklärt: Die SPD ist die loyalste Partei an der Seite der Kanzlerin. - Im nächsten Satz sagte er: Der Kurs der Kanzlerin überfordert uns.

#### (Lachen bei der FDP)

Es ist genau diese Rhetorik, die nicht zu Ihrem Handeln passt, Herr Weil. Nach rechts zu blinken und nach links abzubiegen, um die eigene Koalition in Hannover zu befrieden, wird auf Dauer nicht funktionieren, meine Damen und Herren.

## (Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Herr Watermann, ich will Sie noch einmal daran erinnern: Sie sind als Sozialdemokraten Teil dieser Bundesregierung. Es ist der Kompromiss, dem Ihr Parteivorsitzender Sigmar Gabriel in Berlin zugestimmt hat. Mittlerweile hat Herr Gabriel ihn sogar gelesen. Herr Ministerpräsident, Sie müssen sich auch als Person, als Funktionsträger innerhalb der Sozialdemokratie in Deutschland entscheiden: Wollen Sie Opposition sein, oder wollen Sie Regierung sein? - Diese Entscheidung müssen Sie endlich treffen!

## (Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Die Debatte am Mittwoch war ja durchaus emotional. Mein Hinweis, der Herr Ministerpräsident geriere sich mittlerweile als der Seehofer des Nordens, hat ja für einige Unruhe in den Reihen der SPD gesorgt. Offen gestanden, war mir am Mittwochmorgen noch nicht klar, wie richtig ich damit liegen würde, meine Damen und Herren. Am Mittwochnachmittag lief über die Agentur: Weil äußerte sich wie der Bayerische Regierungschef Horst Seehofer und fordert ein Ende der Russlandsank-

tionen. - Meine Damen und Herren, Seite an Seite mit Horst - das ist die Realität!

(Beifall bei der FDP und Zustimmung von Dirk Toepffer [CDU])

Ich will Ihnen eines sagen: Dieses andauernde Hineingrätschen in die Politik der eigenen Partei auf Bundesebene führt doch nicht dazu, dass die Menschen das Vertrauen in die Fähigkeit der Politik wiedergewinnen, die Probleme in Deutschland zu lösen.

Sie machen keine eigenen Vorschläge in der Sache, Herr Ministerpräsident. Dabei ist klar, was jetzt kurzfristig zu tun ist:

Wir müssen die europäischen Außengrenzen sichern, Frontex ist zu stärken, und das Chaos bei den Asylverfahren bei uns in Deutschland ist zu beseitigen. Wir haben einen konkreten Vorschlag dazu vorgelegt: den vorübergehenden humanitären Schutz. Wir haben Ihnen dazu sogar eine Bundesratsinitiative aufgeschrieben, die Sie nur einzureichen brauchen.

Wir brauchen natürlich die beschleunigten Verfahren, die schnelle Verteilung der Menschen mit Bleibeperspektive auf die Kommunen; auch das ist Teil des Paketes.

Und - das will ich auch deutlich in Richtung der Grünen sagen - wir brauchen eine Einordnung der Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsstaaten.

Auch das will ich betonen: Nur dieser Teil ist zustimmungspflichtig im Bundesrat. Dazu kann man doch verdammt noch einmal eine Haltung im Niedersächsischen Landtag entwickeln, meine Damen und Herren!

#### (Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Weil Frau Polat gerade wieder gesagt hat, die Einstufung als sichere Herkunftsstaaten sei nur eine Chimäre, das würde alles gar nicht funktionieren: Bündnis 90/Die Grünen ist in seiner Haltungmit Ausnahme von Herrn Kretschmann; der hat im Bundesrat ja anders abgestimmt - widerlegt worden. Bei den Staaten des Westbalkans hat es doch geklappt.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Glocke des Präsidenten)

- Ich komme zum Schluss, Herr Präsident.

Wir haben auch die Debattenkultur angesprochen, die langsam, aber sicher zu einem Problem wird, weil keine Lösungen aufgezeigt werden. Ich habe mittlerweile kein Verständnis mehr dafür, wie sich die Grünen in Deutschland dazu verhalten. In einem Interview im *Spiegel* hat der grüne Oberbürgermeister von Tübingen, Boris Palmer, in dieser Woche gesagt, er habe Verständnis für Väter, die Angst um ihre blonden Töchter hätten, wenn diese auf arabische Männer träfen. - Diese Dialektik, auch bei den Grünen, ist nicht mehr auszuhalten!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Widerspruch bei den GRÜNEN)

## Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Dürr. - Für die CDU-Fraktion hat sich noch einmal die Kollegin Angelika Jahns zu Wort gemeldet. Sie haben eine Restredezeit von drei Minuten, Frau Kollegin Jahns. Bitte schön!

#### Angelika Jahns (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Watermann, bisher habe ich Sie als Kollegen kennen- und schätzen gelernt, der wenigstens die Anträge liest, zu denen er spricht. Aber scheinbar haben Sie unseren Antrag gar nicht gelesen. Denn Sie haben uns vorgeworfen, dass die Punkte des Asylpakets II, deren Festsetzung und Umsetzung beabsichtigt sind, gar nicht in unserem Antrag ständen. - Wir haben diese Punkte 1:1 übernommen! Vielleicht sollten Sie sich doch die Mühe machen, den Antrag noch einmal genau zu lesen.

(Filiz Polat [GRÜNE]: Er ist sogar teilweise falsch!)

Ich bin erstaunt, dass Sie in der Flüchtlingspolitik hier Einstimmigkeit bzw. Gemeinsamkeit fordern. Gerade gestern haben wir das im Rahmen der Diskussion über die Wegweiserkurse gezeigt. Wenn man sich Ihre Politik anschaut, bei der Sie auf der einen Seite Gemeinsamkeit fordern und auf der anderen Seite mit dem Finger ständig nach Berlin zeigen, dann ist es schon fraglich, wie Sie sich in diesem Land verhalten und welche Verantwortung Sie hier in Niedersachsen übernehmen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Bei dem Redebeitrag von Frau Polat ist sehr deutlich geworden, dass Sie als SPD-Fraktion der Auffassung, die von Ihrer grünen Kollegin vorgetragen wurde, überhaupt nicht folgen.

(Filiz Polat [GRÜNE]: Das ist doch nicht meine persönliche Auffassung!)

Denn es ist nicht eine einzige Hand bzw. es sind nicht zwei Hände zum Klatschen erhoben worden.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Es ging hier um eine Einzelmeinung!)

Deswegen, meine Damen und Herren, sollten Sie den Mund nicht so voll nehmen. Herr Limburg, Sie auch nicht. Sie sollten hier für Niedersachsen Verantwortung übernehmen und sollten endlich deutlich machen, dass Sie hinter den Maßnahmen, die jetzt auf Bundesebene umgesetzt werden und insbesondere auf Landesebene gefordert sind, stehen und damit die Bevölkerung in Niedersachsen unterstützen! Denn Sie sind hier diejenigen, die ständig querschlagen und die Maßnahmen nicht unterstützen. Demzufolge werden Sie auf das Abstellgleis geschoben. Ich hoffe, dass der Ministerpräsident sich trotzdem noch mit seinen Kollegen in Berlin zusammentut und entsprechend diese Beschlussfassung unterstützt.

Danke.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

## Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Frau Kollegin Jahns. - Für die Landesregierung hat sich Herr Innenminister Pistorius zu Wort gemeldet, dem ich das Wort erteile.

#### Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag, den wir hier diskutieren, hat den Titel: "Flüchtlingszustrom reduzieren - Asylpaket II unterstützen und umsetzen!" Es geht Ihnen also offensichtlich um die Verringerung des Flüchtlingszugangs nach Deutschland.

In diesem Ansinnen unterstütze ich Sie namens der Landesregierung ausdrücklich. Das Land und die Kommunen tragen schwer an einer extrem hohen Herausforderung. Das Thema Flüchtlinge ist ohne Zweifel die größte Herausforderung, mit der es die Bundesrepublik seit der Wiedervereinigung zu tun hat. Allein im vergangenen Jahr haben wir in einer gemeinsamen Anstrengung von Land und Kommunen etwa 100 000 Schutzsuchende untergebracht. Eine Verringerung des Zugangs ist daher richtig und unbedingt notwendig. - So weit die Diagnose.

Was aber nun die Therapie anbelangt, meine Damen und Herren, scheint Ihr Rezept etwas einseitig zu sein. Es ist nämlich fraglich, ob wir den Flüchtlingszugang mit den Maßnahmen, die im Asylpaket II beschlossen wurden, spürbar und vor allem

auf die richtige Art und Weise eindämmen können. Alle Angaben zu der Zahl der voraussichtlich von den neuen Restriktionen betroffenen Personen sind bislang nach wie vor rein spekulativ.

#### Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Minister, Frau Kollegin Jahns hat signalisiert, dass sie Ihnen eine Zwischenfrage stellen möchte. Lassen Sie diese zu?

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Liebe Frau Jahns, sonst immer gerne, aber ich würde jetzt gerne meinen Gedanken beenden.

## Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Das dürfen Sie. Bitte!

## Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

In welcher Höhe der Familiennachzug wirklich eingedämmt wird, ist völlig offen. Alle Fragen, die dazu gestellt wurden, konnte bislang niemand abschließend beantworten. Aber selbst wenn, müssen wir uns auch vor Augen führen, dass die Aussetzung des Familiennachzugs nicht notwendigerweise dazu führt, dass die Familien tatsächlich in ihrem Heimatland bleiben. Die Aussetzung kann genauso gut dazu führen, dass sich noch mehr Menschen, eben auch alte und schwache, von Anfang an auf den mühsamen Weg einer Flucht begeben. Die Frage, die wir uns stellen müssen, ist: Wollen wir das, meine Damen und Herren?

Deswegen ist es wichtig, dass die Aussetzung des Familiennachzugs nicht die Aufnahme von Familienmitgliedern aus humanitären Gründen per se ausschließt. Es ist gut, dass wir darüber in Deutschland eine sehr breite und hoch intensive Debatte führen. Wir dürfen den Rattenfängern vom rechten Rand nicht die Deutungshoheit in dieser Frage überlassen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Hier sind alle demokratischen Kräfte gefordert, konstruktive und humane Vorschläge zur Verringerung der Zugangszahlen vorzulegen.

Meine Damen und Herren, verstehen Sie mich nicht falsch! Das Asylpaket II enthält einige gute und wichtige Bestandteile. Aber genauso wahr ist, dass dies nur ein Schritt ist, und zwar auch nur ein relativ kleiner Schritt von vielen notwendigen. Es ist eine Teillösung für ein Teilproblem.

(Christian Dürr [FDP]: Kein Widerspruch!)

Wenn man dem CDU-Teil der Bundesregierung ein Kompliment machen kann, dann sicher das - das ist das einzige, Herr Bode; keine Sorge -, dass er es in hervorragender Weise schafft, in der medienpolitischen Diskussion diesen Einzelpaketen eine Bedeutung auf die Schultern zu laden, die ihnen nicht zukommt. Gleichzeitig gelingt es ihm, eine Diskussion zu führen, die in ihrer Intensität und der Art, wie sie geführt wird, der geneigten Öffentlichkeit den Eindruck vermittelt, das sei nun die Lösung für die Probleme, die wir haben, und wer dem nicht zustimme, wer das verhindere, der behindere die Lösung.

(Jens Nacke [CDU]: Natürlich ist das so!)

Das ist zwar elegant, aber leider ist es nicht so. Das lenkt im Grunde nur von dem kapitalen Fehlverhalten der Bundesregierung bei der Frage der Bearbeitung der Asylanträge ab. Das bleibt das Hauptproblem.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Das sind Nebenkriegsschauplätze, die eröffnet werden, um von den eigenen Fehlleistungen der vergangenen Jahre abzulenken - nicht mehr und nicht weniger, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jens Nacke [CDU]: Sie wissen, dass das nicht stimmt!)

Nichtsdestotrotz bleibt es auch wichtig, dass wir diese Frage immer wieder darauf zurückführen, genauso wie auf die Frage nach der Bekämpfung der Fluchtursachen. Wir werden uns noch so sehr über Atteste oder über die Frage besonderer Aufnahmezentren oder anderes unterhalten können es wird nicht funktionieren, wenn der Strom nicht dadurch eingedämmt wird, dass wir vor Ort die Fluchtursachen bekämpfen.

Ich kann nur nüchtern feststellen, dass die entsprechenden Lösungen der Bundesregierung ausbleiben. Diesem Paket wird je nachdem, wie es zustande kommt, im Bundesrat genau das Schicksal zuteilwerden, das es verdient.

(Jens Nacke [CDU]: Stimmen Sie zu oder nicht? - Zuruf von der CDU: Das sind doch Nebelkerzen!)

- Herr Nacke, Sie kennen doch die Bundesratsgeschichten. Sie kennen doch den Unterschied zwischen Einspruchsgesetz und Zustimmungsgesetz, oder nicht?

(Zuruf von den GRÜNEN: Nein, den kennt er nicht! - Zuruf von der SPD: Kennt er nicht! Erklär es ihm noch mal!)

- Das machen wir gesondert. Meine Redezeit ist vorbei.

(Beifall bei der SPD)

## Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Minister. - Herr Dürr hat mir eben signalisiert, dass er zusätzliche Redezeit in Anspruch nehmen möchte. Der Minister hat 35 Sekunden überzogen. Ich erteile Ihnen daher aufgerundet für eine Minute das Wort.

## Christian Dürr (FDP):

Herzlichen Dank. - Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, in weiten Teilen sind wir auch inhaltlich gar nicht so weit auseinander, Herr Pistorius. Ich schätze durchaus das, was Sie inhaltlich gesagt haben.

Es gibt Kritikpunkte, Licht und Schatten beim Asylpaket II; das ist keine Frage. Aber es reicht doch nicht aus, immer nur zu sagen, was an dieser Stelle nicht geht. Liberale im Europäischen Parlament haben ganz konkrete Vorschläge für einen gemeinsamen Grenz- und Küstenschutz gemacht. Wir im Landtag haben konkrete Vorschläge zum vorübergehenden humanitären Schutz gemacht. Da sind wir im Dialog.

Das Hauptproblem, das wir in Niedersachsen zurzeit politisch haben, ist nicht so sehr der Innenminister. Das Hauptproblem der niedersächsischen Innenpolitik sitzt dort, meine Damen und Herren. Es ist, um das klar zu sagen, der Regierungschef, der sich an der Stelle nicht äußert und der keine Haltung entwickeln will. Das Einzige, was er macht, ist, herumzuschwadronieren und von 2 Millionen Flüchtlingen zu sprechen.

(Anja Piel [GRÜNE]: Lesen Sie mal die Zeitung! Unverschämtes Geschrei! Jetzt geht das schon wieder los! - Zurufe von der SPD)

Eines hat die Fragestunde zur Unterrichtsversorgung gerade sehr deutlich gezeigt: Nicht einmal das eigene Landeskabinett nimmt Sie, Herr Weil, in dieser Frage noch ernst.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

#### Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Dürr. - Frau Jahns möchte auch noch einmal Redezeit in Anspruch nehmen. Sie haben eine Restredezeit von 55 Sekunden, die ich auf eine Minute aufrunde.

(Jens Nacke [CDU]: Große Fraktionen zwei! Die FDP hatte eine Minute!)

- Entschuldigung, Herr Nacke, Sie haben vollkommen recht. Es ist die doppelte Redezeit in Ansatz zu bringen.

Also bekommen Sie eine Minute zu Ihrer Restredezeit hinzu und damit zwei Minuten maximal. Bitte!

## Angelika Jahns (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann nur feststellen, es ist eine große Enttäuschung, dass sich der Ministerpräsident hier wieder einmal aus der Verantwortung gezogen hat,

(Christian Dürr [FDP]: So ist es!)

hier keine Stellung bezieht und uns keinerlei Aussage dazu gibt, ob die Niedersächsische Landesregierung auf Bundesebene ihrer Verantwortung gerecht wird

(Christian Dürr [FDP]: Der duckt sich weg!)

oder ob sie wieder dem Land Baden-Württemberg mit einem grünen Ministerpräsidenten das Retten dieser Situation überlässt und hier einfach tatenlos zuschaut

> (Johanne Modder [SPD]: Reden Sie mal mit Ihrer Bundeskanzlerin! Was hat sie in Brüssel erreicht? Und mit de Maizière! Sagen Sie was zu de Maizière!)

und keinerlei Hinweise darauf gibt, wie sich dieses Land verhalten wird. Das ist doch keine Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land, meine Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Johanne Modder [SPD]: Sagen Sie etwas zur Verantwortung auf Bundesebene! - Zuruf: Solche Leute müssen weg!)

Ich hoffe, dass sich trotz allem die vernünftigen Kolleginnen und Kollegen in der SPD-Fraktion durchsetzen werden und letztendlich diese Landesregierung und das Land Niedersachsen auf Bundesebene würdig vertreten.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Johanne Modder [SPD]: Klärt ihr das mal erst mit de Maizière!)

#### Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank. Die Kollegin Jahns hat es trotzdem in einer Minute geschafft. - Der Blick in die Runde zeigt mir, dass es keine weiteren Wortmeldungen gibt.

Daher kommen wir zur vorgesehenen Ausschussüberweisung.

Der Ältestenrat empfiehlt Ihnen, mit diesem Antrag den Ausschuss für Inneres und Sport zu befassen. Wer so entscheiden möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. - Diese Empfehlung ist mit einer ausreichenden Zahl von Stimmen unterstützt und wird so umgesetzt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe jetzt auf den

Tagesordnungspunkt 31:

Erste Beratung:

Car-Pass einführen - Tachomanipulation wirksam eindämmen - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -Drs. 17/5121

(Unruhe)

- Ich beginne die erste Beratung erst, wenn hier Ruhe eingekehrt ist und die Wanderungen im Plenarsaal beendet sind. Tragen Sie dazu bei? Ansonsten dauert es noch einen Moment.

(Anhaltende Unruhe)

- Die Unruhe ist zu groß. Ich möchte der einbringenden Fraktion bei dieser Unruhe im Plenarsaal nicht das Wort erteilen. - Nun geht es einigermaßen.

Für die antragstellenden Fraktionen hat sich die Kollegin Miriam Staudte zu Wort gemeldet, die nun das Wort hat. Bitte schön!

## Miriam Staudte (GRÜNE):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Viele von Ihnen werden in ihrem bisherigen Leben schon

einmal in der Situation gewesen sein, einen Gebrauchtwagen zu kaufen.

(Zuruf: Laufend!)

- Laufend, ja. Ich auch.

Die wenigsten von Ihnen werden allerdings in der Lage gewesen sein, in den Fußraum des Wagens zu kriechen und am Abnutzungsgrad des Gaspedals festzustellen, welchen Kilometerstand dieser Wagen eigentlich hat. Die meisten von Ihnen werden sich wie ich auf den Kilometerstand verlassen haben. Dabei gibt es allerdings ein Problem: Polizei und TÜV schätzen, dass ein Drittel aller Gebrauchtwagen beim Verkauf einen manipulierten Kilometerstand aufweist.

Die Gewinnspanne ist enorm. Der ADAC schätzt einen jährlichen volkswirtschaftlichen Schaden von ca. 6 bis 7 Milliarden Euro durch die Manipulation der Fahrzeuge. Man kann auch ganz klar sehen, welche Gewinnspanne das ist. Wenn man auf den einschlägigen Internetseiten ein bestimmtes Modell und ein bestimmtes Baujahr eingibt und dann beim Kilometerstand variiert, wird man sehen, dass etliche Tausend Euro Spanne dazwischen liegen. Im Schnitt spricht man ungefähr von 3 000 Euro, die sozusagen illegal erwirtschaftet werden.

Es ist allerdings nicht nur eine Frage des Preises, was diesen Betrug angeht, sondern es ist auch aus anderen verbraucherschutzrelevanten Fragen ein Problem. Es geht nämlich um den Bereich der Sicherheit. Häufig wird gesagt, ab einem bestimmten Kilometerstand soll man bestimmte Servicetermine wahrnehmen. Der Keilriemenwechsel ist wahrscheinlich das, was uns allen am meisten bewusst ist. Wenn man allerdings einen falschen Kenntnisstand über den tatsächlichen Kilometerstand hat, ist das natürlich ein großes Sicherheitsproblem.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Ja!)

Früher waren diese Manipulationen nicht ganz so einfach. Es kursieren Geschichten, dass das Rädchen mit der Bohrmaschine zurückgedreht wurde. Inzwischen haben wir lauter digitale Kilometerzähler. Deswegen kann dieser Kilometerstand sehr leicht mit der passenden Software zurückgesetzt werden. Hinzu kommt, dass über das Internet letztendlich anonym bestellt werden kann, was man dazu an Hardware benötigt. Für wenige Hundert Euro sind diese Gerätschaften schon zu haben. Das Schlimme ist, dieser Handel ist im Moment rechtlich nicht wirklich einzudämmen, weil

immer gesagt wird, das seien Geräte zum Justieren des Wegstreckenzählers.

Insofern haben wir hohen Handlungsbedarf. Wir haben als rot-grüne Fraktionen heute einen Antrag vorgelegt, der im Wesentlichen aus drei Punkten besteht: Erstens soll ein sogenannten Car-Pass eingeführt werden. Zweitens sollen die Hersteller in die Pflicht genommen werden, ihre Modelle besser vor Manipulationen zu schützen. Drittens soll der Handel mit Manipulationsgeräten erschwert werden.

#### (Beifall bei den GRÜNEN)

- Ich denke, das ist eine gute Kombination. Da kann man ruhig klatschen.

Noch einige Worte zu dem Car-Pass. Mit diesem Begriff werden wahrscheinlich die wenigsten etwas anfangen können. In Belgien ist bereits 2006 ein sogenannter Car-Pass eingeführt worden. Das ist nicht nur so etwas wie eine Art zusätzliches Check-Heft, sondern es handelt sich um eine zentrale Datenbank, in die immer wieder der aktuelle Kilometerstand eingetragen wird, wenn das Auto in der Werkstatt ist oder die Reifen gewechselt werden etc. Wenn es dann zum Verkauf kommt, kann man als Halter einen Auszug aus der Datenbank beantragen und ihn dem potenziellen Käufer vorlegen.

Inzwischen muss man nämlich auch sagen, dass es schon einen regelrechten Handel mit Check-Heften gibt. Es wird ganz leicht einmal nachbestellt, und man hat dann ein richtiges Heftchen mit vielen Stempeln. Insofern ist solch eine zentrale Datenbank, meine ich, wirklich eine gute Alternative.

## (Beifall bei den GRÜNEN)

Die Hersteller in die Pflicht zu nehmen und einzufordern, dass diese Manipulation erschwert wird, ist natürlich auch ein wichtiger Punkt. Es gibt technisch durchaus Möglichkeiten. Zu einem ganz geringen Preis können Speicherkarten so eingesetzt werden, dass sie nicht so leicht überschrieben werden können. Man muss allerdings vermuten, dass das Interesse aufseiten der Hersteller möglicherweise nicht überwältigend groß ist, diese Manipulationen zu 100 % auszuschließen; denn die Verunsicherung beim Gebrauchtwagenkauf führt natürlich ganz sicherlich bei einigen Käufern dazu, dass sie vielleicht doch lieber auf Nummer sicher gehen wollen und sich einen Neuwagen anschaffen.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Solange es ein Volkswagen ist, ist das ja auch okay! - Gegenruf von Christian Grascha [FDP]: Früher wart ihr mal gegen jedes Auto!)

Nichtsdestotrotz sollten wir hier aktiv werden bzw. sollte die Landesregierung aktiv werden. Wir haben auch den Prüfauftrag in den Antrag aufgenommen, Möglichkeiten zu eruieren, inwieweit der Handel mit Softwaregeräten - im Internet gibt es ja unterschiedlichste Angebote - eingeschränkt werden kann. Inzwischen ist es wohl schon so weit gekommen, dass die Dienstleistung des Zurückdrehens für wenige Hundert Euro zu erhalten ist.

Ich bin auf die Beratung im Ausschuss gespannt und hoffe auf breite Unterstützung.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

#### Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Frau Kollegin Staudte. - Es hat jetzt für die CDU-Fraktion die Kollegin Gerda Hövel das Wort.

#### Gerda Hövel (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe)

## Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Frau Hövel, einen kleinen Moment! - Die Gesprächsrunde war eben ziemlich laut. Die setzen Sie jetzt bitte nicht fort, wenn Frau Hövel redet.

Bitte!

## Gerda Hövel (CDU):

Die Erkenntnis, dass Autos innerhalb von wenigen Minuten auf einen beliebigen Kilometerstand manipuliert werden können - ohne Ausbau des Tachos oder anderer Teile -, zwingt uns zum Handeln.

## (Zustimmung bei der CDU)

Tests haben ergeben, dass keines der aktuellen Fahrzeuge als manipulationssicher gilt, dass darüber hinaus Manipulationen ausgesprochen einfach und billig sind und dass sich beim Verkauf eines solchen Fahrzeugs ein deutlicher Mehrerlös erzielen lässt.

Seit August 2005 ist Tachomanipulation in Deutschland gesetzlich verboten. Dazu wurde das

Straßenverkehrsgesetz durch den § 22 b ergänzt. Dieser beinhaltet auch die Erstellung und das Zurverfügungstellen von Computerprogrammen zur Begehung einer solchen Straftat. Der Missbrauch von Wegstreckenzählern kann mit einer Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr geahndet werden. Man muss wohl davon ausgehen, dass genau deshalb viele Anbieter solcher Dienste ihre Serviceleistungen im benachbarten Ausland ausführen.

Darüber hinaus stellt das Verschweigen der tatsächlichen Gesamtfahrleistung eines Autos, um dadurch z. B. die Leasing-Schlussrate zu drücken, um sich Garantie- bzw. Kulanzleistungen zu erschwindeln oder um einen höheren Verkaufserlös zu erzielen, einen Betrug dar. Das bedeutet nach unseren Gesetzen eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, man benötigt heute keinen Schraubenzieher mehr, um den Tacho zu verstellen - nur noch einen Laptop, passende Software und ein paar Minuten Zeit. Spuren von dieser Aktion gibt es in der Regel nicht. Das macht es so schwierig, einen Betrug zu bemerken und nachzuweisen.

Auch deshalb werden Überlegungen zur Strafverschärfung, die angestellt werden, das Problem nicht lösen. Der Tachobetrug muss - ich will es einmal so ausdrücken - unmöglich gemacht werden.

(Beifall bei der CDU - Karl-Heinz Bley [CDU]: Richtig!)

Tachomanipulation muss technisch so aufwendig gestaltet sein, dass sie sich nicht mehr lohnt.

SPD und Grüne schlagen in ihrem Antrag die verbindliche Einführung eines Car-Passes in Deutschland vor. Mit dessen Hilfe soll die angegebene Kilometerleistung auf ihre Plausibilität überprüft werden.

Dazu habe ich einige Anmerkungen: Ich schlage vor, den Begriff "Car-Pass" zu ersetzen, z. B. durch "regelmäßige Erfassung und Speicherung der Kilometerstände von Kraftfahrzeugen". Warum?

(Zuruf von Miriam Staudte [GRÜNE])

- Nein, Frau Staudte, ich erkläre das jetzt.

Exakt unter dem Namen "CarPass" firmiert ein in Bochum ansässiges Unternehmen, das Datenbankdienstleistungen anbietet. Es ist nicht das einzige auf dem Markt, das diese Leistungen anbietet. Ich gehe davon aus, liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün, dass es Ihnen nicht explizit um diesen Anbieter geht.

Wenn unter verbindlicher Einführung eine gesetzlich vorgeschriebene verstanden wird, gebe ich zu bedenken, dass gerade die Überlegungen zum Thema Datensicherheit und vor allen Dingen auch zum Thema Datenschutz eine übergeordnete Rolle spielen müssen. Es muss eine sorgfältige Abwägung stattfinden, ob es beim Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Tachomanipulation angemessen ist, ihnen die Offenlegung privater Daten abzuverlangen. Im augenblicklichen Zeitpunkt geht das nicht, weil die dazu notwendige Fahrgestellnummer als persönliche Information gilt. Man müsste das Datenschutzgesetz ändern, um das zu erfragen.

Datenbanken sind darüber hinaus in Fachkreisen nicht unumstritten. Auch bei dem Eintrag in eine Datenbank ist eine Manipulation des Kilometerstandes zwischen den Inspektionsterminen jederzeit möglich. Den Bürgern wird ein Schutz suggeriert, der faktisch nicht vorhanden ist. Das ist fatal.

Der entscheidende Schritt ist die bessere technische Erstausstattung der Fahrzeuge. Das muss gesetzlich verankert sein!

(Beifall bei der CDU - Karl-Heinz Bley [CDU]: Super!)

Entsprechende Technologien wie Secure Hardware Extension oder Hardware Secure Modules sind bereits heute teilweise in den Steuergeräten der Fahrzeuge vorhanden, aber nicht aktiviert. Die bessere technische Erstausrüstung kostet pro Fahrzeug wenige Euro und macht eine Manipulation nahezu unmöglich.

Im Antrag wird eine Prüfung gefordert, um gegebenenfalls den Handel mit Geräten zu untersagen, mit denen die Tachostände manipuliert werden können. Das wird schwierig. Denn bei den Geräten handelt es sich um handelsübliche Laptops. Entscheidend ist die Software! Dafür gibt es, wie oben ausgeführt, bereits strafrechtliche Regelungen.

Meine Damen und Herren, wir beschäftigen uns hier mit einem Thema, das sehr komplex ist. Opfer der Tachomanipulation sind private Käuferinnen und Käufer von Gebrauchtwagen und auch Autohäuser, die geschädigt werden, wenn sie z. B. ein Gebrauchtfahrzeug von einem Privatanbieter gekauft haben und sich später herausstellt, dass das Fahrzeug manipuliert wurde.

Wissenschaftler an der Universität Magdeburg arbeiten bereits an Methoden, mit denen sich der Zustand moderner Autos demnächst zuverlässiger bestimmen lässt - und hoffentlich auch weniger manipulierbar. Das sind Zeichen, die in die Zukunft führen.

Nichtsdestotrotz müssen wir jetzt handeln. Wir müssen sowohl Privatkäufer als auch Autohäuser schützen. Sie alle gilt es vor finanziellen Verlusten und vor Nachteilen bei der Verkehrssicherheit zu schützen.

Ich freue mich auf die Beratung im Ausschuss.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

## Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Frau Kollegin Hövel. - Ich erteile jetzt das Wort dem Abgeordneten Dr. Alexander Saipa, SPD-Fraktion.

(Dirk Toepffer [CDU]: Neuer Namens-vorschlag oder "Car-Pass"?)

#### Dr. Alexander Saipa (SPD):

Den Namen, den die Kollegin statt "Car-Pass" vorgeschlagen hat, habe ich nicht mehr drauf. Dabei könnte ich nicht mitreden.

#### Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Ist das jetzt schon Teil Ihrer Rede, Herr Dr. Saipa?

#### Dr. Alexander Saipa (SPD):

Nein, das war eine Privatunterhaltung.

## Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Dann fangen Sie mal an!

## Dr. Alexander Saipa (SPD):

Herr Präsident, vielen Dank für die Aufforderung anzufangen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! 6 Milliarden Euro - so hoch schätzt der ADAC den jährlichen Schaden, der durch Manipulation des Tachostandes von Kraftfahrzeugen zur Erzielung eines höheren Kaufpreises, niedrigerer Leasingkosten oder zum Zweck der Erschleichung von Garantieleistungen entsteht.

Mit der Einführung digitaler Tachometer, die seit vielen Jahren überwiegend eingesetzt werden, wurde diese Manipulation sogar noch deutlich erleichtert - zumindest für diejenigen, die mit einer

Bohrmaschine nicht umgehen konnten. Das Zurückdrehen eines Tachos geht heute mit den entsprechenden Geräten kinderleicht, wie wir schon gehört haben. Es dauert meist nur wenige Sekunden und wird, obwohl gesetzlich verboten, von vielen sogenannten Dienstleistern zu Preisen ab 50 Euro pro Auto angeboten. Das Ziel dabei ist, den Wert eines Gebrauchtwagens beim Verkauf auf betrügerische Weise zu steigern oder Leasingstrafzahlungen zu vermeiden.

In § 22 b des Straßenverkehrsgesetzes ist festgelegt - das ist heute schon einmal gesagt worden -, dass bereits die Vorbereitung des Missbrauchs von Wegstreckenzählern strafbar ist und mit einer Freiheitsstrafe von bis zu einem Jahr oder mit einer Geldstrafe bestraft werden kann.

Diese sogenannten Dienstleister verwenden leicht bedienbare Geräte, die für etwa 7 000 Euro legal erhältlich sind. Diese Geräte enthalten eine Software, mit der der Kilometerstand bei den meisten Autos binnen weniger Minuten beliebig manipuliert werden kann. Das ist auch deswegen so einfach, weil sofort Softwareupdates verfügbar sind, wenn neue Fahrzeugmodelle erscheinen, sodass man neue Autos jederzeit damit bedienen kann.

Die Polizei geht davon aus, dass in Deutschland bei jedem dritten verkauften Gebrauchtwagen Veränderungen am Tachometer vorgenommen wurden. Schützen kann man sich eigentlich nur, indem man selber versucht, Detektivarbeit bei den Vorbesitzern zu leisten.

In Belgien - das wurde hier heute schon angesprochen - wird es Betrügern eben nicht so einfach gemacht. Dort wird der Verbraucher durch den sogenannten Car-Pass geschützt. Kommt also in Belgien ein Fahrzeug in die Werkstatt - egal ob zum Reifenwechsel, zur Inspektion oder zur Reparatur -, wird dort der aktuelle Kilometerstand abgelesen. Diese Information wird dann an die gemeinnützige Organisation Car-Pass weitergegeben, die die Kilometerstände speichert.

So entsteht für jedes Fahrzeug eine Historie der Kilometerstände, die es Betrügern erschwert, zu manipulieren. Denn jeder Gebrauchtwagenverkäufer ist zur Vorlage dieses Dokuments verpflichtet. Wenn dies nicht geschieht, hat der Verkäufer das Nachsehen: Der Vertrag ist nichtig, und der Käufer kann sein Geld zurückfordern.

In Deutschland gibt es auch schon Systeme auf freiwilliger Basis. Die Kollegin von der CDU hat es gerade angesprochen: Es gibt ein Bochumer Unternehmen - www.kilometerabfrage.de -, dem man auf freiwilliger Basis seine Tachostände melden kann.

Zum Vergleich: In Belgien sind seit der Einführung einer gesetzlich vorgeschriebenen Kilometerhistorie in 2005 die Manipulationen um 90 % zurückgegangen.

Daher wollen wir, dass die Landesregierung das Thema aufgreift und sich auf Bundesebene für die verbindliche Einführung eines Car-Passes - oder wie auch immer man dieses System hier in Deutschland nennen möchte - einsetzt. Wir wollen, dass mit dieser Hilfe die angegebene Kilometerleistung auf ihre Plausibilität hin überprüft werden kann.

Weiter möchten wir, dass sich die Landesregierung in geeigneter Weise dafür einsetzt, die Hersteller von Kraftfahrzeugen dazu zu verpflichten, ihre Fahrzeuge besser vor dieser Manipulation zu schützen.

Darüber hinaus ist dringend zu prüfen, ob der freie Handel mit den zur Tachomanipulation geeigneten Geräten überhaupt unterbunden werden kann.

Wir alle, meine sehr geehrten Damen und Herren, können von Tachomanipulation betroffen sein egal, ob bei einem kleinen Gebrauchtwagen, bei einem geleasten Auto oder bei einer großen Kiste, günstig gekauft. Schließen wir diese Lücke und geben wir Betrügern keine Chance für Manipulationen des Tachostandes!

Ich bin am Ende meiner Ausführungen und wünsche vorgreifend ein schönes Wochenende und eine gute Fahrt in den Wahlkreis - hoffentlich mit ordentlichen Tachoständen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

## Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Dr. Saipa. - Seitens der Fraktionen fehlt jetzt noch der Beitrag der FDP-Fraktion, die sich durch den Kollegen Grupe selbstverständlich auch zu Wort gemeldet hat. Sie haben das Wort, Herr Kollege.

## Hermann Grupe (FDP):

Vielen Dank, Herr Präsident. Auch wenn Sie dort oben schon nicht mehr damit gerechnet haben, aber damit halte ich heute wohl tatsächlich die letzte Rede im Plenum in dieser Woche. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zahlen wurden in den Wortbeiträgen schon mehrfach genannt. Es handelt sich hier in der Tat nicht um ein Kavaliersdelikt, sondern um handfesten Betrug. Ein Schaden in Höhe von 6 Milliarden Euro allein in Deutschland steht im Raum.

Es geht aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht nur ums Geld, sondern auch um Sicherheit. Wenn vorgetäuscht wird, dass ein Auto z. B. nur knapp 100 000 km gelaufen ist, in Wahrheit aber über 400 000 km auf der Uhr hat, dann ist das auch sicherheitsrelevant, weil der neue Käufer dann von völlig falschen Voraussetzungen ausgeht.

Ich habe deutlich das Gefühl, dass es sich auch hier wieder um einen Fall handelt, in dem uns die Betrüger, die Verbrecher nicht nur einen Schritt voraus sind. Vielleicht ist das Thema auch lange Zeit nicht genügend beachtet worden. Was wir leisten müssen, ist deshalb, fürchte ich, ein Wettlauf. Denn der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt, und diejenigen - das belegen die hohen Zahlen -, die ein nachhaltiges Interesse haben, illegale Geschäfte zu machen, werden nicht ruhen, bis sie Neues erfunden haben.

Es wurde eben schon gesagt: Die Zeiten, in denen man die Tachos noch mit der rückwärts laufenden Bohrmaschine zurückdrehen konnte - auch das ist passiert -, sind lange vorbei. Es wird auch keinen Stillstand geben, sondern es wird vorangehen. Deswegen müssen wir die Frage klären, wie wir uns am wirkungsvollsten wehren.

Ich habe wahrgenommen, dass mit Blick auf den Car-Pass, den Sie vorschlagen, überall bestenfalls von einer Übergangslösung geredet wird. Wir kommen ja auch sehr handwerklich daher, um Hightech auszuhebeln. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das auf Dauer erfolgreich sein wird. Damit kann man vielleicht eine gewisse Eindämmung in einem sehr begrenzten Zeitraum erreichen, aber wir müssen mehr leisten; das ist meine feste Überzeugung.

Beim Car-Pass kommt hinzu, dass erst einmal datenschutzrechtliche Bedingungen geändert werden müssten. Ob es das wert ist, wage ich mehr als zu bezweifeln.

Und wir haben natürlich Lücken - Frau Staudte, Sie gucken etwas skeptisch -: Die ersten Hauptuntersuchungen sind erst nach drei Jahren fällig. Und ich will nicht schon deshalb verdächtig erscheinen, weil ich als Bauer meinen Ölwechsel und Reifenwechsel selber mache und die Daten dann nicht

beim Händler erfassen lasse. Bei der ersten Hauptuntersuchung ist das meiste schon gegessen; denn dann ist das Auto in vielen Fällen nämlich kaum noch die Hälfte wert. Hier besteht eine Riesenlücke, innerhalb derer man die Stände sowieso nicht erfassen kann.

Ich denke, wir werden die technischen Lösungen prüfen müssen. Es wird wahrscheinlich sogar eine Kombination aus mehreren Ansätzen sein müssen. Denn wir wissen: Auch bei den von der Industrie angebotenen Chips, bei den verschiedenen technischen Lösungen gibt es schon wieder Umgehungsversuche, die nicht erfolglos sind.

Insofern dürfen wir auch - das will ich deutlich sagen - die Autohersteller nicht aus der Verantwortung entlassen. Wir müssen gegen die Betrüger mit den gleichen Waffen kämpfen und brauchen die besten Spezialisten, um ihnen das Wasser abgraben zu können.

Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss und hoffe, dass wir zu einer gemeinsamen Lösung kommen, wie wir das Thema am wirkungsvollsten angehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei den GRÜNEN)

# Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Grupe. Sie sind nicht ganz der letzte Redner; denn die Landesregierung kommt noch zu Wort. Und eine Kurzintervention auf sich selbst ist auch nicht möglich. Insofern spricht jetzt erst einmal Herr Minister Meyer für die Landesregierung.

(Hermann Grupe [FDP]: Die Landesregierung behalte ich mir noch vor, Herr Präsident!)

- Ja, ich habe das geahnt. Deswegen habe ich das eben schon gesagt.

Herr Minister, bitte!

**Christian Meyer**, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bevor wir uns auf den Heimweg machen, diskutieren wir das Thema der Tachomanipulationen. Ich glaube, es ist wirklich deutlich geworden - auch die Medien weisen uns immer darauf hin -, welches große Ausmaß die Manipulationen haben: Geschätzt jedes dritte Gebrauchtfahrzeug wird manipuliert.

Im Schnitt sollen durch diesen Betrug 3 000 Euro "Wertsteigerung" ausgelöst werden. Der dadurch entstehende Schaden für die Volkswirtschaft, für die Verbraucherinnen und Verbraucher wird auf 6 Milliarden Euro jährlich geschätzt. Das ist eine enorme Summe. Wenn sich einige durch diese Manipulationen Wettbewerbsvorteile verschaffen, werden dadurch nicht nur die ehrlichen Verbraucherinnen und Verbraucher bestraft, sondern auch die vielen ehrlichen Gebrauchtwagenhändler.

Das ist also ein Betrug an den Verbraucherinnen und Verbrauchern, aber es ist auch ein Problem mit Blick auf die Qualität und die Sicherheit - darauf hat die Kollegin Staudte hingewiesen. Wenn man mit einem Wagen fährt und sich nicht darauf verlassen kann, dass der Kilometerstand korrekt ist, wenn man das Gefühl hat, dass das Auto wie neu ist und nur wenige Kilometer gefahren ist, das aber nicht der Realität entspricht und der Verschleiß des Fahrzeugs ein anderer ist, dann kann das ein Sicherheitsproblem sein.

Von daher begrüße ich als Verbraucherschutzminister den Antrag der Fraktionen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen sehr, in dem die Bundesregierung zum Handeln gegen Tachomanipulationen aufgefordert wird. Das Modell aus Belgien sollte man sich interessiert anschauen; Belgien hat es in 2005 eingeführt und verfügt also über zehnjährige Erfahrungen mit dem Vorschreiben der Dokumentation der Kilometerhistorie. Nach Schätzungen sind dort die Manipulationen der Kilometerzähler bei Fahrzeugen nach der Einführung um 90 % zurückgegangen. Das ist, glaube ich, ein wirklicher Erfolg.

Natürlich kann kein System völlige Sicherheit bieten. Aber wir sollten alles tun, was Betrügerinnen und Betrügern ihre Arbeit erheblich erschwert. Ich denke, das ist auch im Sinne des Verbraucherschutzes wichtig.

Deshalb wird diese Datenbanklösung nur ein Baustein in einer umfassenden Strategie gegen die Manipulation von Kilometerzählern sein können. Es ist richtig, wie gefordert wird, Hersteller von Kraftfahrzeugen zu verpflichten, die Kraftfahrzeuge schon bei der Herstellung besser gegen eine Manipulation des Kilometerzählers abzusichern. Wir müssen da wirksame Regelungen von den Autoherstellern einfordern. Es darf technisch nicht so einfach ein; es ist darauf hingewiesen worden, dass man sich im Internet ziemlich leicht Geräte beschaffen kann, mit denen Kilometerstände digital zurückgefahren werden.

Wir werden dieses Thema sicherlich auch gegenüber der Bundesregierung aufgreifen. Wir brauchen eine bundesweite oder am besten eine EUweite Lösung, um das Problem der Tachomanipulation anzugehen.

Ich freue mich sehr auf die Beratung. Ich glaube, dass das wirklich ein wichtiges Thema für viele Menschen im Lande ist. Das ist ein Problem der Sicherheit und des Verbraucherschutzes, gegen das vorgegangen werden muss. Deshalb sollten wir die Vorschläge offen diskutieren. Alles, was wir dazu beitragen können, um zu mehr Ehrlichkeit beim Gebrauchtwagenkauf zu kommen, ist, glaube ich, ein guter Weg.

Ich wünsche Ihnen jetzt einen guten Heimweg und gute Beratungen im Ausschuss. Ich hoffe, dass wir dort einiges für die Verbraucherinnen und Verbraucher und die ehrlichen Gebrauchtwagenhändler erreichen können.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

#### Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Minister. - Bevor es so weit ist, müssen wir noch die Ausschussüberweisung vornehmen.

Der Ältestenrat empfiehlt Ihnen, federführend den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung zu befassen und mitberatend den Unterausschuss "Verbraucherschutz" zu beteiligen. Wer das unterstützt, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist ausreichend unterstützt und damit so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der heutigen Plenarsitzung angekommen. Wir müssen noch rein formal die Festlegung von Zeit und Tagesordnung des nächsten Tagungsabschnitts regeln. Der nächste - 33. - Tagungsabschnitt ist vom 8. bis zum 11. März 2016, d. h. diesmal von Dienstag bis Freitag, vorgesehen. Der Präsident wird den Landtag einberufen und im Einvernehmen mit dem Ältestenrat den Beginn und die Tagesordnung der Sitzungen festlegen.

Soweit das Wochenende nicht allzu terminbelastet ist, wünsche ich Ihnen ein schönes Wochenende.

Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen einen guten Heimweg.

Schluss der Sitzung: 12.42 Uhr.